BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

April 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

9. April 1962 * 00

INHALT

- Chronik des Monats März 1962 S. 241
- Die Lage S. 246
- Kommentare S. 256

- Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems (Antwort von Bertrand Russell auf eine Umfrage der „Blätter") S. 259
- Prof. Dr. Renate Riemeck: Eine Chance für den Frieden S. 260
- Dr. Rudolf Hilf: Abrüstung — Entspannung — Frieden S. 265
- Prof. Gerhard Gollwitzer: Das Memorandum der Acht S. 272
- Mervyn Jones, London: Der Ostermarsch S. 280
- Peter Lust, Montreal: Kanada und die Neutralität S. 282
- Kurt R. Grossmann, New York: „Antideutsche Welle" oder Ernüchterung in USA? S. 286
- William Warbey, M. P.: In Vietnam wird das Feuer geschürt S. 296
- Hans Andresen: Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme (I) S. 299

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 304
- Buchbesprechungen S. 307

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 312

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 4

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. Elie van Bogaert, Senator (Gent):
Mitteleuropa und die Bipolarität der Welt

Tom Driberg, M. P.:
„Moralische Aufrüstung" und die Politik

Hans Andresen:
Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme (2. Teil)

Pastor Voge, Paris:
Zur Krise in der Welt und um Berlin

Klaus Ehrler:
Rußlands zweiter Großer Oktober (2. Teil)

Dr. med. Klaus Wattenberg:
Wissen und Gewissen der Naturwissenschaftler

Wolfgang Baranowsky:
Sind Meinungsumfragen demokratisch?

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Das erste Jahr John F. Kennedy's (2/62)

Oreste Rosenfeld, Paris:
Das deutsche Problem — vom Ausland gesehen (3/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **April 1962** | **Heft 4**

Chronik des Monats März 1962

1. 3. — Berlin. Staatssekretär Rusk schlägt erneut „eine Art internationales System" für den westlichen Zugang nach Berlin vor. — Auf Veranlassung des sowjetischen Militärkommandanten Oberst Solowjow verweigern die DDR-Grenzbehörden am 2. 3. dem US-Stadtkommandanten General Watson die Einfahrt nach Ostberlin. Watson hatte ein Verbot gegen Solowjow für seinen Sektor schon im Dezember 1961 verhängt.

2. 3. — Burma. Unter Führung von General Ne Win übernimmt ein „Revolutionärer Rat" die Regierungsgeschäfte und stellt den bisherigen Premierminister U Nu und einige Kabinettsmitglieder unter Hausarrest. Wenige Tage vorher hatte die Regierung die Nationalisierung verschiedener Industrieunternehmen angeordnet. Ne Win bekennt sich zur „positiven Neutralität".

— Affäre Kroll. Bundeskanzler Dr. Adenauer ruft Botschafter Kroll „zur Berichterstattung" über seine umstrittenen Äußerungen (siehe 28. 2.) nach Bonn und telegrafiert: „... ich erwarte, daß Sie dieser Aufforderung sofort nachkommen und sich jeder öffentlichen Erklärung bis dahin enthalten."

— DDR. Das Verteidigungsministerium ordnet die ersten Musterungen für die Zeit vom 15. bis 31. März an.

3. 3. — Kernwaffen. Präsident Kennedy kündigt — nach fast zwanzig unterirdischen Versuchen — amerikanische Kernwaffentests in der Atmosphäre für Ende April an, „falls bis dahin kein Abkommen über ein Versuchsverbot" unterzeichnet werde.

4. 3. — Notstand. In einem Rundfunk-Interview spricht Innenminister Höcherl von der „zweiten Runde" seiner Gespräche mit den Bundestagsparteien und den Gewerkschaften über die von seinem Ministerium vorbereiteten Gesetzentwürfe und davon, daß er diese schon Ende März dem Kabinett vorlegen möchte. — Beschleunigung der Notstandsgesetzgebung und Vorbereitung zur „zivilen Verteidigung" sind am 8. 3. die Themen eines Gespräches zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungschefs der Länder.

5. 3. — Abrüstung. Frankreich wird am 14. 3. in Genf zur Abrüstungskonferenz keine Vertreter entsenden. Die Pariser Regierung sehe im Rahmen eines 18-Mächte-Gremiums keine Lösungsmöglichkeiten, heißt es in Paris.

— Sowjetunion. In einem Bericht vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei kritisiert Chrustschow die Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft und fordert eine schnelle Steigerung der Agrarproduktion.

— Oder-Neiße-Grenze. „Nicht ändern" werde sich die Haltung der Bundesregierung zur gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze, versicherte der Bundes-

kanzler einer Delegation des Bundes der Vertriebenen.

6. 3. — Abrüstung. Die Sowjetunion werde jede Kontrolle auf ihrem Territorium gestatten, falls der Westen die sowjetischen Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung annehme, schreibt Ministerpräsident Chrustschow an Präsident Kennedy und Premier MacMillan.

7. 3. — Algerien. Strittige Punkte der wieder beginnenden französisch-algerischen Friedensverhandlungen sind die Dauer der „Übergangsperiode" zur Unabhängigkeit und die Stärke der in Algerien stationierten Truppen.

— Rapacki-Plan. Auf die Frage eines polnischen Journalisten antwortet Präsident Kennedy, Pläne für kernwaffenfreie Zonen sollten auf der Genfer Abrüstungskonferenz besprochen werden. Es komme darauf an, wo diese Zonen lägen und wie weit sie sich ausdehnten.

— Brasilien. Zehntausend Personen begrüßen in der Hafenstadt Santos den zurückkehrenden früheren Präsidenten. Quadros will sich im Oktober an den fälligen Gouverneurswahlen beteiligen.

8. 3. — Kuba. Nach Berichten aus Havanna hat die amerikanische Regierung ein Post-Embargo gegen Kuba verhängt. Private Geldsendungen aus den USA an kubanische Bürger sollen damit unmöglich gemacht werden.

— Großbritannien. Zu Gunsten der Labour-Opposition gehen die Nachwahlen für das Unterhaus im Wahlkreis Lincoln aus. Der Stimmenanteil der Konservativen sinkt von 45 auf 30%. — Auch bei Nachwahlen am 14. 3. in Orpington, Blackpool North und Middlesborough East müssen die Konservativen starke Verluste buchen. Die Stimmenzahl für die Liberalen nimmt zu.

— Guatemala. Gerüchte über Unregelmäßigkeiten bei den letzten Kongreßwahlen lösen einen Studentenstreik aus. Die Regierung droht den Arbeitern mit Repressalien, falls sie sich ebenfalls an einem Generalstreik beteiligen sollten.

— Ost-West-Kontakte. Ein neues sowjetisch-amerikanisches Kulturabkommen mit zweijähriger Laufzeit wird im State Department unterzeichnet. — Neue Vorschläge zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Weltraum (so den gemeinsamen Betrieb von Wetter- und Nachrichten-Satelliten) übermittelt Präsident Kennedy nach Moskau.

9. 3. — Affäre Kroll. Die Abberufung des westdeutschen Botschafters in Moskau nach einer „Übergangszeit" verfügt die Bundesregierung. Kroll, der Veränderungen in der Ost-Politik vorgeschlagen hatte, wird zunächst Urlaub nehmen und später „im Zuge eines geplanten Revirements" ins Auswärtige Amt zurückkehren.

— Bundesregierung. Noch einmal wendet sich der Bundeskanzler in der Pariser Zeitung „Le Monde" gegen direkte deutsch-sowjetische Gespräche nach dem Vorschlag des Moskauer Memorandums vom 27. 12. 61. — Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa nennt Dr. Adenauer ein „Trugbild".

11. 3. — Abrüstung. Sachverständige aus Ost und West kommen nach längerer Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung zu dem Schluß, daß die Umstellung der Rüstungserzeugung auf zivile Produktion „mit nationalen und internationalen Maßnahmen" ohne wirtschaftliche Erschütterungen möglich ist. Der Bericht gibt die Militärausgaben aller Länder mit jährlich 120 Mrd. Dollar an.

— DDR. Grenzpolizei versucht einen Wagen der britischen Militärmission in Potsdam anzuhalten und verletzt mit Schüssen einen der Insassen. Sowjetische Militärbehörden bedauern den Zwischenfall.

— Kommunalwahlen. Um 7,2 auf 73,4% ist die Beteiligung gegenüber den Bundestagswahlen bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein zurückgegangen. CDU, SPD und FDP erhalten 42, 38 bzw. 11% der abgegebenen Stimmen.

11.—13. 3. — Berlin. Vor Beginn der Abrüstungskonferenz führen die Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion in Genf Gespräche über das Deutschland- und Berlin-Problem. Bundesaußenminister Schröder trifft ebenfalls mit Rusk, Lord Home und Gromyko

zusammen. Sein Gespräch mit Gromyko nennt Schröder „nützlich und aufschlußreich".

12. 3. — Abrüstung. Außenminister Gromyko beantwortet eine Umfrage von UN-Generalsekretär U Thant und erklärt die sowjetische Bereitschaft, anderen Ländern keine Kernwaffen zu übergeben, falls die drei anderen Atommächte sich dieser Verpflichtung anschließen würden.

— Bundeswehr. An Ausbildungszentren für ferngelenkte Raketen auf der Insel Kreta ist das Bundesverteidigungsministerium interessiert.

— FIBAG. Verschiedene Gerichte beschäftigen sich mit den Vorwürfen gegen Verteidigungsminister Strauß im Zusammenhang mit einem Wohnungsbauprojekt der „Fibag". Bundeskanzler Adenauer läßt sich eine „Aktensammlung" anfertigen, leitet jedoch keine Untersuchung ein.

— Tarife. „Tarifloser Zustand" droht den 1,3 Millionen Beschäftigten im Baugewerbe ab 1. April, nachdem die Lohnverhandlungen an der Frage des zusätzlichen Urlaubsgeldes für organisierte Bauarbeiter gescheitert sind. IG-Bau-Vorsitzender Leber kündigt „Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln" an.

12. bis 16. 3. — Synode. Zum erstenmal tritt die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg zu getrennten Sitzungen in Ost- und West-Berlin zusammen. Die Synodalen sprechen Präses Scharf ihr Vertrauen aus. Die östliche Regional-Synode befaßt sich mit der Kriegsdienstverweigerung und stellt einen entsprechenden Antrag an die DDR-Behörden.

13. 3. — Kuba. Zur Rationierung einer Anzahl von Lebensmitteln in verschiedenen Landesteilen sieht sich die kubanische Regierung nach der anhaltenden Wirtschaftsblockade gezwungen.

— Haushalt. Nur „mit größter Mühe" ist der 53-Mrd.-Bundesetat nach Ansicht des Finanzministers auszugleichen. Mit den Worten: „Wir haben schon die höchste Steuerbelastung der westlichen Welt", ruft Minister Starke zum „Maßhalten" auf. In der anschließenden Etat-Debatte ist von notwendigen Sparmaßnahmen die Rede. Das Rüstungs-Budget bleibt auf unveränderter Höhe.

— Dehler. CDU-Sprecher verlangen demonstrativ die Entfernung des FDP-Politikers Dr. Dehler vom Amt des Bundestags-Vizepräsidenten, weil er im Fernsehen von einem 30jährigen „heißen und kalten" antisowjetischen Feldzug gesprochen und daran die Betrachtung geknüpft hatte, Westdeutschland müsse neue Möglichkeiten für seine Politik gegenüber den Ost-Ländern suchen.

14. 3. — Abrüstung. In Abwesenheit Frankreichs beginnt in Genf die 17-Mächte-Abrüstungs-Konferenz. Als Verhandlungsgrundlage dient die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Grundsatzerklärung vom 20. September 1961. Ost und West legen modifizierte Fassungen ihrer Abrüstungspläne vor. Am Rande der Konferenz verhandeln Vertreter der drei Atommächte über den Kernwaffenversuchsstop. — Bundeskanzler Adenauer rechnet — wie er der Deutschen Presse-Agentur erklärt — mit Auseinandersetzungen über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr während der Genfer Konferenz.

— Kuba. Im Sicherheitsrat steht der Ausschluß Kubas aus der Organisation amerikanischer Staaten zur Diskussion. Der Antrag des kubanischen Vertreters, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes einzuholen, findet nicht die Zustimmung der USA.

15. 3. — NS-Verbrechen. „Die Zahl der heute noch verfolgbaren Verantwortlichen dürfte tausend Personen nur wenig überschreiten", erklärt Baden-Württembergs Justizminister Haussmann in Stuttgart. Etwa 20 % lebe unter falschem Namen oder sei ins Ausland geflohen.

16. 3. — Notstand. „Großangelegte Aktionen zur Abwehr wirtschaftlicher und sozialer Gefahren" erwägt die Bundesregierung aus Anlaß der gescheiterten Tarifverhandlungen in verschiedenen Industriezweigen. Nach Meldungen aus Bonn ist an ein Gewerkschafts- oder ein neues Tarifvertrags-Gesetz gedacht, das die Tarif-Autonomie maßgeblich beeinflussen oder sogar die Zwangsschlichtung ermöglichen könnte.

— U S A. Haftbefehle gegen die Sekretäre der Kommunistischen Partei erläßt ein Gericht in Washington. Den Funktionären droht eine Strafe von 30 Jahren Gefängnis, weil sie die Registrierung ihrer Partei als „Agenten einer fremden Macht" verweigerten.

17. 3. — A l g e r i e n. Umfangreiche Vertragswerke über die Unabhängigkeit Algeriens, die Dauer der „Übergangsperiode" und die Modalitäten der Volksbefragung werden nach langwierigen Verhandlungen in Evian unterzeichnet. Einen Tag später kann der in Frankreich festgehaltene Vizepremier der Exilregierung, Ben Bella, zum Sitz der FLN zurückkehren. Abkommen und Waffenstillstand treten am 19. 3. um 12 Uhr mittags in Kraft. Die sofort ausgesprochene de jure Anerkennung der Exilregierung durch die Sowjetunion führt zu Spannungen zwischen Paris und Moskau und zur Abreise der gegenseitigen Botschafter.

18. 3. — S o w j e t u n i o n. Neuwahl der Abgeordneten für den Obersten Sowjet.

— A r g e n t i n i e n. Mit dem peronistischen Wahlerfolg beginnt die neue Staatskrise. Präsident Frondizi annulliert das Wahlergebnis in einigen Provinzen und versucht dem Druck der Militärs durch Bildung eines „Übergangskabinetts" auszuweichen.

18.—23. 3. — N o r d i s c h e r R a t. Regierungsvertreter und Parlamentarier aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden, die den Nordischen Rat bilden, paraphieren eine „Nordische Konvention" über engere wirtschaftliche, kulturelle und technische Zusammenarbeit ihrer Länder.

19. 3. — D e u t s c h l a n d f r a g e. Präsident Kennedy empfängt den FDP-Vorsitzenden Mende zu einem Gespräch über Deutschland und die Abrüstung.

21. 3. — F I B A G. Auf Antrag der SPD-Fraktion setzt der Bundestag einen Untersuchungsausschuß ein, der das Verhalten von Bundesverteidigungsminister Strauß bei der Behandlung des FIBAG-Projekts (siehe 12. 3.) prüfen soll.

21. 3. — D D R. Eine „Schiedsstelle" soll nach Auffassung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht nach Abschluß eines Friedensvertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West im Berlin-Verkehr beilegen. — Berlin und der Friedensvertrag sind auch Themen der Gespräche, die Außenminsiter Bolz in Genf u. a. mit Minister Gromyko führt. Nach seiner Rückkehr erklärt Bolz vor der Volkskammer, Bedingung für den freien Zugang nach Berlin sei die Sicherung der Souveränität der DDR.

— E r h a r d - R e d e. In Rundfunk und Fernsehen ruft der Bundeswirtschaftsminister zum „Maßhalten" auf, warnt vor „sich schon abzeichnenden gefährlichen Entwicklungen" und spricht von „einem allmählichen, aber unverkennbaren Dahinschwinden unserer internationalen Wirtschaftskraft", woran die gestiegenen Lohnkosten schuld seien.

— S ü d a f r i k a. Um 67,3 Prozent — auf 27 Mill. Rand — erhöht die Südafrikanische Union ihr Militärbudget.

22. 3. — A l g e r i e n. Bewaffnete Fomationen der Geheimarmee beginnen mit einem Überfall auf französische Truppen in Babel-Qued, einem Stadtviertel Algiers, ihre militärische Aktionen gegen den Friedensvertrag von Evian. Die OAS richtet ein Blutbad unter den Muselmanen an und verbreitet die Parole zum Generalstreik. Beobachter sprechen vom „ersten Akt" des Bürgerkrieges. — Im Pariser „Amtsblatt" erscheinen die ersten Dekrete zur Vorbereitung der Amnestie für verhaftete und verurteilte Algerier. — Französischen Sicherheitskräften gelingt am 23. 3. in Oran die Festnahme des Chefs der OAS für Westalgerien, General Jouhoud, der bereits früher in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde.

— E i c h m a n n - P r o z e ß. Das Oberste Gericht in Jerusalem eröffnet die Berufungsverhandlung gegen Adolf Eichmann, dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Servatius, u. a. den Antrag stellt, Staatssekretär Globke vom Bundeskanzleramt als Sachverständigen für die Judengesetzgebung des Dritten Reiches vorzuladen.

24.—25. 3. — L a o s. In Vientiane verhandelt Präsident Kennedys Sondergesandter Averell Harriman über die Bildung des in Genf beschlossenen Koalitionskabinetts. Auf einer Pressekonferenz erklärt er, die derzeitige Regierung sei allein verantwort-

lich, wenn die Kämpfe mit den Neutralisten und der Pathet-Lao-Bewegung wieder beginnen sollten.

26. 6. — Neu Guinea. Vorläufige Unterbrechung der indonesisch-niederländischen Geheimverhandlungen über die Zukunft Neu Guineas (West Irians) in Washington. Generalsekretär U Thant lädt zur Fortsetzung der Gespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. — Die Niederlande errichten eine Luftbrücke für Truppentransporte in die Kolonie.

27. 3. — Deutschlandfrage. Die Außenminister der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beenden ihre am Rande der Abrüstungskonferenz in Genf geführten Gespräche über die „deutsche Frage" und eine Berlin-Lösung. In einem gemeinsamen Kommunique heißt es: „Ihre Unterhaltungen waren sowohl nützlich als auch freimütig, und in der Klärung von Punkten der Übereinstimmung und der Differenzen sind einige Fortschritte erzielt worden. Sie sind übereingekommen, die Kontakte in geeigneter Art und Weise wieder aufzunehmen, nachdem sie ihren Regierungen berichtet und ihre Alliierten konsultiert haben." — Bei einem Zwischenfall an der Berliner Sektorengrenze wird ein Westberliner getötet.

28. 3. — Syrien. In den frühen Morgenstunden ergreift eine Gruppe hoher Offiziere die Macht und veranlaßt die seit September 1961 amtierende Regierung zum Rücktritt. Die Junta proklamiert eine „antiimperialistische" Politik der „positiven Neutralität", und enge Zusammenarbeit mit allen arabischen Staaten, besonders mit Ägypten und dem Irak.

— Rapacki-Plan. Polens Außenminister unterbreitet der Genfer Abrüstungskonferenz eine Neufassung seines Planes einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Nach Rapackis Vorschlag — der auf das Jahr 1957 zurückgeht — soll eine solche Zone nicht begrenzt sein, sondern allen Ländern zum Beitritt offenstehen.

— Kernwaffen. Zwei bis drei Dutzend Explosionen in Höhe von mehreren hundert Kilometern sieht, nach einer Veröffentlichung in Washington, die neue amerikanische Versuchsserie mit atomaren Waffen vor, die für Frühjahr und Sommer im Pazifik geplant ist.

29. 3. — Argentinien. Gewaltsam wird Präsident Frondizi aus seinem Amt entfernt, nachdem er einen Rücktritt abgelehnt hatte. Die Befehlshaber der drei Truppenteile übernehmen „bis zu den nächsten Wahlen" die Regierungsgeschäfte und setzen ein „provisorisches Staatsoberhaupt" ein. Neue Gesetze sollen vor allem die Rechte der Gewerkschaften beschneiden.

30. 3. — Haushalt. 1,015 Mrd. Mark fallen dem Rotstift der parlamentarischen Finanzexperten zum Opfer. Aus dem Bundeshaushalt werden u. a. gestrichen: 280 Mill. DM für die Bundesbahn, Etatmittel für die Forschung und über 100 Mill. für Wohnungsbau und Schuldendienst.

31. 3. — Staatsbesuch. Von einem viertägigen Besuch in Österreich kehren Bundespräsident Lübke und Außenminister Schröder zurück.

Parteien erreicht. In der Schweiz stimmten immerhin die vier Kantone Genf, Waadt, Neuenburg und Tessin am 1. April für die Atomverbots-Initiative. In Belgien ist es zur Bildung eines Komitees zur „Förderung der Entspannung und zu einer friedlichen Lösung der Deutschlandfrage" gekommen, dem zahlreiche bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören.

Dies alles ist ermutigend, denn es zeigt, daß sich überall nicht etwa die „Hetzer gegen Deutschland", sondern die Besonnenen und Verantwortungsbewußten zusammenfinden. Der italienische Ministerpräsident Fanfani forderte Ende März im italienischen Fernsehen eine Verpflichtung zum Eindämmen der Kriegspropaganda „in einigen Ländern", das Senken der Verteidigungsausgaben und die Verringerung der Militärkontigente als Mittel zur Milderung der internationalen Spannungen. Er warnte vor der Forcierung „besonderer Experimente". So kommen wesentliche und überzeugende internationale Tendenzen heute mehr denn je einer deutschen Friedensinitiative entgegen. Sie zu fordern, zu konzipieren und öffentlich zu vertreten wird Sache der neuen Opposition sein, die sich zu formieren beginnt.

Abgeschlossen am 2. April

Kommentare

Ostermarsch 1962

Zu Ostern marschieren die Atomwaffengegner wieder, auch in der Bundesrepublik. Der Ostermarsch in der Bundesrepublik hat es nicht leicht: allzusehr entzieht er sich den Eingleisigkeiten der mächtigen politischen Apparate gleich welcher Couleur, — allzu sehr, für deutsche Begriffe, ist hier „direkte Demokratie" am Werk. Der Ostermarsch ist keine Organisation, er verzichtet auf die Bindung an die großen gesellschaftlichen Organisationen und ihre Bürokratien und Finanzquellen (eine Bindung, die schon mancher spontan aufgekommenen politischen Initiative den Garaus machte . . .), er verzichtet auf hauptberufliche Organisatoren. Eine politische Bewegung, die als lockere Aktionseinheit in dieser Sache gleichgesinnter Menschen auf das politisch wache Gewissen einzelner Bürger setzt, die sich unabhängig hält, die dennoch Massen zu mobilisieren vermag, — das ist in der politischen Situation der Bundesrepublik eine seltene Erscheinung.

Es fehlte, verständlicherweise, nicht an Versuchen, dem Ostermarsch eine Funktion im Kalten Krieg zuzudiktieren. Diese Versuche indessen scheiterten: die Ostermarschbewegung bestand darauf, daß Atomwaffengegnerschaft unteilbar sein muß, wenn sie glaubhaft, wirksam und friedenstiftend sein will. Auch in der Bundesrepublik wandte sich die Ostermarschbewegung mit gleicher Deutlichkeit gegen französische, amerikanische und sowjetische Atombombentests oder deutsche Atomwaffenwünsche. Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation, in Ost und West, ist unverrückbarer Grundsatz des Ostermarsches. Gerade weil der Ostermarsch in dieser Sache ein gutes Gewissen hat, kann er darauf verzichten, sich selbst durch Inquisition zu lähmen. Der leidige Prozeß des ständigen Distanzierens hat im Ostermarsch keinen Raum gewonnnen. Hans Konrad Tem-

pel, Sprecher des Zentralen Ausschusses für die Ostermärsche in der Bundesrepublik, schrieb hierzu: „Es gibt eine Wahrheit, die darum nicht weniger wahr ist oder verschwiegen werden müßte, weil jemand, den wir nicht schätzen, sie auch für wahr hält oder sie im Sinne seiner Interessen benutzt ... Wir werden uns nicht selbst den Boden für unseren Widerstand unter den Füßen wegziehen, indem auch wir diese Welt in Schwarz und Weiß, Teuflisch und Nicht-Teuflisch spalten. Unser Ausgangspunkt ist die Zuversicht, daß sich quer durch alle Fronten hindurch die Vernunft durchsetzen kann und durchsetzen wird. Und so sind wir bereit, mit allen gemeinsam Widerstand zu leisten, die ehrliche Gegner jeder Atombewaffnung sind und die die Politik mit der Bombe im Osten und die Politik mit der Bombe im Westen für gleichermaßen gefährlich und verbrecherisch halten ..."

Einstellung aller Kernwaffenversuche, Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen, Bildung atomwaffenfreier Zonen, Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen, Verzicht auf atomare Bewaffnung und auf die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, — das sind die Forderungen des Ostermarsches in der Bundesrepublik. Und eine weitere Parole des Ostermarsches lautet: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie." Das ist ein Satz, der keineswegs als taktisches Randprodukt gemeint ist. Der Ostermarsch in der Bundesrepublik begründet diesen Satz so: „Wer die Möglichkeit eines atomaren Krieges bewußt in Kauf nimmt, handelt in Menschenverachtung. Wer Atomwaffen anwenden oder sich auf ihre Anwendung vorbereiten soll, ist moralisch überfordert. Wer ihn trotzdem dazu anhält, entmündigt und entwürdigt ihn. Somit ist durch die Atombombe der Mensch bereits vor der faktischen Anwendung der Bombe in seinem Menschsein gefährdet. Militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung sind eng miteinander verknüpft."

Die Ostermarschbewegung ist parteipolitisch absolut neutral. Ihre Anhänger kommen aus den verschiedensten politischen, sozialen und religiösen Gemeinschaften. Die Unabhängigkeit des Ostermarsches, die nicht zuletzt zur Wirksamkeit dieser Bewegung beiträgt, bedeutet allerdings auch, daß man sich hier keinem Versuch beugen wird, den Ostermarsch von seiner selbstbestimmten Zielsetzung abzulenken oder seinen Protest einzuschläfern. Mögen andere, größere und einflußreichere politische Gruppierungen, die einst gegen die Atomtoddrohung arbeiteten, still geworden sein, — der Ostermarsch wird nicht Ruhe geben. A. Kl.

Erhards Bumerang

Es war wie Sondermeldung ... Von den Bildschirmen des Deutschen Fernsehens ging an diesem Abend unvermutet, ohne Vorwarnung, etwas noch nicht Dagewesenes aus: ein Strom düsterer Feierlichkeit, dunkler noch als bei jenem ebenfalls vermeidbar gewesenen Wassertod von dreihundert Hamburgern, weil an jeden der Millionen persönlich adressiert, die da gemütlich daheim in ihren Sesseln lehnten und sich mit wachsender Betroffenheit ausgerechnet von jenem hochstehenden Herrn den Kopf waschen lassen mußten, der sonst immer wie eine Art Reinkarnation des gabenbringenden Nikolaus als Guter Onkel unseres Wirtschaftswunders galt und wohl auch gelten mochte. Heute hingegen hatte er sogar seine sonst soviel Beruhigung ausstrahlende dicke Zigarre weggelegt (war sie ihm etwa gar ausgegangen?), sein normalerweise unser ganzes bundesrepublikanische Behagen symbolhaft zum Ausdruck

Die Lage

Die Genfer Konferenz geht weiter

Nach der Abreise der Außenminister der Großmächte aus Genf beherrscht die Siebzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz nicht mehr die Schlagzeilen der Weltpresse. Gleichwohl verdient sie auch weiterhin außerordentliche Beachtung, ist sie doch, entgegen manchen vorschnellen Kommentaren, bisher nichts weniger als gescheitert. Wie es heißt, sollen die Besprechungen der achtzehn Mächte noch bis in den Juni hinein fortgesetzt werden. Zudem erscheint ein Achtzehn-Mächte-Gipfeltreffen Mitte Mai möglich. Nachdem die Großmächte in den Grundsatzfragen vorerst zwar eine gewisse Annäherung — wie sie von dem von den Außenministern Rusk und Gromyko gemeinsam veröffentlichten Kommunique angedeutet worden ist —, aber noch keine Einigung erzielt haben, beschäftigt sich die Konferenz nunmehr mit nicht weniger wichtigen Einzelfragen, in der Hoffnung, über eine gewisse Verständigung in diesen den Prozeß der weltpolitischen Entspannung fördern zu können.

Ungelöst ist nach wie vor das Problem der Einstellung der Kernwaffenversuche. Fest steht zweierlei: Erstens, daß die amerikanische Regierung offensichtlich dem Drängen ihrer Militärs nachgegeben und neue Kernwaffenversuche — auf den Weihnachtsinseln — bereits vorbereitet hat. Offensichtlich wollen die Amerikaner sich zumindest in diesem Augenblick durch einen mit der Sowjetunion zu vereinbarenden allgemeinen Versuchsstop nicht binden lassen. Zweitens ist die Sowjetunion nach wie vor in der Kontroll-Frage unnachgiebig. Moskau lehnt die von den USA geforderte Stationierung ausländischer Inspektoren zur Überwachung des Versuchsstops auf sowjetischem Territorium weiterhin prinzipiell ab; es verdächtigt zur Zeit noch jede solche Inspektion fremder Mächte der Spionage-Absicht. Die Sowjetunion erklärt, beim heutigen Stande der Entwicklung würde eine gegenseitige nationale Kontrolle zur Überwachung genügen. Die USA indes betrachten eine solche als nicht ausreichend. Die Notwendigkeit einer Inspektion an Ort und Stelle ist augenblicklich auch wissenschaftlich umstritten.

Doch kann das Problem der Kontrollen eines Versuchsstops nicht isoliert betrachtet werden. Es wird von anderen Momenten mitbestimmt. Auf amerikanischer Seite spielt das kaum verhohlene Interesse an neuen Versuchen eine entscheidende Rolle; das Bestehen auf internationaler Inspektion (man weiß in Washington, daß die Sowjets eine solche vorläufig strikt ablehnen) ist also vor allem Taktik. Auf der anderen Seite wird die sowjetische Haltung vor allem von dem noch immer außerordentlichen Mißtrauen gegenüber der Umwelt beeinflußt. Ein Ausweg aus diesem Engpaß dürfte sich einerseits durch die fortschreitende Vervollkommnung der Kontrollmöglichkeiten ergeben, die in absehbarer Zeit eine Stationierung von Inspektoren an Ort und Stelle wirklich überflüssig machen könnte. Zum anderen wird es einer psychologischen Entspannung zwischen Ost und West bedürfen, um den Argwohn Moskaus in dieser Frage zu mildern.

Näher gekommen sind sich die beiden Supermächte offensichtlich in der Frage der Begrenzung des Atomklubs. Eine wirkliche Einigung in ihr wäre zweifellos ein bedeutsamer Fortschritt.

Wachsende Bedeutung der Neutralen

Die Genfer Konferenz hat über die Verhandlungen zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Delegation hinaus schon in den ersten Wochen eine außerordentlich bedeutsame und bemerkenswerte Differenzierung der internationalen politischen Diskussion mit sich gebracht. Man darf bereits jetzt sagen: diese Diskussion ist heute gerade dank Genf weit mehr als ein bloßer Dialog zwischen

Washington und Moskau. Zunächst gibt es heute innerhalb der beiden Blöcke gewisse nicht unwichtige Nuancierungen. So hat vor allem Großbritannien wiederholt versucht, die USA zugunsten eines Kompromisses in der Kontroll-Frage, und das heißt zugunsten eines Verzichtes auf neue Kernwaffenversuche zu beeinflussen. Die Haltung der britischen Öffentlichkeit ist dabei von Bedeutung. Der Außenminister Kanadas, Howard Green, ist mit beachtenswerten Vermittlungsvorschlägen hervorgetreten. Auch die italienische Delegation ist in diesem Sinne aktiv. Im östlichen Lager spielt nach wie vor und gerade in Genf Polen eine Sonderrolle; Außenminister Rapacki hat seinen alten Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa in modifizierter Form neuerdings vorgelegt. Die neue Fassung des Planes berücksichtigt westliche Einwände gegen Rapackis erstes Konzept, indem sie eine Entmilitarisierung in zwei Etappen vorsieht, auch konventionelle Streitkräfte einschließt und den Kreis der Teilnehmer an einem solchen Übereinkommen nicht mehr begrenzt. Der polnische Außenminister konnte großer internationaler Beachtung gewiß sein, da die internationale Diskussion über die Bildung atomwaffenfreier Zonen — nicht nur in Europa — seit 1958 ganz wesentlich fortgeschritten ist. Zudem zeigte Rapacki Interesse an dem als Undén-Plan bekanntgewordenen entsprechenden Vorschlag Schwedens.

Neben dieser Differenzierung der Positionen innerhalb der Machtblöcke hat die Genfer Abrüstungskonferenz aber auch vor allem die wachsende Bedeutung der neutralen, bzw. nicht gebundenen Staaten für die Bemühungen um eine weltpolitische Entspannung erkennen lassen. Von den acht in Genf vertretenen Staaten (Äthiopien, Ägypten, Burma, Brasilien, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden) sind vor allem Indien, Schweden und Brasilien dort hervorgetreten. Alle blockfreien Staaten wandten sich entschieden gegen jeden neuen Kernwaffenversuch, von welcher Seite immer. Der indische Vertreter, Krishna Menon, schlug eine Übertragung von Kontrollfunktionen bei einem Versuchsstop auf die bündnisfreien Staaten vor, nicht ohne damit bei England Sympathien zu finden, das wechselseitige nationale Inspektion (sei es der Großmächte selbst, sei es der Neutralen) notfalls für ausreichend zu halten scheint. Schweden will auch die Lagerung von Atomwaffen in fremdem Auftrag unterbunden wissen. Die neutralen und blockfreien Staaten treten alle für eine verbindliche Begrenzung des Atomklubs ein. Nicht nur, daß sie schon jetzt einen beträchtlichen moralischen Druck auf die beiden Supermächte ausüben — von einem solchen berichten übereinstimmend die Korrespondenten aus Genf —, sie sind auch als Vermittler zwischen diesen außerordentlich aktiv. Diese Staaten verstehen sich dabei als Repräsentanten des großen Teiles der Menschheit, der, weder auf westlicher noch auf östlicher Seite engagiert, von der Katastrophe eines Atomkrieges genau so betroffen würde wie die beiden Machtblöcke selbst.

Neue Waffen — alte Illusionen

Die Bundesregierung ist in Genf nicht vertreten, so wenig wie ihr engster Verbündeter, das Frankreich General de Gaulles, das von sich aus auf eine Teilnahme verzichtet hat. Der Besuch Außenminister Dr. Schröders in Lausanne und Genf unmittelbar vor Beginn der Konferenz diente offensichtlich dem doppelten Zweck, die USA noch einmal vor einer vermeintlichen Nachgiebigkeit und vor Kompromissen in der deutschen Frage zu warnen, außerdem aber nach der für Bonn peinlichen Affäre Kroll, die in Moskau fraglos einen recht negativen Eindruck gemacht hat, wenigstens wieder ein Minimum an Kontaktbereitschaft gegenüber der sowjetischen Regierung zu zeigen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Es ist leicht zu erkennen, daß dies Minimum keineswegs ausreicht, um die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau in der gerade im deutschen Interesse notwen-

digen Weise zu normalisieren. Zu einer solchen Normalisierung bedürfte es, wie immer die Haltung der Sowjetunion sein mag, zumindest einer weit konstruktiveren Haltung in den entscheidenden internationalen Fragen, als die Bundesregierung sie gerade in diesen Wochen der Genfer Konferenz zeigt.

Direkte Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung, wie sie in den vergangenen Monaten nicht allein von Moskau wiederholt angeregt worden waren, hat der Bundeskanzler in seinen beiden Interviews mit Le Monde und dpa einmal mehr als „zwecklos" abgelehnt. Die Bundesregierung erklärt außerdem seit Wochen immer wieder, die westliche Einigkeit dürfe nicht durch deutsche Initiativen gestört, es dürfe nicht im Westen Mißtrauen gesät werden. Dies alles würde nur die Position Moskaus stärken. Diese allzu primitive Betrachtungsweise findet im Westen durchaus nicht ungeteilte Zustimmung. Es ist bekannt, daß zumal London gegen deutsche Kontakte mit der sowjetischen Regierung nicht nur nichts einzuwenden hat, sondern solche Kontakte für durchaus notwendig hält, und zwar im Interesse des ganzen Westens. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit sind ebenfalls weit weniger mißtrauisch gegenüber einer solchen deutschen Initiative, als man in Bonn glaubt oder, wie eher zu vermuten, zu glauben vorgibt. Gerade anläßlich des Falles Kroll konnte man in amerikanischen wie in englischen Zeitungen mehrfach lesen, der Westen müsse durchaus Wert legen auf eine Besserung der gefährlich gespannten deutsch-sowjetischen Beziehungen, durch die infolge der NATO-Bindung der Bundesrepublik der Westen ja als Ganzes belastet wird; Mißtrauen erweckt im Westen heute weit mehr die Starrsinnigkeit und militär-politische Dynamik Bonns als eine Bereitschaft zum Ausgleich mit der Sowjetunion.

Wenn die Bundesregierung auch jetzt noch immer wieder darauf hinweist, das Vertrauen des Westens, das für uns lebensnotwendig sei, dürfe nicht in Frage gestellt werden, so gilt demgegenüber das eben Gesagte. Außerdem aber muß einmal mehr festgestellt werden, daß dieses Vertrauen des Westens, solange es auf der Gemeinsamkeit in der Politik der Stärke beruht, allzu teuer bezahlt ist — nämlich mit der abgrundtiefen, durch diese Politik provozierten Mißtrauen des Ostens. Und nur wenn es gelingt, auch in den Beziehungen der Bundesrepublik zum Osten wenigstens ein gewisses Maß an Vertrauen herzustellen, erscheint eine Verbesserung der deutschen Situation denkbar. Abermals muß der Bundesregierung vorgeworfen werden, daß sie es an den Voraussetzungen für eine solche Entspannung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses weiterhin fehlen läßt.

Die Genfer Konferenz wurde von den Verfechtern einer „harten" Politik in Bonn beinahe von ihrem Start weg derart hartnäckig tot gesagt, als „schon gescheitert" usw. bezeichnet, daß der Eindruck nicht ausbleiben konnte, man wünsche ein solches Scheitern geradezu. Und dieser Eindruck trügt gewiß nicht ganz. In welch fatale Situation sich Bonn hineinmanöveriert hat, ließ ein Leitartikel von Kurt Becker in der Hamburger WELT vom 9. März erkennen, in dem es hieß:

> „Wir sind in der unglücklichen Lage, immer dann als Störenfriede empfunden zu werden, wenn die beiden Weltmächte die Möglichkeiten des Verhandelns prüfen oder, wie nun in Genf, tatsächlich in Verhandlungen eintreten. Alle Welt weiß, wie sehr auf Bonn der Alpdruck lastet, ein Akkord zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion könnte vor allem auf dem Rücken der Bundesrepublik ausgetragen werden, es könnte sich entweder der deutsche Status im westlichen Bündnis verändern, genauer gesagt: verschlechtern, ein fauler Kompromiß in Berlin müsse befürchtet werden, oder Bonn würde in seinen weitergesteckten nationalen Zielen um viele Jahre zurückgeworfen."

Und weiter:

> „Bonn will das Thema europäische Sicherheit nicht im Zusammenhang mit der Berlin-Krise akzeptieren, sondern nur in Verbindung mit der deutschen Einheit. — Das

Gegenteil bahnt sich an. — Und Bonn lehnt auch jede regionale Sicherheitsmaßnahme ab, worunter in erster Linie Abstriche an der atomaren Bewaffnung zu verstehen wären, selbst wenn dies als Vorstufe zu einem allgemeinen weltweiten Abrüstungsabkommen geplant wäre."

Es ist offensichtlich, daß die Bundesregierung durch diese uneinsichtige Haltung mehr und mehr gerade das heraufbeschwört, was sie doch nach ihren Erklärungen vor allem zu verhindern sucht: eine Übereinkuft der Großmächte über Deutschland unter Ausschluß der Deutschen.

Bedauerlicherweise liegt irgend ein positiver Vorschlag zur Lösung des Abrüstungs- und Entspannungs-Problems und damit zur Klärung der Voraussetzungen einer befriedigenden Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems von Bonner Seite auch heute nicht vor. Das wäre für sich genommen schon schlimm genug. Es ist aber noch schlimmer in Verbindung mit der ständig zunehmenden militärpolitischen Aktivität der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hält weiter an ihren rein politisch heute völlig irrealen Forderungen nach „Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts" in ihrem Sinne fest und will eine solche zur Voraussetzung ihrer Bereitschaft zur Abrüstung und Entspannung machen. Auf die Fragwürdigkeit dieser Position ist in den letzten Monaten in dieser Zeitschrift wiederholt hingewiesen worden. Die Forderung wird durch bloße stereotype Wiederholung nicht wirkungsvoller. Doch die Gefahr ist groß, daß derartige Deklamationen mit Politik verwechselt werden und auch weiterhin zu einer verhängnisvollen Vernachlässigung wirklich politischer Alternativen führen. Und nichts anderes als derartige Alternativen, auf dem Boden der Realitäten, werden in der Lage sein, dem deutschen Anspruch auf Selbstbestimmung langsam den Weg zu bereiten. Immerhin sei hier denjenigen, deren ganze politische Weisheit sich in diesem Selbstbestimmungs-Postulat erschöpft, auch dies gesagt: Daß die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung dieses Postulats heute entgegenstehen und noch lange entgegenstehen werden, eine Frucht der nationalsozialistischen Art von „Selbstbestimmung" auf Kosten anderer Völker und auch eine Frucht der heillosen Politik der Stärke seit 1950 sind. So selbstverständlich, so einfach, so unproblematisch, wie jene vorgeben, ist nach alledem der deutsche Selbstbestimmungsanspruch nicht. Und einzig eine wirklich entspannungswillige deutsche Politik kann ihm noch Geltung verschaffen.

Der militär-politische Status der Bundesrepublik erweist sich mehr und mehr als das Kernproblem der deutschen und der internationalen Politik. Nicht nur, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, über eine atomwaffenfreie Zone usw. auch nur zu diskutieren — sie strebt ihrerseits eine Veränderung dieses militärpolitischen Status in ganz anderem Sinne an. Wir sprechen von dem unverändert starken Drängen auf die Bildung einer von den USA relativ unabhängigen NATO-Atommacht. Diese militärpolitische Aktivität füllt gerade heute das politische Vakuum aus, das in Bonn infolge der außenpolitischen Intransigenz der Bundesregierung entstanden ist. Wie wir hier schon wiederholt gesagt haben: Militärpolitik ersetzt Politik oder wird doch deren vorherrschender Faktor.

Das Streben nach atomarer Mitbestimmung Bonns wird von der Bundesregierung zweifach begründet. Erstens heiß es, es solle dadurch die Möglichkeit auch eines konventionellen Krieges ausgeschaltet und so „jeder Krieg verhindert" werden. So Minister Strauß, so sein publizistisches Sprachrohr, Herr Weinstein, in der Frankfurter Allgemeinen. Wir lassen offen, ob die Verfechter dieser These an ihre eigene Behauptung überhaupt glauben. Jedenfalls ist seit Jahrzehnten noch immer alle Aufrüstung damit begründet worden, sie solle den Krieg verhüten — und hat noch allemal zu eben diesem Krieg geführt. Dennn selbst bei eigenem unbedingtem Friedenswillen ist doch bei einem bestimmten Stand der

Rüstungen und einem bestimmten Grad der politischen Spannung die Tendenz zu einem bewaffneten Konflikt nahezu zwangsläufig. Diese Erfahrungen allein sind schon das überzeugendste Argument für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung, wenigstens aber doch für eine Begrenzung des unheilvollen Wettrüstens. Außerdem wird bei jener Argumentation der rein militärische Gesichtspunkt verabsolutiert; es bleibt außer Betracht, daß eine derartige atomare Mitbestimmung der Bundesrepublik das Mißtrauen der östlichen Seite und damit die Ost-West-Spannung um ein Vielfaches vermehren würde, während der militärische Wert jener NATO-Atommacht ohnehin fragwürdig genug wäre. [1])

Nicht weniger problematisch ist aber auch die andere These: die Bundesregierung müsse heute militär-politische Gleichberechtigung verlangen, sie könne keine militär-politische Diskriminierung gegenüber ihren NATO-Partnern in Kauf nehmen. Abgesehen davon, daß einige dieser NATO-Partner von sich aus zu einem Verzicht auf Atomwaffen, sei es in dieser, sei es in jener Form, längst bereit sind, trägt eine solche Beweisführung den besonderen deutschen Umständen nicht Rechnung. Man darf geradezu sagen: Militärisch weniger wäre hier politisch mehr! Und umgekehrt: Militärisch höchst fragwürdig, wäre ein deutsches atomares Mitspracherecht politisch eine denkbar schwere Hypothek — die deutsche militär-politische „Gleichberechtigung" ein wahres politisches Danaer-Geschenk!

Das deutsche Drängen nach atomarer Mitbestimmung findet im Westen keineswegs Beifall, sondern fördert, wie schon oben angedeutet, nur das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik. Die amerikanische Regierung bleibt vorläufig zurückhaltend, obgleich der NATO-Oberbefehlshaber, General Norstad, den deutschen Plan unterstützt. Der FDP-Vorsitzende, Dr. Mende, brachte von seiner USA-Reise die Erkenntnis mit, das allzuviel deutsches Drängen in dieser Frage für die deutsche Sache nur schädlich sein könne. Und die Basler Nachrichten wußten am 23. März aus amerikanischen Kreisen in Bonn zu berichten:

> „An der Kampagne zugunsten einer Atommacht NATO mißfalle in Washington, daß mit der Alternative atombewaffneter nationaler Armeen gedroht werde. Es bereite politisches Unbehagen, Trägerwaffen und Nuklearsprengköpfe in den Händen kontinental-europäischer Offiziere zu sehen. Hinter der deutschen Initiative, der sich kürzlich auch Brüssel und Rom anschlossen, stecke de Gaulle. Dieser gelte als hartnäckiger und zielbewußter Gegner der USA und ihrer Präsenz in Europa. Kennedy sei sich viel stärker als Eisenhower des ausschlaggebenden Gewichtes der Vereinigten Staaten bewußt. Das deutsch-französische Drängen nach Kernwaffen reiße seine Ungeduld und fördere die Neigung Washingtons, mit den Sowjets zu zweiseitigen Vereinbarungen zu gelangen."

Minister Strauß spricht von einer vermeintlichen „Perfektionierung der Abschreckung", um derentwillen eine NATO-Atommacht notwendig sei. Aber dieses ohnehin problematische Argument wird heute auch abermals mit einer außenpolitischen Zielsetzung verknüpft, deren Unsinnigkeit seit Jahr und Tag erwiesen ist. Es war vor nunmehr zehn Jahren, daß die Bundesregierung den für heutige Verhältnisse den deutschen Ansprücken ganz außerordentlich weit entgegenkommenden Friedensvertragsvorschlag der Sowjetunion vom März 1952 brüsk ablehnte. Bonn setzte diesem sowjetischen Kompromißvorschlag die Konzeption

[1]) Offensichtlich hat das bis zur Abstrusität gehende Theoretisieren über die verschiedenen Formen des Krieges das Offizierskorps der Bundeswehr schon verwirrt. Die Zusammenkunft der höheren Militärs mit Minister Strauß in Mainz Ende März diente dazu, diese Verwirrung beizulegen. Es zeigt sich, wie widersinnig all diese Theoreme sind, die die deutsche Aufrüstung rechtfertigen sollen, und daß sie sich nun gegen ihre eigenen Urheber wenden.

seiner „Politik der Stärke" entgegen, befangen in dem Wahn, durch eine forcierte Aufrüstung im Rahmen der NATO Moskau ein bedingungsloses Eingehen auf die westdeutschen Forderungen abzwingen zu können. So erklärte der Bundeskanzler wenige Tage vor der Veröffentlichung des sowjetischen Memorandums am 1. 3. 1952 in Heidelberg:

„Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjet-Rußland, dann ist der Tag der Verhandlung mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen ... Ich glaube und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo man mit Rußland vernünftig (!) über alle diese Dinge sprechen kann, und dann (!) wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern wieder vereint sein werden ..."

Das war eine klassische Formulierung der Politik des „Roll back". Das Ergebnis dieses Experimentes einer Regierung, die ihre Wahlen mit dem Slogan „Keine Experimente" zu bestreiten pflegt, ist bekannt. Jeder Deutsche in der Bundesrepublik, in der DDR, in Westberlin und jenseits der Mauer ist ihm tagtäglich konfrontiert.

Aber das furchtbare Fiasko dieser „Politik der Stärke" hindert deren Initiatoren und Wortführer nicht, heute einmal mehr ihre Pläne für eine Erweiterung der Aufrüstung ähnlich zu begründen. So erklärte der Bundeskanzler in seinem Interview mit dpa am 14. März, die Sowjetunion müsse einsehen, daß sie in der nuklearen Rüstung auf lange Sicht gesehen mit den Amerikanern nicht Schritt halten könne. Das Hauptinteresse der Sowjetunion könne eines Tages den inneren Schwierigkeiten im Ostblock gelten; von entscheidender Bedeutung sei das zukünftige Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Rotchina. Verteidigungsminister Strauß sagte in einem Aufsatz in der Politisch-Sozialen Korrespondenz seiner Partei (vergl. Bulletin vom 29. 3.): Es gelte durch Verstärkung der Einheit des Westens „für Generationen die gewaltige Überlegenheit des freiheitlichen Systems" zu sichern, den „Frieden zu gewinnen", wohlgemerkt nicht etwa durch Anerkennung der Koexistenz als Sicherung des Friedens, sondern durch verstärkte Rüstung. Strauß erklärte sich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit, „wenn die Stunde gekommen ist, den Zweiten Weltkrieg auch politisch zu liquidieren". In welchem Sinne, das ließ der Satz erkennen, die entscheidende Frage sei, „unter welchen Voraussetzungen — wenn überhaupt — Moskau bereit ist, dem deutschen Volk das Recht der freien Selbstbestimmung, der freien Gestaltung der inneren Lebensverhältnisse und das Recht der äußeren Sicherheit zuzugestehen. Diese Sicherheit kann im Zeitalter der Machtblöcke nur im Vereinigten Europa und in der Atlantischen Gemeinschaft gewährleistet sein". Auch hier also einmal mehr die Bonner Maximal-Forderungen, deren Erfüllung man für den Tag erwartet, da der Westen, nicht zuletzt dank deutscher Mithilfe, stärker sein werde. Dieser Tag aber ist, das muß ohne jede Beschönigung gesagt werden, der Sankt-Nimmerleinstag. [1])

[1]) Es ist sehr unrealistisch, wenn man wähnt, der Sowjetunion das von ihr beharrlich verweigerte Eingehen auf die deutschen Forderungen mit dem Köder wirtschaftlicher Angebote allein schmackhaft machen zu können. Die Kölnische Rundschau, die als das Leibblatt Dr. Adenauers gilt, interpretierte am 28. März den Strauß-Aufsatz unter der bezeichnenden Überschrift: „Lasten für den Frieden". Es hieß dort, nur die Partnerschaft eines einigen Europa mit den USA werde in der Lage sein, „gegenüber dem bolschewistischen Koloß die gewaltige Überlegenheit des freiheitlichen Systems zu dokumentieren.

Dreierlei verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden:

1. Die Bundesregierung scheut sich nicht, die Bevölkerung der Bundesrepublik ungeachtet aller politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen auf weitere „Opfer" für die verstärkte Aufrüstung vorzubereiten. Die CDU-Zeitung Rheinische Post sagte es am 31. März sehr deutlich:

> „Was noch zu tun bleibt, ist die in die Praxis der Steuerpolitik und des Maßhaltens umgesetzte Erkenntnis, daß für die Sicherung der Freiheit ein hoher Preis zu zahlen ist. Bei den zwanzig Milliarden, auf die sich der Verteidigungsetat zubewegt, wird es nicht bleiben. Größere finanzielle Opfer werden uns abverlangt werden, und alle werden sie zu tragen haben."

Anders gesagt: Die Bundesregierung verlangt von der Bevölkerung „Maßhalten" — um selbst nicht mehr maßhalten zu brauchen, nämlich bei der Aufrüstung.

2. Die Bundesregierung kann offentsichtlich von dem zunehmenden moralisch-politischen Druck zugunsten von Verhandlungen, der aus dem Ausland, aber auch, wie später zu zeigen ist, aus dem Inland auf sie ausgeübt wird, nicht mehr ganz absehen. Sie versucht, sich den Kritikern ihrer Konzeption nicht in der Sache, aber rein verbal anzupassen, indem sie auch ihrerseits betonter als früher von Frieden, Verhinderung des Krieges, Verhandlungen usw. spricht. Doch steht nach wie vor ihre wirkliche Politik einer wirklichen Entspannung entgegen. Die angeblich für die „Sicherung der Freiheit" notwendigen neuen Opfer sollen als „Lasten für den Frieden" der Bevölkerung angenehmer gemacht werden... Diese Lasten aber werden von der Bundesregierung selbst in den Dienst einer Militärpolitik gestellt, die, ob sie es will oder nicht, die weltpolitische Spannung nur gefährlich erhöht und die Lösung der deutschen Frage weiter kompliziert. Es sind also Opfer n i c h t für Frieden und Freiheit, sondern Opfer, die nur noch weit furchtbareren Opfern den Weg bereiten können.

3. Die Bundesregierung suggeriert der Bevölkerung, eine neue Forcierung des Wettrüstens könne die Sowjetunion „eines Tages" „weich" machen, sie zur Annahme der seit Jahr und Tag von der Bundesregierung erhobenen Forderungen zwingen. Gleichgültig, ob man in Bonn selbst daran glaubt oder nicht, — in jedem Falle handelt es sich um eine lebensgefährliche Illusion. Diese Fata morgana einer durch westlichen Druck und inner-östliche Spannungen veranlaßten sowjetischen Nachgiebigkeit ist es, mit der Bonn die strikte Ablehnung aller Entspannungsvorschläge begründet. Die Bundesregierung tritt damit faktisch für ein weiteres, unbegrenztes Wettrüsten mit all den ständig wachsenden furchtbaren Gefahren und Risiken eines solchen ein. Und alles dies nur, um Spielraum

---

Aus einer solchen Position der Stärke und eines neuerstandenen europäischen Selbstbewußtseins mit der Sowjetunion in der Bereitschaft zu einem vernünftigen Ausgleich zu verhandeln, ist der Grundzug der Konzeption des Verteidigungsministers und der Bundesregierung. Noch ist allerdings die Stunde für derartige Ausgleichsverhandlungen nicht gekommen, der Zeitpunkt wird jedoch da sein, sobald Moskau einsieht, daß es auch in seinem Interesse liegt, die Verhältnisse in Mitteleuropa zu normalisieren". Und dann folgte der Nachsatz, der der Schlüssel für diesen Kommentar ist: „Bis dahin wird die Bevölkerung der Bundesrepublik auch weiterhin große Opfer für die Sicherung ihrer Freiheit bringen müssen."

Zitiert sei hier schließlich auch ein großer Artikel von Reinhold Kiep im Rheinischen Merkur vom 30. März unter der Überschrift „Der Kalte Krieg ist wirklich ein Krieg". Der Verfasser fordert eine „offensive Abwehr" des vermeintlichen sowjetischen Angriffs und erklärt dann: „Das ideologische Sowjetsystem ist in Bewegung geraten. In diese Bewegung planmäßig hineinzustoßen, gibt dem Westen die Chance zum Sieg — für den Frieden der Welt... Der Westen, der Angegriffene in einem Krieg, den die andere Seite gnadenlos führen will, hat nur die Alternative Sieg oder Sowjetisierung."

für die eigene, militärisch sinnlose, politisch fatale, wirtschaftlich belastende militär-politische „Gleichberechtigung", vor allem auf dem Gebiet der Atomwaffen, zu gewinnen.

Man sollte in Deutschland nicht übersehen, was weder im Osten noch im Westen übersehen wird: Daß die militär-politischen Ansprüche der Bundesregierung von Jahr zu Jahr größer geworden sind und daß das Verlangen nach atomarer Mitbestimmung ein Verlangen nach Mitbestimmung über Offensiv-Waffen bedeutet. Eine NATO-Atommacht wäre unter den gegebenen Umständen eine von der Bundesrepublik kontrollierte Atommacht. Es bedarf keiner allzu großen Phantasie, um sich vorzustellen, was das, verbunden mit dem unverändert starren anti-kommunistischen Doktrinarismus und der außenpolitischen Unnachgiebigkeit der Bonner Regierung, für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen bedeuten muß. Ein neuer Unsicherheitsfaktor ersten Ranges käme dadurch ins Spiel. Während in Genf und weit über Genf hinaus über eine Begrenzung des Atomklubs gesprochen und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen sehr ernsthaft diskutiert wird, drängt ausgerechnet die Bundesregierung mit aller Macht auf eine Ausdehnung des Atomklubs und lehnt atomwaffenfreie Zonen strikt ab. Und das, obwohl die Errichtung einer solchen Zone in Mitteleuropa keineswegs einen einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen bedeuten würde.

Scheidung der Geister

Die unverkennbare grundsätzliche Problematik dieser Bonner Politik der Stärke neuer Auflage hat nun freilich auch zur Folge, daß sich angesichts der abzuschätzenden Konsequenzen dieser Politik stärker als bisher Widerspruch und Widerstand gegen sie in der Bundesrepublik bemerkbar machen. Das Hervortreten Einzelner und kleiner aktiver Gruppen, die in verschiedenen Formen und in verschiedenem Tone eine Änderung der Bonner Politik fordern, gehört zu den wichtigsten neuen Entwicklungen dieser Monate. Allmählich bilden sich wieder politische Fronten, eine Differenzierung der Auffassungen hat begonnen, es steht heute nicht mehr nur eine unverzagte, aber zahlenmäßig allzu schwache, überdies planmäßig diffamierte Minderheit dem trostlosen Einerlei des Konformismus oder des mutlosen Schweigens gegenüber. Die Fälle Kroll und Dehler, das Memorandum der acht Protestanten, die Handreichung der Evangelischen Kirche, nicht zuletzt die unerwartet große Zahl von Anmeldungen für die diesjährigen Ostermärsche der Atomwaffengegner, vieles schließlich, was heute hinter den Kulissen vor sich geht, — dies alles ist Symptom für eine wachsende heilsame Unruhe. Die Einsicht wächst nun doch, daß nur eine wesentlich andere als die bisherige deutsche Politik unseren Lebensinteressen gerecht werden kann. Und je mehr sie wächst, desto stärker wird auch der Druck der Einsichtigen auf die Bundesregierung werden. Man denke an England und auch an Italien, Länder, in denen die öffentliche Meinung ohnehin wesentlich entspannungsfreudigere Regierungen, verglichen mit der Bundesregierung, immer stärker in die Richtung eines den Frieden sichernden Ost-West-Ausgleichs drängt. Die Deutschen haben bei einem solchen Ausgleich nichts zu verlieren als einige allzulang genährte Illusionen — sie haben aber manches zu gewinnen, und sie werden ohne einen solchen Ausgleich nichts gewinnen, womöglich aber alles verlieren.

Freilich wird es in den nächsten Monaten harter innerer Auseinandersetzungen, einer fortschreitenden Klärung der Konzeption auf seiten der neuen Opposition sowie äußerster gedanklicher und politischer Konsequenz bedürfen, wollen diese Kräfte wirklich Einfluß auf die deutschen Geschicke gewinnen. Immerhin können sie mit dem Zuzug breiterer Schichten insofern rechnen, als durch die Bevölkerung nun doch wenigstens so etwas wie eine Ahnung von der Relativität des

Wirtschaftswunders und den durch die Rüstungsausgaben entstehenden ungeheueren Belastungen der Allgemeinheit geht. Zudem zeigt sich mehr und mehr, in welchem Maße die Demokratie und damit die Freiheit durch jene Aufrüstungs- und Notstandspolitik, durch die sie angeblich geschützt werden soll, gerade gefährdet wird. Es kommt hinzu, daß der Fall Strauß-Fibag, wie immer die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchung aussehen mögen, das Ansehen des Verteidigungsministers schwer erschüttert und ein Licht auf manch fragwürdige Praktiken geworfen hat.

Doch wird der Erfolg der neuen Opposition nicht von selbst zufallen. Auch die Gegenseite hat zum Sammeln geblasen. Die Scharfmacher wenden um jeden Preis wieder das alte Rezept an, jeden Kritiker der heutigen Regierungspolitik und Befürworter der Entspannung als „Verzicht-Politiker", als „Helfershelfer des Bolschewismus" zu denunzieren. So wurde Herr Kroll von der WELT und von „Bild" an den Pranger gestellt, so ereiferte man sich maßlos im Falle Dehler — um aus koalitions-taktischen Gründen ebenso schnell wieder zurückzuschalten —, so werden vor allem die „Vertriebenen"-Funktionäre als angebliche „Wahrer des deutschen Selbstbestimmungsrechts" aktiv.

Man versucht einzuschüchtern, die offene und öffentliche Diskussion über die deutsche Außenpolitik zu unterbinden. So erklärte beispielsweise Bundesminister Seebohm laut WELT vom 12. 3. 62 auf einer CDU-Versammlung im Kreis Harburg: Wer auf Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie verzichtet, sei ein Handlanger der Sowjets. Im übrigen sei Fremdherrschaft immer nur eine vorübergehende Angelegenheit. Die Landsmannschaften der Ostdeutschen wandten sich unter Bezugnahme auf den Leitartikel der WELT vom 17. Februar an den Bundeskanzler mit der Forderung nach Untersuchung des Falles Kroll. Sie erklärten, es sei notwendig,

> „daß sichergestellt wird, daß im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Lösungsvorschläge erst gar nicht erwogen (!), geschweige denn in der Öffentlichkeit bekannt werden, die die ureigensten Interessen der Vertriebenen, der Mitteldeutschen, der Berliner und darüber hinaus das gesamtdeutsche Anliegen auf eine derartig schamlose Weise verraten." (Die Welt vom 27. 2.)

Ende März warf der Bund der Vertriebenen Deutschen den acht Protestanten vor, sie biederten sich als „Steigbügelhalter kommunistischer Propaganda" an. Herr von Brentano, der in Berlin vom Mißerfolg der Genfer Konferenz sprach, kurz bevor das Rusk-Gromyko-Kommunique veröffentlicht wurde, warf Dr. Dehler vor, er habe allen Gegnern Deutschlands Stoff für eine „Hetze gegen die Bundesrepublik" geliefert. Die Feinde Deutschlands hätten einen solchen Stoff selbst in ihren kühnsten Träumen nicht erwartet. — Man wird an deutsch-nationale und nationalsozialistische Agitation gegen die „Verzichtpolitiker" der Weimarer Republik erinnert . . .

Es ist nicht bekannt geworden, daß Herr von Brentano auch dem Bundeskanzler vorgeworfen hätte, den Gegnern Deutschlands „Stoff für eine Hetze" usw. geliefert zu haben. Und doch wäre dazu Anlaß genug. Nicht nur daß die Manipulationen in der Affäre Kroll den angesehenen Londoner Observer zu der Feststellung veranlaßten:

> „Die Affäre hat die treuesten Verbündeten Deutschlands schwer angeschlagen zurückgelassen. Westliche Botschaften in Bonn haben fast den letzten Rest von Vertrauen zum Bundesaußenministerium verloren."

Es gibt darüber hinaus den neuen „Fall Oberländer", der nun wirklich ein Fall ist. Bekanntlich hat Dr. Adenauer vor einigen Wochen dem ehemaligen Bundesminister seine „Rehabilitierung" ausdrücklich bestätigt und seine Rückkehr in die Politik begrüßt. Die westliche Presse ließ es nicht an eindeutigen Kommentaren

fehlen. „Hetze gegen Deutschland?" Nicht genug damit, der „rehabilitierte" Oberländer ist bereits wieder „zum Angriff angetreten". Ausgerechnet im „Stahlhelm" veröffentlichte er im Februar einen Aufsatz unter dem Titel „Der revolutionäre Krieg", in dem die von uns oben charakterisierte rabiat anti-kommunistische „Politik der Stärke" der Bundesregierung sozusagen ideologisch begründet wird. In diesem aufschlußreichen Artikel heißt es u. a.:

> „Dieser revolutionäre Krieg kennt keine Kompromisse ... Der revolutionäre Krieg ist nicht in Verteidigung zu gewinnen, sondern nur im Angriff. Er muß offensiv geführt werden. Hier ähnelt er den Grundsätzen des militärischen Krieges. Seit 44 Jahren redet der Westen von Verteidigung, aber er gibt eine Position nach der anderen auf und er sündigt dabei gegen einen Grundsatz, daß die Freiheit unteilbar ist. Es gibt eben keine Koexistenz zwischen Freiheit und Unfreiheit für die Freiheit. Keine Angst vor dem Wort Krieg, das uns vor allen vom Feind genährten Illusionen bewahren soll. Nur die Offensive bringt Erfolg, und auch Berlin kann nur in Offensive verteidigt werden ... Aus der Unmöglichkeit der Koexistenz ergibt sich die Notwendigkeit der Offensive."

So ist Herr Oberländer wieder aufgerückt ins erste Glied der Propagandisten jener antikommunistischen Hysterie, die der psychologische Motor der heutigen Bonner Politik ist.

Ihr zollen nach wie vor auch die Führer der SPD ihren Tribut. Sie — mit dem, was wir hier neue Opposition nennen, nicht zu verwechseln — haben in den letzten Wochen weitere Meisterstücke ihres opportunistischen, bedenkenlosen Konformismus geliefert. Herr Erler verteidigte ausdrücklich den neuen Rüstungsetat der Bundesregierung, und Herr Wehner schloß sich der öffentlichen Denunziation des Botschafters Kroll an, um seine Koalitionswürdigkeit einmal mehr unter Beweis zu stellen. Die SPD war scheinheilig genug, dann, nachdem Kroll mit ihrer Hilfe mehr oder weniger zu Fall gebracht worden war, das düstere Intrigenspiel um den Botschafter zu beklagen. Die neue Opposition wird sich nicht zuletzt mit der Anpassungstaktik der Sozialdemokraten auseinanderzusetzen haben. Sie kann hoffen, dabei der Sympathien eines nicht geringen Teiles der deutschen Sozialdemokratie sicher zu sein, der sich darüber im klaren ist, daß die Politik der Wehner, Erler etc. nicht nur den moralischen und politischen Ruin der SPD, sondern auch den Deutschlands zur Folge haben muß.

Nicht vergessen werden darf schließlich die Entwicklung auf internationaler Ebene. Sie gibt Anlaß zu Hoffnung darauf, daß die für eine Entspannung eintretenden Kräfte mehr und mehr an Boden und Einfluß gewinnen. Von England war bereits die Rede und auch davon, daß sich diese Haltung der britischen Öffentlichkeit mittelbar auch schon auf die Politik Washingtons auswirkt. Großbritannien ist heute mehr denn je ein mäßigender Faktor innerhalb des Westens. In den Vereinigten Staaten kam es in den letzten Wochen mehrfach zu Demonstrationen, vor allem von Studenten, gegen die Kernwaffenversuche. Selbst in diesem Lande regen sich die Einsichtigen, die hier einen besonders schweren Stand haben angesichts des Druckes der Befürworter des kalten Krieges auf die öffentliche Meinung. Der schwedische Außenminister Undèn wurde schon als einer der aktivsten Teilnehmer der Genfer Konferenz erwähnt. Die finnische Regierung hat in ihrer Antwort an UN-Generalsekretär U Thant die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in möglichst vielen Gebieten der Welt befürwortet. In Dänemark haben kürzlich bei den Gemeindewahlen die unabhängigen Sozialisten, die gegen die Nato-Politik der Regierung auftreten, erhebliche Stimmengewinne verbuchen können. In den Niederlanden ist den Pazifistischen Sozialisten Ende März bei den Provinzialwahlen ein beachtlicher Erfolg gelungen: Sie haben verhältnismäßig den größten Stimmenzuwachs aller

Parteien erreicht. In der Schweiz stimmten immerhin die vier Kantone Genf, Waadt, Neuenburg und Tessin am 1. April für die Atomverbots-Initiative. In Belgien ist es zur Bildung eines Komitees zur „Förderung der Entspannung und zu einer friedlichen Lösung der Deutschlandfrage" gekommen, dem zahlreiche bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören.

Dies alles ist ermutigend, denn es zeigt, daß sich überall nicht etwa die „Hetzer gegen Deutschland", sondern die Besonnenen und Verantwortungsbewußten zusammenfinden. Der italienische Ministerpräsident Fanfani forderte Ende März im italienischen Fernsehen eine Verpflichtung zum Eindämmen der Kriegspropaganda „in einigen Ländern", das Senken der Verteidigungsausgaben und die Verringerung der Militärkontigente als Mittel zur Milderung der internationalen Spannungen. Er warnte vor der Forcierung „besonderer Experimente". So kommen wesentliche und überzeugende internationale Tendenzen heute mehr denn je einer deutschen Friedensinitiative entgegen. Sie zu fordern, zu konzipieren und öffentlich zu vertreten wird Sache der neuen Opposition sein, die sich zu formieren beginnt.

Abgeschlossen am 2. April

Kommentare

Ostermarsch 1962

Zu Ostern marschieren die Atomwaffengegner wieder, auch in der Bundesrepublik. Der Ostermarsch in der Bundesrepublik hat es nicht leicht: allzusehr entzieht er sich den Eingleisigkeiten der mächtigen politischen Apparate gleich welcher Couleur, — allzu sehr, für deutsche Begriffe, ist hier „direkte Demokratie" am Werk. Der Ostermarsch ist keine Organisation, er verzichtet auf die Bindung an die großen gesellschaftlichen Organisationen und ihre Bürokratien und Finanzquellen (eine Bindung, die schon mancher spontan aufgekommenen politischen Initiative den Garaus machte . . .), er verzichtet auf hauptberufliche Organisatoren. Eine politische Bewegung, die als lockere Aktionseinheit in dieser Sache gleichgesinnter Menschen auf das politisch wache Gewissen einzelner Bürger setzt, die sich unabhängig hält, die dennoch Massen zu mobilisieren vermag, — das ist in der politischen Situation der Bundesrepublik eine seltene Erscheinung.

Es fehlte, verständlicherweise, nicht an Versuchen, dem Ostermarsch eine Funktion im Kalten Krieg zuzudiktieren. Diese Versuche indessen scheiterten: die Ostermarschbewegung bestand darauf, daß Atomwaffengegnerschaft unteilbar sein muß, wenn sie glaubhaft, wirksam und friedenstiftend sein will. Auch in der Bundesrepublik wandte sich die Ostermarschbewegung mit gleicher Deutlichkeit gegen französische, amerikanische und sowjetische Atombombentests oder deutsche Atomwaffenwünsche. Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation, in Ost und West, ist unverrückbarer Grundsatz des Ostermarsches. Gerade weil der Ostermarsch in dieser Sache ein gutes Gewissen hat, kann er darauf verzichten, sich selbst durch Inquisition zu lähmen. Der leidige Prozeß des ständigen Distanzierens hat im Ostermarsch keinen Raum gewonnnen. Hans Konrad Tem-

pel, Sprecher des Zentralen Ausschusses für die Ostermärsche in der Bundesrepublik, schrieb hierzu: „Es gibt eine Wahrheit, die darum nicht weniger wahr ist oder verschwiegen werden müßte, weil jemand, den wir nicht schätzen, sie auch für wahr hält oder sie im Sinne seiner Interessen benutzt ... Wir werden uns nicht selbst den Boden für unseren Widerstand unter den Füßen wegziehen, indem auch wir diese Welt in Schwarz und Weiß, Teuflisch und Nicht-Teuflisch spalten. Unser Ausgangspunkt ist die Zuversicht, daß sich quer durch alle Fronten hindurch die Vernunft durchsetzen kann und durchsetzen wird. Und so sind wir bereit, mit allen gemeinsam Widerstand zu leisten, die ehrliche Gegner jeder Atombewaffnung sind und die die Politik mit der Bombe im Osten und die Politik mit der Bombe im Westen für gleichermaßen gefährlich und verbrecherisch halten ..."

Einstellung aller Kernwaffenversuche, Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen, Bildung atomwaffenfreier Zonen, Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen, Verzicht auf atomare Bewaffnung und auf die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, — das sind die Forderungen des Ostermarsches in der Bundesrepublik. Und eine weitere Parole des Ostermarsches lautet: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie." Das ist ein Satz, der keineswegs als taktisches Randprodukt gemeint ist. Der Ostermarsch in der Bundesrepublik begründet diesen Satz so: „Wer die Möglichkeit eines atomaren Krieges bewußt in Kauf nimmt, handelt in Menschenverachtung. Wer Atomwaffen anwenden oder sich auf ihre Anwendung vorbereiten soll, ist moralisch überfordert. Wer ihn trotzdem dazu anhält, entmündigt und entwürdigt ihn. Somit ist durch die Atombombe der Mensch bereits vor der faktischen Anwendung der Bombe in seinem Menschsein gefährdet. Militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung sind eng miteinander verknüpft."

Die Ostermarschbewegung ist parteipolitisch absolut neutral. Ihre Anhänger kommen aus den verschiedensten politischen, sozialen und religiösen Gemeinschaften. Die Unabhängigkeit des Ostermarsches, die nicht zuletzt zur Wirksamkeit dieser Bewegung beiträgt, bedeutet allerdings auch, daß man sich hier keinem Versuch beugen wird, den Ostermarsch von seiner selbstbestimmten Zielsetzung abzulenken oder seinen Protest einzuschläfern. Mögen andere, größere und einflußreichere politische Gruppierungen, die einst gegen die Atomtoddrohung arbeiteten, still geworden sein, — der Ostermarsch wird nicht Ruhe geben. A. Kl.

Erhards Bumerang

Es war wie Sondermeldung ... Von den Bildschirmen des Deutschen Fernsehens ging an diesem Abend unvermutet, ohne Vorwarnung, etwas noch nicht Dagewesenes aus: ein Strom düsterer Feierlichkeit, dunkler noch als bei jenem ebenfalls vermeidbar gewesenen Wassertod von dreihundert Hamburgern, weil an jeden der Millionen persönlich adressiert, die da gemütlich daheim in ihren Sesseln lehnten und sich mit wachsender Betroffenheit ausgerechnet von jenem hochstehenden Herrn den Kopf waschen lassen mußten, der sonst immer wie eine Art Reinkarnation des gabenbringenden Nikolaus als Guter Onkel unseres Wirtschaftswunders galt und wohl auch gelten mochte. Heute hingegen hatte er sogar seine sonst soviel Beruhigung ausstrahlende dicke Zigarre weggelegt (war sie ihm etwa gar ausgegangen?), sein normalerweise unser ganzes bundesrepublikanische Behagen symbolhaft zum Ausdruck

bringen sollendes wohlgenährtes Gesicht bemühte sich um Expressionen der Beschwörung, ja des Grolls, und seine Hände, die die Manuskriptblätter immer wieder zunächst einmal verkehrt und erst dann richtig herumlegten, verrieten das volle Ausmaß der Nervosität, die vom verantwortlichen Leiter unseres Wirtschaftslebens Besitz ergriffen hatte.

Es ist weder Sinn noch Absicht dieser wenigen Zeilen, den Ausführungen Prof. Erhards im einzelnen wirtschaftsanalytisch nachzuspüren; das ist in der Zwischenzeit von allen möglichen Seiten ausreichend getan worden. Wir hingegen gehören keinem Interessenverband an; worauf es uns ankommt, ist, im Zusammenhang mit jener forciert dramatischen Rede eine schlichte Grundtatsache schlicht aufzugreifen und in Erinnerung zu rufen.

Prof. Erhards Warnungen, ja Drohungen richteten sich, nimmt man alles nur in allem, an die vielbeschrieene ‚Begehrlichkeit der Massen'. Unterstellen wir diese einmal als Tatsache — wo kommt sie dann aber her? Das ist doch wohl die entscheidende Frage. Mußte unser Wirtschaftsminister nicht auf jeden seiner Zuhörer und -schauer, der beim Levitenlesen kühlen Kopf bewahrte, wie der Zauberlehrling wirken, der die Gespenster, die er gerufen, nicht wieder los werden konnte? Es gehört zu den grundlegenden Unanständigkeiten unserer Verhältnisse, dem Volk aus durchsichtigen politischen Zwecken jahrelang mit allen nur denkbaren Mitteln der Verlockung und Verführung den Floh eines Super-Konsum ins Ohr zu setzen, um es dann plötzlich gewissermaßen als den Unterwühler unserer Stabilität hinzustellen. Ist unsere vertrackte Lohn-Preis-Spirale mit allen ihren überhitzten Folgen nicht letzten Endes Prof. Erhards höchsteigenes geistiges Patent, und steht deshalb nicht er selber zu allererst in der Verantwortung? Wenn es in unserer Wirtschaft ‚so weit gekommen ist, daß . . .', durfte er es so weit kommen lassen?

Doch egal jetzt, wer die Verantwortung trägt: Es hat an jenem Abend, wenn auch unausgesprochen, unter der Last der Wirklichkeit zugegeben werden müssen, daß unsere Wirtschaftspolitik abenteuerliche, hasardartige Züge angenommen hat. Ist es nicht mit unserer Außenpolitik haargenau ebenso? (Wie wird der Abend aussehen, an dem auch d a s zugegeben werden muß?) Wie soll ein so unselbständiges Geschlecht wie die Deutschen endlich lernen, Maß zu halten, wenn ihm von oben her seit Generationen Maßlosigkeit vorgelebt und sogar als Tugend hingestellt wird? (An mahnenden W o r t e n von oben hat es, gerade auch aus dem Munde von Prof. Erhard, nicht gefehlt, aber die zählen nicht, nur Taten zählen.) Es ist die Zeit gekommen, wo wir das Volk — auch wenn es immer wieder noch so verkehrt wählt — gegen seine Führung in Schutz nehmen müssen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wenn wir letzten Endes unseren Wirtschaftsminister als seinen eigenen Angeklagten bezeichnen, wollen wir damit nicht die Marktwirtschaft an sich verdammen. Aber diese ist bei uns ganz ohne Zweifel von Anfang an falsch, weil einseitig und hypertroph, in die Wege geleitet worden. Prof. Erhard weiß das genau. Aber es ist ihm aus nur zu verständlichen Gründen peinlich, das Kind beim Namen zu nennen, und so begnügt er sich mit verschämten Andeutungen: Die V e r m ö g e n s v e r t e i l u n g bei uns, so sagt er, sei „angeblich" ungerecht . . . So einfach darf man es sich in Ihrer Position nicht machen, Herr Bundesminister! Denn die Ungerechtigkeit unserer Vermögensverteilung — auf die der ganze gefährliche Kampf der „Sozialpartner" zurückgeht — ist nicht „angeblich", sondern nachgerade aktenkundig. Das weiß unter vielen anderen ein jeder, der in diesen „Blättern" schon vor fünf Jahren die folgenden Sätze des Jesuitenpaters Klemens Brockmüller gelesen hat:

„Wenn man . . . die Berechnungen der Statistik über die von 1950 bis 1955

in der Bundesrepublik neu investierten Werte vergleicht, so wird erschreckend deutlich, was an Versäumnissen nachzuholen wäre. Von dem im Werte von 150 Milliarden DM gebildeten neuen Vermögen sind etwa 10 Milliarden in Haushaltungen und etwa 130 Milliarden in Unternehmungen investiert. man diese Werte weiter aufschlüsselt, so ergibt sich, daß etwa 60 % dieser neuen Vermögensbildung in die Taschen von etwa 1,5 % der Bevölkerung geflossen sind. Selbst wenn man diesen Prozentsatz auf das Doppelte erhöht, sind diese Zustände als katastrophal zu bezeichnen." JW

Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems

Eine Umfrage der „Blätter"

Seit Jahren behandeln die „Blätter" mit Vorrang alle Fragen, die eine internationale Entspannung zum Gegenstand haben, insbesondere die Probleme der militärischen Sicherheit in Mitteleuropa, die militärisch-politischen Positionen der beiden deutschen Teilstaaten.

Die Redaktion der „Blätter" hat in diesen Tagen an eine Reihe hervorragender und angesehener Persönlichkeiten des westlichen Auslandes die beiden folgenden Fragen gerichtet:

1. *Sind Sie der Auffassung, daß die Forderung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die NATO zur vierten Atommacht zu machen und ein Mitspracherecht über den Einsatz dieser Waffen deutscherseits zu erhalten, ein geeigneter Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Entspannung der Lage ist?*
2. *Sind Sie der Meinung, daß es der Minderung der Konfliktgefahr dient, wenn eine Vereinbarung dahingehend getroffen wird, daß die beiden deutschen Teilstaaten auf atomare Bewaffnung verzichten, ihre Rüstungs- und Waffenstärke begrenzen und militärisch neutral werden?*

Wir werden die eingehenden Antworten in unseren nächsten Heften veröffentlichen. Als erster hat der Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell uns eine Antwort geschickt, die wir nachstehend abdrucken. (D. Red.)

Earl Bertrand Russel: „Eine irrsinnige Politik . . ."

Ich danke Ihnen sehr dafür, daß Sie Ihre Rundfrage an mich gerichtet haben.

In Beantwortung Ihrer ersten Frage glaube ich, daß das Verlangen der Regierung von Herrn Adenauer, die NATO zu einer Atommacht zu entwickeln, eine irrsinnige Politik ist. Unser Planet ist mit abschußbereiten Raketen-Basen bedeckt. Die Radareinrichtungen, auf die man sich verläßt, sind nicht in der Lage, natürliche Phänomene von Raketen zu unterscheiden. Adenauers Politik ist geeignet, die Kriegsgefahr auf das drastischste zu vergrößern. Die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges ist derart, daß sie sich im Lichte der heute von den Regierungen in Ost und West vertretenen Politik statistisch mehr und mehr der Gewißheit nähert.

Ich glaube, daß Deutschland neutral und ohne nukleare Bewaffnung sein sollte. Ich glaube, Großbritannien und Deutschland sollten sich beide aus der NATO zurückziehen und ihren Einfluß als neutrale Staaten benutzen, um für einen Ausgleich zu wirken.

Heute können einige versessene Militärs, 5000 Meilen von uns entfernt, eine Entscheidung fällen, welche auf die Vernichtung von Hunderten von Millionen Menschen hinausläuft. Jeder Schritt, der die Arten und die Anzahl der nuklearen Waffen vermehrt, ist ein Schritt kriminellen Irrsinns. Ich glaube, daß die Bevölkerung aller Länder ermutigt werden sollte, sich an einer Bewegung des massiven Widerstandes gegen eine solche Politik zu beteiligen, wie Ihre erste Frage sie zu verstehen gibt.

Der Macht-Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und ihren jeweiligen Satelliten hat wenig mit Ideologie zu tun, — in ihrer Praxis sind sie nur wenig verschieden. Ihre Rivalität ist primär eine Rivalität der möglichen Grausamkeiten und der Gleichgültigkeit gegenüber den Menschenrechten.

Deutschland, wiederbewaffnet, ist einer der gefährlichsten Faktoren in einer Welt am Rande des Abgrunds. Deutschland, neutral und wiedervereinigt, würde eine der weitaus wichtigsten Voraussetzungen dafür sein, daß wir den schmalen Pfad des Überlebens der Menschheit erreichen.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Eine Chance für den Frieden

Ist der Rapacki-Plan noch aktuell?

Bonn sagt wieder Nein

„Ein Märchen, ein absurdes Märchen" und ein „Hirngespinst" nannte der Bundeskanzler die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Er sagte dies am Vorabend der UN-Abrüstungskonferenz in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Monde". Wir kennen die Neigung des Bundeskanzlers, ausländischen Presseorganen von Zeit zu Zeit seine politischen Überzeugungen anzuvertrauen. Wir kennen auch seine negative Einstellung zum Rapacki-Plan. Daß er ihn allerdings für ein „Märchen", noch dazu für ein „absurdes" erklärt und als „Hirngespinst" zu bezeichnen beliebt, beweist nur, wie sehr ihn die wiederaufgeflammte Diskussion über die Bildung einer militärisch verdünnten Zone irritiert.

Dr. h. c. Adenauer weiß, daß der Rapacki-Plan nicht nur durch die neutralen Staaten unterstützt wird, sondern auch im Lager der Verbündeten eine ständig wachsende Zahl von Befürwortern findet. Daher seine heftige Reaktion, als der Herausgeber von „Le Monde", Beuve-Mery, das Gespräch auf dieses Problem brachte. Es habe „keinen Sinn, darüber zu reden", meinte Adenauer. Nur wenn sie sich vom „Atlantik bis zum Ural"(!) erstrecke, könne eine atomwaffenfreie Zone erwogen werden. Nun wissen wir es also. Der alte Herr in Bonn betrachtet es noch immer als seine Aufgabe, wie weiland Staatssekretär Hallstein, das europäische Rußland in seine Kalkulationen einzubeziehen, bzw. mit illusionären Forderungen praktikable Vorschläge der anderen Seite zu blockieren.

Hallstein sah im Jahre 1952 den europäischen Integrationsweizen schon am Ural blühen. Aber seither hat sich die Weltsituation total verändert. Die „rollback"-Theorie ist von den Amerikanern zu den Akten gelegt worden. Niemand in den Vereinigten Staaten — außer einigen unverbesserlichen Rechtsradikalen

in der John-Birch-Society — glaubt noch daran, daß man die Sowjetunion durch eine militärische Machtdemonstration zur Preisgabe ihrer europäischen Interessen zwingen kann. Jedermann ist sich im klaren darüber, daß eine derartig abenteuerliche Politik zum Kriege führt und daß dieser Krieg nicht nur Europa zerstören, sondern auch die USA tödlich verwunden könnte. Aus diesem Grunde hat die amerikanische Regierung die Vorstellung eines europäischen „disengagement" in letzter Zeit nicht mehr so brüsk zurückgewiesen, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war. Man weiß, daß Mitteleuropa mit seinem ungelösten Deutschland-Problem und dem hochexplosiven Kern Berlin eine ständige Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Rapackis Idee hat daher eine neue Chance bekommen. Der schwedische Außenminister Undén tat als Vertreter eines neutralen Staates einen weiteren Schritt, indem er die Bildung eines Gürtels atomwaffenfreier Staaten unter Einschluß Afrikas vorschlug. Der Gedanke, einen „Klub" der Nichtatomaren zu gründen, ist bekanntlich auch von der UN-Generalversammlung begrüßt worden.

Von daher wird die scharfe Ablehnung aller dieser Überlegungen durch Adenauer verständlich. Der gereizte Ton seiner Auslassungen spricht für sich selbst. Die Frage ist nur, wie weit er in der Lage ist, die Erörterung über eine militärische Entspannung im mitteleuropäischen Raum durch seinen über „Le Monde" lancierten Zwischenruf abzubiegen. Auch wenn Adenauer im vergangenen Jahr vor der Jungen Union in Hamburg das Wort geprägt hat: „Deutschland ist wieder eine große Macht", so hat doch diese Macht nicht ausgereicht, um die amerikanisch-sowjetische Kontaktaufnahme über die Möglichkeiten eines Auseinanderrückens der beiden entgegengesetzten Blöcke in Europa zu verhindern.

Schon im Herbst 1961, bei den Gromyko-Rusk-Gesprächen in Washington, fühlte Adenauer sich alarmiert. Er eilte zu Kennedy und beschwor ihn, das zu tun, was er — Adenauer — bislang stets abgelehnt hatte: nämlich isolierte Berlin-Verhandlungen zu führen und jede Ausweitung der Thematik auf das Problem der sog. „europäischen Sicherheit" zu vermeiden. „Europäische Sicherheit" bedeutet nichts anderes als Rüstungsbeschränkung, Einstellung der atomaren Kriegsvorbereitung in einem bestimmten Gebiet — und also auch Verzicht der Bundesrepublik auf jegliche nukleare Bewaffnung. Adenauer sieht darin den Zusammenbruch seiner gesamten Politik, die nach wie vor von der Vorstellung der militärischen Stärke bestimmt ist.

Thomas Dehler hat die Intervention Adenauers im Weißen Haus kürzlich sehr treffend charakterisiert, als er sagte, der Bundeskanzler habe im November vorigen Jahres in Washington durchgesetzt, „daß die Gespräche Botschafter Thompsons mit Gromyko auf Berlin beschränkt wurden und nicht, wie die Amerikaner es ursprünglich vorhatten, mit der Frage der europäischen Sicherheit verbunden wurden. Solche Gespräche könnten und müßten über die Berlin-Frage hinaus das ganze Deutschland-Problem erfassen." (Spiegel Nr. 13, 28. März 1962).

Nun hat sich aber bei den „Sondierungsgesprächen" des amerikanischen Botschafters in Moskau erwiesen, daß eine Isolierung des Berlin-Problems schlechterdings unmöglich ist. Der westalliierte Status in Berlin läßt sich nicht verbessern. Er kann nur mit dem ständigen Risiko eines Krieges mühsam aufrecht erhalten werden. Deshalb haben sich die Moskauer Gespräche von selber „ausgeweitet". Thompson hat mit Gromyko bereits über das Problem der „europäischen Sicherheit" gesprochen. An diesem Problem kommt niemand vorbei, der mit der Sowjetunion etwas aushandeln will. Man wird Dehler deshalb vorbehaltlos zustimmen müssen, wenn er sagt, daß es nach seiner Meinung „für Berlin keine Lösung ohne gleichzeitige Klärung der Sicherheits-Frage in Mitteleuropa" gibt und diese wiederum „nicht ohne Klärung der Deutschland-Frage" möglich ist (Spiegel-Gespräch).

Der Verlauf des Außenministertreffens anläßlich der UN-Abrüstungskonferenz in Genf hat erwiesen, in welchem Maße das Problem der Abrüstung mit dem komplexen Berlin-Problem verknüpft ist. Man verkennt vollständig den Sachverhalt, wenn man etwa Berlin für den Zankapfel zwischen Amerika und der Sowjetunion hält. Berlin ist lediglich der Ansatzpunkt für die Behandlung der „deutschen Frage", und diese ist schon längst nicht mehr mit der „Wiedervereinigung" identisch, sondern mit der Frage der Erhaltung des Friedens in Europa.

Auf diesem Hintergrund wird auch die innenpolitische Auseinandersetzung um Botschafter Kroll verständlich. Kroll hat sich nicht nur darum den Zorn aller „Ultras" in der Bundesrepublik zugezogen, weil er eigene Vorstellungen über eine vernünftige deutsche Ostpolitik entwickelt hat; er ist Zielscheibe unqualifizierter Angriffe geworden, weil er — wie man inzwischen weiß — auf der Botschafter-Konferenz in Bonn deutlich gesagt hat, es drohe ein Krieg zwischen Weichsel und Rhein, wenn die Bundesregierung nicht ihre bisherige Haltung ändere und nicht endlich über Berlin, die Oder-Neiße-Grenze, die DDR und die Atombewaffnung verhandeln wolle.

Die Entwicklung treibt auf den militärischen Konflikt zu. Das hat Kroll unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Und das ist es auch, was man ihm ankreidet. Denn nichts könnte in der gegenwärtigen Situation für die Fortsetzung der bisherigen Politik des Nichtverhandelnwollens gefährlicher sein als eine breite öffentliche Diskussion ihrer Ausweglosigkeit. In dem selben Grade, wie man sich in der Bundesrepublik der drohenden Gefahr eines „Krieges zwischen Weichsel und Rhein" bewußt sein würde, wüchse auch der Widerstand gegen die entspannungshemmende Rüstungspolitik Bonns und damit der Druck der öffentlichen Meinung in Richtung auf eine Verständigung mit unseren östlichen Nachbarvölkern.

Das große Unbehagen

Daß dieser Verständigung nichts stärker im Wege steht als die Forderung der Bundesregierung nach der Verfügungsgewalt über die Atomwaffen, liegt auf der Hand. Seit vielen Jahren haben einsichtige Politiker und Publizisten darauf aufmerksam gemacht, daß die Sowjetunion und die ostmitteleuropäischen Staaten nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges die Wiederaufrüstung Westdeutschlands als Erneuerung des militaristischen Grundzugs der deutschen Politik betrachten und sich von dieser Entwicklung beunruhigt fühlen müssen. Thomas Dehler hat jetzt noch einmal auf diesen Tatbestand hingewiesen, indem er sagte: „Ich bin der Meinung, daß die Sowjetunion ein Interesse daran haben muß, sich von uns nicht bedroht zu fühlen, und ich glaube, sie fühlt sich bedroht." In diesem Zusammenhang erwähnte er in dem oben zitierten Spiegel-Gespräch auch eine Reihen jener militant-aggressiven Äußerungen, die seitens bundesrepublikanischer Politiker gefallen sind: „Wenn da gesagt wird: Der eine Teil der Welt wird von Gentlemen, der andere Teil wird von Gangstern oder Banditen regiert; wenn von Todfeinden gesprochen wird; wenn gesagt wird, der Zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende, oder wenn gesagt wird, die Macht muß aus den atheistischen Händen in unsere Hände übergeben werden, so halte ich das für psychologisch verderblich. Aus doppeltem Grund: weil das deutsche Volk von den eigentlichen Problemen abgelenkt wird, weil es zu gefährlichen Stimmungen kommt, statt zur Einsicht dessen, worum es geht, weil sich dann unser politisches Wollen in solchen Anti-Haltungen ideologischer Art erschöpft."

Man muß Bundestagsvizepräsident Dehler in allen diesen Punkten beipflichten. Aber es erhebt sich doch die Frage, welche konkreten Vorstellungen nun eigentlich über die Beendigung des „Dreißigjährigen Krieges" gegen die Sowjetunion

entwickelt werden müßten (von dem Botschafter Smirnow zu Dehler sprach). Dieses Wort, um das so viel Aufhebens gemacht wurde, steht doch wohl unausgesprochen hinter allen Überlegungen, die zur Zeit in den verschiedensten Kreisen der Bundesrepublik über eine Neuorientierung der deutschen Ostpolitik angestellt werden.

Ob das Tübinger Memorandum der acht evangelischen Theologen und Laien eine Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Staaten und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze fordert oder die „Handreichung" der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) sich für eine Koexistenzpolitik zwischen den beiden deutschen Staaten ausspricht, ob im Laufe der Diskussion um Kroll eine immer größere Zahl von Menschen sich hinter den Botschafter stellt oder Thomas Dehler auf weit mehr Zustimmung als auf Widerspruch stößt, — allenthalben macht sich das Unbehagen über den politischen Kurs der Bundesregierung bemerkbar. Es ist auch mehr oder weniger deutlich zwischen den Zeilen der Leitartikel großer Tages- oder Wochenzeitungen zu lesen, die bislang vorbehaltlos im Strom des Konformismus schwammen. Es zeigt sich in der Verbitterung, mit der bundesdeutsche Wirtschaftsunternehmen feststellen mußten, daß ihr Verzicht auf die Teilnahme an der Leipziger Messe lediglich der Konkurrenz aus England, Frankreich, Holland, Belgien, Italien und anderen NATO-Ländern Vorteile verschafft hat. Es spiegelt sich in den nervösen Reaktionen der Börse wider und kommt in zahllosen Gesprächen an den Tischen des Bundeshausrestaurants zum Ausdruck. Eine Frage lastet auf allen: Wie soll und wie kann es weitergehen?

Der Ausweg

Es gibt unter den gegenwärtigen Bedingungen nur ein einzige reale Möglichkeit, den drohenden „Krieg zwischen Weichsel und Rhein" zu verhindern und die ständige Gefährdung des Friedens zu beseitigen. Das ist die Bildung einer breiten Zone der verminderten Rüstung in Europa. Was Adenauer ein „absurdes Märchen" und ein „Hirngespinst" nennt, ist in Wirklichkeit das politisch Vernünftige und allein Zulässige im Hinblick auf Sicherheit und Schutz des Lebens für das gesamte deutsche Volk.

In welcher Gestalt sich ein solcher Gürtel kernwaffenfreier Länder verwirklichen läßt, ist Sache von Verhandlungen sowohl zwischen den beiden rivalisierenden Weltmächten als auch zwischen den beteiligten Staaten. Der Plan des polnischen Außenministers Rapacki bietet für solche Verhandlungen einen guten Ausgangspunkt. Es dürfte aber kein Zweifel bestehen, daß die militärische Entspannung in Mitteleuropa sich auch über andere Konzeptionen — wie sie von westlicher Seite vorgetragen worden sind — aushandeln ließe. Man darf jedenfalls mit Sicherheit annehmen, daß der Gedanke des „disengagegent" und der atomwaffenfreien Entspannungszone im Verlauf der nächsten Wochen und Monate neue Aktualität gewinnen wird. Denn es ist nicht vorstellbar, wie man die Frage Berlin und das Problem der „europäischen Sicherheit" einer Lösung näherbringen könnte, wenn man nicht auf den Rapacki-Plan oder eine ähnliche Vorstellung zurückkommen will.

Berlin und das Problem der „europäischen Sicherheit" überschatten die Genfer Abrüstungsgespräche. Die siebzehn im Palace des Nations vertretenen Mächte werden keinen Schritt voran kommen, wenn nicht diese Fragen gelöst werden. Berlin und das Problem der „europäischen Sicherheit" werden Gegenstand von Verhandlungen auf höchster Ebene sein, wenn es nämlich zu dem erwarteten Gipfeltreffen der Regierungschefs der Atomgroßmächte kommt.

Die Bundesregierung könnte sich fördernd und aktivierend in diese Entwicklung einschalten. Sie tut das Gegenteil. Sie stemmt sich gegen die Möglichkeit,

daß in Europa ein Raum entstehen könnte, in dem die Koexistenz praktiziert und eine bewegliche und selbstsichere Politik betrieben werden muß. Die Bundesregierung klammert sich an die große amerikanische Schutzmacht und merkt nun mit Schrecken, daß diese nicht mehr bereit ist, sich in jeder Weise mit den Zielsetzungen Bonns zu identifizieren. Sie selbst glaubt die Verfügungsgewalt über Atomwaffen (auf dem Umweg über die NATO als vierte Atommacht) erstreben zu müssen, um ihr militärisches Gewicht vergrößern und es in entscheidender Stunde in die Waagschale werfen zu können. („Deutschland ist wieder eine große Macht"!) Sie bereitet psychologisch und administrativ die Bevölkerung auf den „Ernstfall" vor, plant Notstands- und Notdientsgesetze, verlängert die Wehrpflicht und erhöht den Rüstungsetat. Nur eines versäumt sie: Sie sagt den Menschen in der Bundesrepublik nicht, daß der „Ernstfall" für das Bonner Staatsschiff der Todesfall für das deutsche Volk ist.

Adenauer hat in letzter Zeit wiederholt gesagt, daß die Sowjetunion keinen Krieg entfesseln werde. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb er es gleichzeitig ablehnt, auch nur in Verhandlungen über eine Entspannungszone in Mitteleuropa einzutreten. Was befürchtet er?

Der schwedische Ministerpräsident Erlander hat kürzlich überzeugend dargelegt, daß die beiden Weltmächte sich selbst in eine politische Unbeweglichkeit hineinmanövriert haben, weil sie in ihrer Militärblockpolitik befangen bleiben und weil durch das Fehlen blockfreier Zwischenräume einer Verhärtung der beiderseitigen Standpunkte nicht entgegengearbeitet werden kann. Die Sowjetunion hat — vielleicht auf Drängen der Polen — ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Entspannungszone erklärt. Warum überzeugen w i r nicht die Amerikaner, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Spannungen in Mitteleuropa abzubauen und einen Raum der politischen Bewegungsfreiheit zuzulassen, in dem das Kriegsrisiko gemindert und eine friedliche Regelung der Verhältnisse erst ermöglicht wird?

Es sei zugestanden, daß ein Zusammen- und Nebeneinanderleben von Staaten verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme in einem solchen Raum nicht ohne Schwierigkeiten sein wird. Aber gerade in der Meisterung der dabei entstehenden Probleme liegt die besondere Aufgabe Mitteleuropas, das auf Grund seiner Geschichte und geographischen Lage dazu berufen ist, den Austausch und den Ausgleich zwischen Ost und West herbeizuführen. Diese historiche Mission verkannt zu haben, wird der schwerstwiegende Vorwurf sein, den eine künftige Geschichtsschreibung gegen Konrad Adenauer erheben wird.

Da nicht damit zu rechnen ist, daß die Bundesregierung ihre intransigente Haltung aufgibt, andererseits aber erwartet werden kann, daß die Entspannungszone in dieser oder jener Form Thema der West-Ost-Gespräche bleibt, müßte es jetzt S a c h e d e r d e u t s c h e n Ö f f e n t l i c h k e i t sein, die Gedanken Rapackis wieder aufzugreifen und der in Genf tagenden UN-Abrüstungskonferenz deutlich zu machen, daß zwar die Regierung, nicht aber die Bevölkerung der Bundesrepublik nach Atomwaffen ruft.

Dr. Rudolf Hilf

Abrüstung — Entspannung — Frieden

„Im Atomzeitalter muß jede Politik auf Frieden aus sein. Unsere Diplomatie und unsere Wehrpolitik nicht weniger als unsere Bemühungen um Rüstungskontrollen."

Henry A. Kissinger in „The Necessity for Choice".

I

Man liest: Eine Gruppe von zehn Fachleuten — darunter Amerikaner und Russen — hat im Auftrag der UN einen Bericht über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung ausgearbeitet, der nun in Genf mit Beginn der neuen Abrüstungsverhandlungen veröffentlicht wurde. Daraus ist zu entnehmen, daß gegenwärtig jährlich etwa 480 Milliarden Mark für Rüstungszwecke ausgegeben werden. Militärischen Zwecken dient heute die Arbeitskraft von 50 Millionen Menschen, von denen 20 Millionen Soldaten sind.

Die Kommission kommt, wie kaum anders zu erwarten, zu dem Schluß, daß die Entwicklungsbedürfnisse unserer Welt so ungeheuer sind, daß eine Abrüstung nicht die befürchtete Depression, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation mit sich bringen würde, sondern daß für alle diese Kräfte und Mittel mehr als ausreichend Betätigung gefunden werden könnte.

Die Rechnung ist nicht neu. Ähnlich wurde sie in der Vergangenheit vor und nach jedem Krieg von den Pazifisten aufgemacht. Neu ist nur, daß heute die Großmächte, die beiden Weltmächte selbst, auf die Vorteile, ja die Notwendigkeit der Abrüstung hinweisen und sie fordern — in der Praxis allerdings vom jeweils anderen. Das ist das Uralte an der Sache. Schon länger als ein Menschenalter gibt es nun Abrüstungskonferenzen. Das Ergebnis ist bislang aber immer dasselbe: Null. Es stellt sich heute die Frage: Hat sich durch die Konstruktion der Kern- und Raketenwaffen das Problem grundsätzlich verändert? Ja und Nein. Insofern Ja, als klar zu werden beginnt, daß ein Versagen des Menschen vor dieser Aufgabe das Ende menschlicher Geschichte bedeuten kann. Wir wollen zwei hervorragende Soldaten in West und Ost zitieren. Der offenste und geistreichste Militärtheoretiker der Sowjetunion, Generalmajor Talenskij, schreibt in „Meshdunarodnaja Shisn":

> „Ein mit Hilfe dieser Waffe (Atomrakete — Verf.) geführter Krieg wird unzweifelhaft die gesamte Erdkugel erfassen. Nicht ein einziger an diesem Krieg beteiligter Staat wird seinen zermalmenden Vernichtungsschlägen entgehen . . . Die Gefahr eines Raketenkrieges nicht zu sehen, ist schädlich, sie zu sehen, aber zu unterschätzen, ist jedoch verbrecherisch . . . Nach übereinstimmender Bestätigung vieler ausländischer Autoren haben die angesammelten Vorräte an Kernwaffen einen solchen ‚Sättigungsgrad' erreicht, daß eine gleichzeitige Ausschaltung aller mit Sicherheit vermutbaren strategischen Ziele durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt . . . Der Raketenkrieg ist nicht nur außerordentlich gefährlich für denjenigen, gegen den ein Überraschungsangriff geführt wird, sondern auch selbstmörderisch für den Aggressor selbst. Unserer Ansicht nach ist der Krieg als Waffe der Politik in wehrtechnischer Hinsicht überholt."

Lt.-General James M. Gavin, früher im Pentagon verantwortlich für Research and Development der US-Army, heute amerikanischer Botschafter bei de Gaulle,

Soldat aus innerster Berufung, sagt in seinem Buch „War and Peace in the Space Age":

„By 1965 missiles and satellites will have skrunk the world to such small size that the earth it self will be a tactical theatre. We will struly live a hair triggered existence in a ‚balance of terror'. Everyone will be faced with the threat of immediate death and destruction, if means of guaranteeing peace are not found . . . The very nature of strategy will change, leaving the realm of physical combat..."

Beide Autoren sagen übereinstimmend, daß es in einem künftigen Krieg keine Sieger mehr geben kann, sondern nur Totalzerstörung auf beiden Seiten, und beide — Soldaten von Rang — erklären, daß der Krieg als Waffe der Politik nicht mehr möglich ist.

Wäre damit der Weg zu einer globalen, sich stufenweise entwickelnden, gegenseitig kontrollierten Abrüstung frei? Alles andere als das. Denn nun müssen wir die eingangs gestellte Frage, ob sich das Abrüstungsproblem gegenüber früher grundsätzlich verändert hat, mit einem Nein beantworten. Dieses Nein besagt, daß man an diese Frage leider genau wie ehedem von einem Ende herangeht, von dem aus sie sich nicht lösen läßt. Man versucht, technische und juristische Abrüstungs- und Kontrollmechanismen zu finden. Die Völker hängen ihre Hoffnungen an diese Vorschläge, aber aus den Mißerfolgen aller bisherigen Konferenzen, auf denen die Vorschläge und Positionen wie die Jahreszeiten wechseln und man sich letztlich nur um sich selbst dreht, sollten sie lieber die Kernfrage erkennen und den Nebel von Täuschung und Selbstbetrug durchstoßen.

Die Kernfrage heißt: Kann die Abrüstung Frieden schaffen, oder setzt sie nicht vielmehr Frieden voraus?

Es behauptet alle Welt, am stärksten die Politiker und Propagandisten, daß die Abrüstung der Weg zum Frieden wäre. Ein Tabu, an das man nicht rühren darf. Nachdem es nicht zum guten Ton der allgemein verbindlichen Lügen gehört, an diesem Satz zu rütteln, bleibt also nur übrig, daß jeweils die eine Seite der anderen vorwirft, sie meine es nicht ehrlich mit dieser Abrüstung, ihre Pläne zielten nur darauf ab, den eigenen Rüstungsvorsprung zu erhalten oder den der anderen abzubauen, kurz, in irgendeiner Weise einen Vorteil über den Gegner zu erlangen oder festzuhalten.

Das mag oft genug der Fall sein. Am Grunde aber von allem liegt das tiefe Mißtrauen, das jede Seite für die andere empfindet. Es ist ganz klar: ohne daß echtes Vertrauen die Spannung zwischen beiden Weltgruppierungen beseitigt, wird die Abrüstung niemals bis zu dem Bereich vorstoßen, wo sie ihren Namen verdienen würde. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Kernfrage so zu beantworten, daß es eine Illusion ist, zu glauben, daß es eine Abrüstung geben könne, die den Frieden ermöglicht. Das Umgekehrte ist der Fall: Die wirkliche Abrüstung setzt den Frieden voraus.

Was aber ist in diesem Fall Frieden? An diesem Punkt platzen alle nur al Kalte Kriegsführung verstandenen und angewendeten Friedensphrasen, wenn man den Maßstab der darauf zu begründenden echten Abrüstung anlegt. Auf Grund der machtpolitischen Lage kann unter Frieden nicht der Sieg der einen Weltfront über die andere verstanden werden — jeder darauf abzielende Versuch wird, er kann von den friedlichsten Bestrebungen getragen sein, in seinen Folgen gewollt oder ungewollt zu nichts anderem als zur Vorbereitung des Krieges. Frieden ist auch weder identisch mit irgendeiner Restauration vergangener Zustände — wie es engen und überlebten nationalen Interessen oft scheinen möchte —, noch ist er gleichbedeutend mit dem Einfrieren der Sinnlosigkeiten der Gegenwart. Auch mit Friedensverträgen, Nichtangriffspakten etc. hat er herzlich wenig zu tun.

Alles war schon dagewesen, und nie ist ein neuer Konflikt dadurch verhindert, eine Abrüstung auf diese Weise erzielt worden.

Frieden verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß alle Mächte, Gemeinschaften und letztlich auch einzelne sich geistigen und politischen Ordnungsprinzipien verbunden wissen, die über das jeweilige Einzelinteresse, das der Nation, Staaten und Machtgruppen hinausgeht, ja diese sogar umformt. Das ist heute nur im negativen der Fall. Man nennt dies das ‚Gleichgewicht des Schreckens'. Daß sich auf diesem Negativum kein Frieden errichten läßt, wird immer offensichtlicher. Alle Abrüstungsgespräche sind daran gescheitert und werden weiter daran scheitern, daß der souveräne Staat über seine Interessen hinaus nichts und niemandem mehr verpflichtet ist. Daran ändert nichts, daß es heute nur noch zwei vollsouveräne Mächte gibt. Sie müssen beide diese Sinn- und Aussichtslosigkeit weiterschleppen, solange sie nicht imstande sind, sich einem übergeordneten Prinzip, das reale geschichtliche Macht besitzen muß, zu unterwerfen.

Daß die UN die Macht wäre, die über der unverantwortlichen Gewalt steht, daß ihre Verfassung und Menschenrechtserklärungen das Verpflichtende über den staatlichen Interessen darstellen würden, ist ein frommer Wunsch, bzw. eine böse Täuschung. Die UN setzen sich aus souveränen Staaten zusammen, ihre Spitze kann, mit oder ohne Troika, nur in einem Rahmen handeln, der sich aus den sich bekämpfenden Interessen der beiden Weltmächte ergibt. Die schönen Rechtsdeklarationen kennen wir noch vom seligen Völkerbund in Genf her. Sie haben im Ernstfall nicht mehr Wert als z. B. die Haager Konvention von 1907, nach der die internationalen Streitigkeiten nur friedlich geregelt werden sollten, oder der Pakt zur Ächtung des Krieges, den seinerzeit der amerikanische Staatssekretär Kellogg in die Geschichte aussetzte. Das Kindchen ist in zartem Alter verstorben.

Warum führen wir diese harte Sprache? Weil nichts schädlicher wäre, als sich selbst in dieser Hinsicht etwas vorzumachen. Die Abrüstung setzt den Frieden voraus. Frieden ist nicht möglich ohne echtes Vertrauen. Vertrauen wächst nur dort, wo man auf einer gemeinsamen geistigen Grundlage steht, den anderen in seinem Wahrheitsanspruch zumindest ernst nimmt, richtende Werte über den eigenen Interessen anerkennt (nur das macht es möglich, Gerechtigkeit zu üben) und schließlich von innen heraus durch den unorganisierten consensus omnium zum richtigen Handeln notfalls auch gezwungen werden kann. Von all dem ist heute keine Spur vorhanden. Im Gegenteil, das Mißtrauen vergiftet eine ganze Welt. In West und Ost stehen sich zwei Lebensauffassungen und Gesellschaftsordnungen gegenüber, die von ihrem Kern her danach tendieren, sich gegenseitig aufzuheben. Zudem hat sich auf dem Waffensektor eine Entwicklung ergeben, die mit technischen und juristischen Prozeduren nicht mehr einzudämmen ist. Ernsthafte Gespräche über die Einstellung von atomaren Versuchsexplosionen gab es ja nur, so lange man auf beiden Seiten der Meinung war: ‚Nun ja, die Arsenale sind voll, der Sättigungspunkt ist erreicht, eigentlich sind weitere Explosionen nicht mehr nötig.' Als sich herausstellte, daß neue Versuche doch wertvolle Ergebnisse bringen könnten, war es mit der Gemeinsamkeit vorbei. Auf deutsch: Die ganzen Abrüstungsgespräche bewegen sich dort, wo im Sinne des do ut des verhandelt wird, doch nur am Rande der wirklichen Abrüstung dahin. Wo der Kern des Problems angesprochen wird, handelt es sich nach wie vor um nicht viel mehr als um ein politisches Kriegsspiel im Rahmen der feindlichen Koexistenz — oder bestenfalls um eine intellektuelle Selbsttäuschung.

Noch zwischen den beiden Weltkriegen hätte man das Problem von der technisch-juristischen Seite her lösen können. Die zum Kriegführen nötigen Divisionen, Schiffe, Panzer, Flugzeuge hätten sich leicht zählen lassen, die Garnisonen, Befestigungen, Flugplätze, Verkehrsknotenpunkte, Häfen hätten sich leicht über-

wachen lassen. Nichts, was auf den Kriegsausbruch oder Kriegsausgang entscheidend einwirkt, hätte sich bei der damaligen Technik und Strategie verschleiern lassen, von der Mobilisierung und dem Aufmarsch der Kräfte vor Ausbruch eines Krieges ganz abgesehen.

Heute ist das ganz anders. Um versteckt gelagerte Atombomben zu entdecken, müßte ein Heer von Kontrolleuren ständig im Lande der Gegenmacht stationiert sein. Die Abschußbasen kann man unter die Erde verstecken, unter das Wasser bauen. Man ist dabei, sie mobil zu machen, und zwar vom Eisenbahnwagen, Lastwagen, Schiff, Flugzeug bis zu den Satelliten, und sie in ständiger Bewegung zu halten. Aber auch, wenn man diese Kontrollprobleme gegen alle Wahrscheinlichkeit lösen könnte, wer blickt in die Hirne der in den Labors tätigen Physiker? Irgendwo kann sich ein technischer Durchbruch vorbereiten, der alles wieder in Frage stellt.

Ob nun die Sowjets ihren globalen Abrüstungsplan vorlegen oder die Amerikaner den ihrigen, ob die Professoren Sohn und Wiesner die Elektronenhirne bemühen, es ist alles vergeblich. Es gibt keine Lösung, die 100 Prozent Sicherheit verbürgt, und im Gegensatz zu früher kann bereits der Bruchteil von einem Prozent Unsicherheit über die geschichtliche Existenz der einen oder anderen Seite entscheiden. Außerdem: jedes unzulängliche Kontrollsystem — und es gibt n u r unzulängliche — wird mit aller Wahrscheinlichkeit, durch ständige Reibungen, Verdachtsmomente und darauf gründende Forderungen, nicht das Vertrauen, sondern das Mißtrauen vergrößern.

Es gibt keinen Ersatz für echten Frieden und damit lebendiges Vertrauen, und ohne beides ist die Abrüstung ein schöner Traum, ja sogar ein gefährlicher Traum, weil er die Hoffnungen und Interessen der Menschen in eine Richtung lenkt, wo das Ergebnis ausbleiben muß. Daraus folgt dann die Enttäuschung, die die Schuld jeweils beim anderen sucht, und damit die verstärkte Vorbereitung auf den Krieg, schließlich die Panik, die sich in den Abgrund stürzt, weil man beim anderen die klare Angriffsabsicht zu erkennen glaubt und weil man aus diesen oder jenen Gründen nicht mehr aus noch ein weiß. Die Entscheidung über Leben und Tod ganzer Völker drängt sich heute schon auf wenige Minuten zusammen, in denen man erkennen muß, ob ein feindlicher Angriff vorliegt oder nicht, in denen man sofort die eigenen Gegenmaßnahmen treffen muß. Bomber kann man noch im Flug zurückholen, ballistische Raketen nicht mehr.

Auf Grund der Wirkungsweise der neuen Waffen muß jede Macht damit rechnen, daß der Schlag aus heiterem Himmel fallen kann. Da das Überraschungsmoment entscheidend geworden ist, muß einer solchen Auslösung des Konflikts nicht unbedingt wie bisher eine Zeit wachsender Spannungen vorausgehen. Der Angriff kann mitten in einer friedlichen Konferenzserie stattfinden. Die Geheimdienste beider Supermächte haben deshalb schon seit geraumer Zeit als eine ihrer Hauptaufgaben möglichst auf die Minute genau Bescheid zu wissen, wo der gegnerische Regierungs-Chef sich jeweils aufhält, um daraus bei einem Alarm die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Man kann sich vorstellen, wie allein solche M ö g l i c h k e i t e n das ohnehin kaum vorhandene Vertrauen zwischen den Mächten belasten.

Diejenigen, die die Atombombe ächten wollen und glauben, damit wirklich das Rezept gefunden zu haben, müssen sich wohl gesagt sein lassen, daß die Menschheit von nun an i m m e r mit dieser Bombe wird leben müssen, denn keine einmal geschehene Entwicklung kann man ungeschehen machen, keine einmal gefundene Kenntnis willentlich zum Verschwinden bringen. Selbst wenn wirklich alle Waffen und Vorräte vernichtet werden könnten, die Kenntnisse liegen sozusagen in der Luft, und immer wird es Menschen geben, die in der Lage sein

werden, dies oder jenes vielleicht sogar verbessert und verbilligt zu konstruieren, und immer mag es auch Machtgruppierungen geben, die versuchen, solchen Konstruktionen Vorschub zu leisten.

Kurz: wir können nicht mehr in frühere Jahrhunderte — zur „guten alten Zeit" — zurück, sondern wir müssen nach vorn, den Weg im Guten oder Bösen zu Ende gehen.

II

Soll das bedeuten, daß man vor dieser Lebensfrage der Menschheit nur resignieren kann? Alles andere als das! Jedoch kommt es darauf an, die menschlichen Energien dorthin zu lenken, wo r e a l e Ergebnisse in Richtung auf einen echten Frieden erzielt werden können, ohne den die Gefahr der nuklearen Katastrophe eben nicht aus der Welt geschaffen werde kann. Es bedarf keiner Beweise, daß, genauso wenig wie eine Abrüstung ohne vorausgegangenen Frieden möglich ist, die Kluft des Mißtrauens und der gegeneinanderstehenden Weltkonzepte sozusagen in einem einzigen Akt des guten Willens überbrückt werden könnte. Der Frieden läßt sich weder objektiv als Mitte zwischen zwei Gegensätzen errechnen, noch fällt er als Wunder vom Himmel. Er ist ein Heilungsprozeß, vielleicht ein rascher, vielleicht ein langwieriger — niemand kann das vorher wissen. Wie eine Krankheit, so beginnt auch eine Heilung an einer Stelle und breitet sich dann über den ganzen Organismus aus. Es mag dabei Rückschläge geben, die bis an den Tod heranführen. Der Heilungsprozeß selbst beginnt zumeist auf dem Höhepunkt der Krisis.

Wesentlich für uns aber ist, daß es sich in der Geschichte nicht um einen selbsttätigen Mechanismus handelt, sondern daß wir sie alle verantwortlich und personhaft mitgestalten, auch wenn jedes Handeln im Ungewissen gefangen bleibt, auch wenn wir weder über den Anfang noch über das Ende verfügen, so oft wir letzteres auch denken und glauben.

Wenn zunächst weder die Abrüstung noch der Frieden möglich ist, so kann es doch ‚E n t s p a n n u n g' geben, die beiden den Weg bereitet.

„Seit langem ist man sich darüber einig, daß man das Ausbreiten eines Waldbrandes oder die Gefahren einer Explosion am besten durch die Schaffung eines großen Zwischenraumes, einer Schneise, vermindert. Es dürfte klug sein, diese Erkenntnisse auch unverzüglich auf die internationale Sphäre zu übertragen. Die Zeit drängt im Atomzeitalter."

Diese Worte schrieb nicht etwa der polnische Außenminister Rapacki, auch nicht irgendein von Bonn als osthörig und militärisch ignorant klassifiziertes, verdächtiges Subjekt', sondern der wohl bekannteste Militärtheoretiker des Westens, Liddell Hart. Und er führt in diesem Zusammenhang aus:

„Welche rein praktischen Bedenken bestehen gegen das Projekt einer atomfreien Zone? Sind sie so stark, daß sie vom westlichen Standpunkt aus die Vorzüge überwiegen? Die Ablehnung wurde militärischerseits überwiegend damit begründet, daß eine atomfreie Zone den frühen Einsatz von atomarer Artillerie und anderen Atomwaffen geringerer Reichweite unmöglich macht, so daß die vorgeschobenen alliierten Verbände auf derartige Unterstützung im Falle einer russischen Invasion verzichten müßten. Jetzt, wo die Russen aber ähnliche Atomwaffen haben, ist es höchst zweifelhaft, ob die westliche Seite daraus profitiert, wenn sie als erste zu diesen Waffen greift. Bei genauer Abwägung dürfte sich sogar für sie eher ein Vorteil aus einer atomfreien Zone errechnen lassen. Sie würde nämlich einen Gegner daran hindern, genau schießende, aber in der Reichweite begrenzte Atomwaffen in Stellung zu bringen, um die Abwehr durch Überraschungseinsatz außer Gefecht zu setzen. Damit wäre das Risiko vermindert, daß durch einen Zufall oder durch einen falschen Alarm ein Atomkrieg ausbricht. Schließlich brauchte man aber auch nicht mehr in dem bisherigen Maß Überraschungen oder zu impulsive Schießfreudigkeit eines örtlichen Befehlshabers zu fürchten... Noch besser würde es sein, diesen ‚Zwischenraum' an ‚begrenzter

Rüstung' räumlich zu erweitern, so daß eine größere geographische Trennung zwischen den beiden atombewaffneten Riesen, den USA und der Sowjetunion, entsteht. Je näher sie beieinander sind, um so größer ist das Risiko eines Zusammenstoßes, und zwar eines Zusammenstoßes, der unabsichtlich zu einer fatalen Explosion führen kann.

Durch einen sogenannten ‚neutralen Gürtel' dürfte im Atomzeitalter die Sicherheit der ganzen Welt größer werden. Man könnte ihn besser einen ‚internationalen Sicherheitsgürtel' nennen und müßte ihn definieren als einen strategischen Zwischenraum zwischen den atomaren Großmächten, in dem sich auf Grund vertraglicher Vereinbarungen Länder befinden, deren Streitkräfte sowohl in der Größe als auch in der Ausrüstung begrenzt sind und die in keinem Militärbündnis mit einer Atommacht stehen.

Es ist gleichgültig, mit welcher Seite diese Länder am meisten sympathisieren. Das größte Interesse aller dieser ‚Gürtelländer' würde darin bestehen, von solchen militärischen Bindungen fern, um von atomaren Verwüstungen verschont zu bleiben. Es läge im gleichen Maße auch im Interesse der Großmächte, die Sonderstellung dieser Gürtelländer zu respektieren, da das die beste Garantie für ihre eigene Sicherheit wäre.

Ein solcher Sicherheitsgurt könnte viel länger sein, als man sich bisher vorgestellt hat. Warum sollte man ihn auf Westdeutschland, Mitteldeutschland und Polen beschränken? Es dürfte sehr viele Länder geben, die glücklich wären, wenn sie sich anschließen könnten, und eine solche Erweiterung wäre auch wertvoll. Man kann sich einen transeurasischen Sicherheitsgürtel vorstellen, der sich von Spitzbergen bis zum Himalaya erstreckt und die vier skandinavischen Länder Norwegen, Finnland, Schweden, Dänemark, die Länder Mitteleuropas wie Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn und die Schweiz genauso einschließt wie die Balkanstaaten Jugoslawien, Rumänien, Albanien, Bulgarien und Griechenland, die Türkei und die Länder des Nahen Ostens, Persien, Afghanistan, Pakistan und Indien. Der Gürtel könnte auch weiter nach Osten über Burma, Thailand, Indochina bis nach Japan und Korea erweitert werden. Im Westen wäre denkbar, daß sich die drei Beneluxländer und auch noch andere Staaten ihm gerne anschlössen. Ein derart großer Zwischenraum würde viele Vorteile und kaum, wenn überhaupt, Nachteile bringen. Es wäre eine beruhigende Breite, verglichen mit dem gegenwärtigen ‚Feuervorhang' längs des Eisernen Vorhangs, zwischen den feindlichen Riesen und deren von haardünnen Auslösern gehaltenen Waffen ..."

Soweit Liddel Hart. Die Leute in Bonn muß das blanke Grausen gepackt haben, als sie dies und anderes vor Jahr und Tag lesen mußten. Denn dort denkt man genau umgekehrt: Sicherheit kann es nur dann geben, wenn die NATO zur sogenannten Vierten Atommacht wird, d. h. wenn ein atomarer Automatismus geschaffen wird, bei welchem in bestimmten, vorher festgelegten Fällen der Einsatz der Atomwaffen ausgelöst werden muß.

Es geht dabei nicht nur darum, daß die Bundesrepublik über einen solchen Einsatz mitentscheiden kann, sondern auch, daß ganz allgemein die letzte Entscheidungsbefugnis des amerikanischen Präsidenten zugunsten der integrierten militärischen Befehlshierarchie eingeengt werden soll. Das technische Denken mißtraut dem Geist und möchte eine Maschine konstruieren, die in bestimmten Fällen zur Anwendung der Kernwaffe führen m u ß.

Zugrunde liegt außerdem die deutsche Angst, im entscheidenden Fall von den Amerikanern im Stich gelassen zu werden. Der atomare Automatismus ist die zeitgemäße deutsche Maginotlinie; dahinter sitzt keine Stärke, sondern zähneklappernde Furcht, die sich nur pseudo-soldatisch aufplustert und mit Großmäuligkeit ihre Substanzlosigkeit überdecken will.

Pseudo-soldatisch sagen wir deshalb, weil es zu allen Zeiten die Aufgabe des Soldaten ist, das Land und die Gemeinschaft seiner Menschen zu schützen. Wie wäre das aber in einem Atomkonflikt in Zentraleuropa möglich?! Hier gibt es keine Front mehr, die für die Heimat blutet, sondern hier stirbt die Heimat mit ihren Menschen, hier sterben die Frauen und Kinder noch v o r dem Soldaten.

Er mag dann mit seinen Verbänden in irgendwelchen Grenzräumen zur Verteidigung oder zum Angriff versammelt sein: hinter ihm wird es nicht viel mehr geben als ein atomar verseuchtes Trümmer- und Leichenfeld.

Die Ehre des Soldaten floß und fließt nicht aus dem unerläßlichen Handwerk des Tötenkönnens, sondern aus der Bereitschaft, selbst das Opfer zu bringen, aus dem Sterbenkönnen für andere.

Militärische Techniker, die lediglich Befehle ausführen, gleich, was daraus resultieren mag, haben nichts mit Soldatentum und Ehre zu tun.

Wenn der Soldat heute seine innerste Aufgabe erfüllen will, so bleibt im Gegensatz zur landläufigen Meinung nichts anderes übrig: er muß zum politischen Soldaten werden. Politik und Mititärwesen lassen sich weniger denn je voneinander isolieren. Wenn er dem treu bleiben will, was zu allen Zeiten Soldatentum ausmacht, dann wird er heute eine Politik bekämpfen müssen, die seinen Auftrag des Schutzes von Land und Volk in das Gegenteil verkehrt.

Eine Verteidigung hat nur noch Sinn im Rahmen und als Sicherung einer Politik, die über schrittweise Entspannung auf einen alle Menschen umfassenden Frieden gerichtet ist. Hierin allein hat der Stand, dessen innerste Rechtfertigung das Selbstopfer war und der immer noch Fels in einer egoistischen Zersetzung sein könnte, seinen Auftrag.

Für den Soldaten überall in der Welt kann die Aufgabe aus genauester Kenntnis des Drohenden nur sein, die Fronten in der Welt überwinden zu helfen und sich genauso ganz dafür einzusetzen, wie er es schon für weitaus schlechtere Dinge getan hat.

Will er das nicht sehen, so kann ihn niemand aus dem Dilemma erlösen, daß eine Verteidigung mit konventionellen Waffen gegen eine angreifende Atommacht nicht möglich ist und daß eine Verteidigung mit Kernwaffen aber den totalen Untergang dessen bedeutet, was zu schützen seine Aufgabe ist.

Der Weg zum Frieden und zur Abrüstung kann heute nur über partielle Entspannungen führen. Versicherungspolicen sind solche Entspannungszonen allerdings für niemanden, nicht für West, nicht für Ost, und gewiß auch nicht für die dort existierenden Staaten. Man kann viele Wenn und Aber dagegen ins Feld führen. Eines aber kann man nicht entkräften: Es gibt keinen anderen Weg, die Kluft des Mißtrauens, die heute die ganze Welt zerreißt und die Menschheit zu verschlingen droht, zu überwinden.

Daß sich aus einer mit allen möglichen Hypotheken und Hintergedanken belasteten Entspannungszone schließlich der Ansatz zum echten Frieden entwickelt, dies ist die Aufgabe, die uns, der Mitte zwischen West und Ost, gestellt ist, die Aufgabe, die uns niemand abnehmen kann, und das Maß, mit dem wir vor der Geschichte gewogen werden.

Die hinter uns liegende jüngste deutsche Epoche war der Verzicht auf das Gewissen und das Vertrauen in die materielle Macht allein. Die Stärke, die Gewalt also, haben wir in konzentrierter Form schon einmal durchprobiert. Was soll uns jetzt ein neuer, verdünnter, christlich und demokratisch garnierter Aufguß? Die Kraft zu einer neuen Politik, trotz aller augenscheinlichen Ohnmacht, müssen wir aus unserem Gewissen nehmen. Damit ‚bewältigen' wir unsere Vergangenheit, nicht dadurch, daß wir zerknirscht uns selbst zugunsten dieser oder jener Weltfront und ihres Heilsrezeptes verleugnen. Solange wir nicht den Mut zur eigenen Warheit finden, werden wir als Volk, so hundertprozentig wir uns immer geben mögen, nach beiden Seiten hin verdächtig und unglaubwürdig bleiben.

Wahrheit bedeutet hierbei keinesfalls neue Theorien, Ideologien und Dogmen, sondern ihr lebendiges Wachsen aus den konkreten Entscheidungen, die die Zeit selbst uns stellt.

Ohne unser Zutun stünden heute nicht West und Ost ineinander verbissen in Mitteleuropa und vor der Katastrophe. Ohne unser Zutun werden sie sich aus dem, was anfangs für sie wie ein Gewinn aussah, offensichtlich aber für beide immer mehr zur Last wird, auch nicht lösen können.

Es kann in der Welt kein Friede entstehen ohne den deutschen Beitrag. An diese Aufgabe müssen wir alles setzen — nichts anderes zählt.

Prof. Gerhard Gollwitzer

Das Memorandum der Acht

1.

Im politischen Leben der Bundesrepublik seit dem letzten Sommer fallen zweierlei Tendenzen auf. Einerseits die Bemühungen der großen Oppositionspartei, sich dem Kurs der herrschenden Partei anzugleichen, — so jüngst die Beteuerung im Bundestag: „Unsere Arbeit führt auf den Schienen des Mitdenkens und des Mithandelns zur Mitverantwortung." Mit-denken heißt hier Auch-so-denken wie die regierende Partei. Damit wird der einstigen Arbeit der Opposition und jeder echten demokratischen Opposition, nämlich dem verantwortungsbewußten Widerspruch gegen die herrschende Konzeption aus einer anderen Konzeption heraus, ein erstaunliches Zeugnis ausgestellt. Man hält solche Arbeit jetzt offenbar für Destruktion, für Nicht-Mitdenken, Nicht-Mithandeln, Nicht-Mitverantwortung, während doch gerade sie die zu einer intakten Demokratie notwendig gehörende Mitarbeit darstellt.

Andererseits wird der nun so friedlich beruhigte Bundestag immer wieder beunruhigt durch außerparlamentarische Oppositionen von Gruppen oder Einzelpersönlichkeiten. So jüngst durch Thomas Dehler, so durch manche andere Fernsehsendung, so durch die Ostermärsche, so durch die „Handreichung zur Friedensfrage" der Evangelischen Kirche Deutschlands, so durch das „Memorandum der acht evangelischen Laien und Theologen", das uns nun beschäftigen soll (Wortlaut siehe „Blätter" 3/1962, S. 224 ff).

Es wurde nach seiner Veröffentlichung im Februar von der Presse und der Öffentlichkeit stark beachtet, stärker als manche ähnliche Aktion. Vielleicht war das dem neuartigen Weg zu danken, nämlich der geheimen Überreichung an die Bundestagsparteien zur internen Diskussion fast vier Monate vor der öffentlichen Bekanntgabe, vielleicht freilich auch dem Umstand, daß es die Fragen, Vorwürfe und Anregungen in die Watte mancher Halbheit und manchen Mitfahrens in den gewohnten Geleisen verpackt. Wieweit die bundestagsinterne Diskussion irgendwelche Folgen zeitigte, ist von außen schwer zu beurteilen. Die Bundesregierung erklärte, sie wolle zunächst (wie lange noch?) nicht Stellung nehmen, weil es sich nicht um eine Denkschrift der evangelischen Kirche, sondern um die Darlegungen einzelner Persönlichkeiten handle. Eine sonderbare Begründung! Die Reaktion der CDU/CSU schwankte von herablassender Schulmeisterei — das Memorandum

habe „etwas vom Air der Gelehrten-Republik an sich", „Unruhe und Sorge sind nicht immer die einzigen und besten Ratgeber", immerhin sei, verglichen mit dem Göttinger Manifest, „ein beachtlicher Fortschritt festzustellen" — bis zur Diffamierung der Acht als „Verräter", zum Beispiel von der „Soldatenzeitung", die sich „Deutschlands größte nationale Wochenzeitung" nennt. Grotesk war die offiziöse Korrektur: „Gegenüber der Aufforderung, die Bundesrepublik möge nicht nach einer eigenen Verfügungsgewalt über Atomwaffen streben, sei festzustellen, daß das nie die Absicht der Bundesrepublik gewesen ist." Zusammenfassend kommt die „Politisch-soziale Korrespondenz" zum Schluß, das Memorandum ermangele der konkreten Zielsetzungen und erschöpfe sich in negativer Kritik. Willy Brandt erkannte das Bestreben „freimütiger Männer" an, von Zeit zu Zeit „Bewegung in die erstarrten Fronten und Beweglichkeit in die eigenen Reihen zu bringen". Die SPD sprach sich für Fortsetzung der Diskussionen aus, freilich offenbar mit der Absicht, die Acht zu beschwichtigen und zum „richtigen Standpunkt" zu bekehren. Im ganzen scheint — nach dem zu schließen, was durch die Bundestagstüren nach außen drang — dieser Aufruf zur Selbstprüfung der Parteien ziemlich ungehört verhallt zu sein.

Alarmierend für die Atmosphäre in der Bundesrepublik haben die Vertriebenenverbände reagiert, und es wurde wieder einmal deutlich, welch gefährliche Rolle sie spielen. „Der Schlesier" schrieb am 7. 3. 1962:

> „Solche Verzichte oder Preisgaben auf deutsches Land verstoßen gegen das Bonner Grundgesetz, das zur Vollendung der Einheit Deutschlands auffordert, und zugleich gegen das deutsche Strafgesetzbuch. Und dieses besagt grundsätzlich, ‚Auch der Versuch ist strafbar'. Daß in solchen Fällen nicht sofort von Amts wegen Anklage erhoben wird, scheint nur möglich zu sein, weil nach der Nazizeit leider eine völlige Rechtsverwirrung in unserem Vaterland eingetreten ist."

Das katholische Wochenblatt „Das Wort" erregte den Widerspruch des Bundespressereferenten des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland", Hupka (SPD), weil es geschrieben hatte:

> „Die Vertriebenenverbände verurteilen mit aller Schärfe diesen Vorschlag (Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), und auch die SPD wandte sich durch ihren stellv. Vorsitzenden Wehner gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Statt zu schweigen, zwang sie damit auch alle anderen Parteien, ähnliche Positionen zu beziehen. Dabei wissen alle verantwortlichen Parteien, auch Herbert Wehner, daß das Land jenseits von Oder und Neiße wohl endgültig verloren ist."

2.

Wir wenden uns nun dem Memorandum selbst zu. In der Einleitung wird die gegenwärtige Lage in unserem Land bestens gekennzeichnet:

> „Mit dem Wohlstand ist in breitesten Kreisen des Volkes und seiner Führung die Neigung eingezogen, den Blick vor gesellschaftlichen und politischen Übelständen zu verschließen und harten Entscheidungen auszuweichen. Wir können keine der politischen Parteien von dem Vorwurf freisprechen, daß sie dem Volk in Wahrheit, die es wissen muß, vielfach vorenthalten und statt dessen das gesagt haben, wovon sie meinten, daß man es gern hört. Man hat zu oft fiktive Positionen aufgebaut, sich mit taktischen Erfolgen begnügt und den Ernst unserer Lage am Rande der westlichen Welt verschleiert."

So war es schon im letzten Wahlkampf, ehe man durch den 13. August aufgeschreckt wurde. Man konnte sich nun nicht mehr so gemütlich nur um des Wählers Votum für den „Wohlstand für alle" oder den „Wohlstand für jeden" bemühen, man war gezwungen, sich den großen politischen Themen zuzuwenden, doch geschah auch das wieder ausschließlich mit dem Aufbau neuer „fiktiver Positionen" und mit weiterer „Verschleierung unserer Lage" — unserer Lage nicht nur „am Rande der westlichen Welt", sondern, treffender formuliert, in der Naht

zwischen der westlichen und der östlichen Welt. Die historische Wahrheit verlangt hier eine Korrektur: Allein die junge DFU stellte von vornherein die großen politischen Probleme in den Mittelpunkt, ohne „harten Entscheidungen auszuweichen" und ohne nur das zu sagen, „was man gern hört". Die Quittung für diesen Mut, „der öffentlichen Meinung entgegen zu handeln", blieb nicht aus. Im Memorandum heißt es weiter: „Der Vorwurf trifft ebenso einen großen Teil unserer Öffentlichkeit", also die Presse, also die Stammtische, also jeden einzelnen. Denn überall lauert ja „die Gefahr, die unsere Fähigkeit, diese und künftige Krisen zu bestehen, bedroht", fast überall wird nicht nur die Kritik, sondern schon das selbständige Mit-denken, falls es zu anderen Einsichten und Schlüssen als den linientreuen kommt, möglichst im Keim erstickt. Statt auf solche Gedanken einzugehen und sie mit zu verfolgen, etikettiert man sie rasch mit „SED-infiltriert, osthörig", und schon ist wieder Ruhe im Haus. Ein Beispiel für die Primitivität der geforderten Konformität lieferte in diesen Tagen der Leitartikel einer großen Tageszeitung:

> „Jeder muß zwangsläufig ‚antikommunistisch' sein, der nicht freiwillig und ohne Not in seine Kapitulation einzuwilligen bereit ist."

Mit der Überschrift des nächsten Absatzes, „Überhöhte Ansprüche und dumpfe Angst", trifft die Denkschrift den Nagel auf den Kopf. Prägnanter ist die politische Verfassung des Normalbundesbürgers nicht zu charakterisieren. Daher die „politischen und sozialen Illusionen, die mangelnde Planung und fehlende Voraussicht". Nun folgen Fragen und Vorschläge zu fünf Komplexen. „I. Die Außenpolitik": „Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, daß sie vorzeitig Positionen aufgibt und Ansprüche verschenkt." Aber man müßte erwarten, daß sie rechtzeitig erkennen läßt, wieweit über welche Positionen und Ansprüche zu reden wäre, um Verhandlungen fruchtbar zu gestalten und einen Kompromiß auszuhandeln! Die bisherige Tendenz Bonns faßte eine vielgelesene Boulevardzeitung in die Schlagzeile zusammen: „Verhandeln Ja — Nachgeben Nein!" (Was soll dabei wohl herauskommen?) Das heißt, „Positionen und Ansprüche" sollen nie aufgegeben werden. Das heißt, man bekennt sich leidenschaftlich zu dem Njet, das man doch dem Osten vorwirft, und verketzert jeden illusionslosen Realpolitiker als „weichen Erfüllungspolitiker". Der Bund der Vertriebenen in Hessen regte sogar die Herausgabe einer „Schandliste" mit den Namen von „Verzichtpolitikern" an. Alles schon gehabt!

Mit den nächsten Sätzen aber scheinen uns die Acht leider selbst dem allgemeinen Trend verfallen. Sie übernehmen Schlagworte, deren Prüfung gerade ihre Aufgabe gewesen wäre. „Das westliche Bündnis dient der Verteidigung der Menschenrechte der Freiheit und Selbstbestimmung" — das ist denn doch eine allzu verklärende Charakterisierung der NATO! Und dürfen wir wirklich „erwarten", daß die Westmächte „im Kampf um die Freiheit Westberlins das Risiko eines nuklearen Krieges auf sich nehmen"? Die erste Frage hiezu, die vor allen anderen stehen muß, ist die, ob das „Risiko eines nuklearen Krieges", das die Bereitschaft zur Ausrottung des Menschengeschlechts in sich schließt, überhaupt von irgend jemandem „auf sich genommen werden" darf, der glaubwürdig Anspruch auf menschliches Verantwortungsbewußtsein erheben will. So wie der Satz dasteht, ist der nukleare Krieg zu fraglos als erlaubtes Mittel der Politik anerkannt. Die zweite Frage, an uns Deutsche, ist, ob wir denn alles uns Mögliche getan haben, um unsere westlichen Verbündeten nicht in diese Lage zu bringen, um zu verhindern, daß sie vor dem Zwang zu diesem „Risiko" stehen könnten, kurz: ob wir uns politisch all die Jahre seit 1945 so benommen haben, daß sich nicht an Deutschland auch der dritte Weltkrieg entzündet. Weiter: Was könnten wir heute, in letzter Minute, noch dagegen tun?

3.

Fünfmal ist in diesem Abschnitt von „Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR" die Rede. Gerade Männer wie diese Acht hatten es sich bisher stets zur Pflicht gemacht, solche Propagandaschlagworte zu prüfen und als Denkersatz zu entlarven. Die Einführung dieses Schlagwortes als Treibstoff ist ein Musterbeispiel für unsere „politischen Übelstände". Der „Pressedienst der Deutschen Friedens-Union" hat es am 8. 3. 1962 durchleuchtet; wir entnehmen ihm einige Sätze:

„Jeder erinnert sich noch daran, wie vor nicht ganz einem Jahr das Wort ‚Selbstbestimmung' offiziell eingeführt wurde. Dr. Höpker hielt einen Rundfunkvortrag, dessen entscheidender Satz lautete: ‚Zu lange haben wir unser elementares Existenzproblem, die Überwindung der Spaltung unseres Volkes, mit dem Begriff ‚Wiedervereinigung' umschrieben. Dies ist ein wenig glückliches Wort, das den Menschen in der übrigen Welt nicht sonderlich viel sagt. (Er vergaß, den Grund dafür, nämlich die Mitbeteiligung dieser „übrigen Welt", auch der westlichen, an der Spaltung, zu nennen! G. G.) Ergänzen wir es durch die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht.' Man wollte das Wort ‚Wiedervereinigung', das nichts über Art und Weg der Vereinigung beider Teile Deutschlands aussagt, wohl aber sehr störend für Bonn den Gedanken an Sich-Einigen nahe legt, durch einen Ausdruck ersetzen, der zu einem verhandlungsfeindlichen Kurs nicht in so offenbarem Widerspruch steht. G e m e i n t ist mit der Forderung nach Selbstbestimmung nichts anderes als die alte Adenauersche Forderung nach ‚freien Wahlen' in Gesamtdeutschland ohne irgendwelche vorherigen Zusicherungen bezüglich des militärischen Status und politischen Verhaltens dieses Gesamtdeutschland.

1. Durch die Wahl des Wortes ‚Selbstbestimmung' entsteht ein völliges Begriffsdurcheinander. Selbstbestimmung ist ein Begriff, der mit Nationalitätsproblemen zu tun hat, nicht mit der Frage der inneren politischen Struktur eines Landes. Mit Recht verlangen koloniale Völker von ihren Kolonialherren die Selbstbestimmung, was aber keineswegs bedeutet, daß dieses Land nach seiner Befreiung die Frage seiner politischen Herrschaftsstruktur nicht völlig unabhängig lösen könnte. Selbstbestimmung aber, wie sie in unserer Propaganda erscheint, ist ein Ersatzwort für parlamentarische Demokratie. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes kommt in einer Abstimmung dann zur Geltung, wenn die Frage gestellt ist, ob es z. B. zu Frankreich gehören oder einen unabhängigen souveränen Staat Algerien bilden will. Die Bevölkerung des Iran ist nicht etwa deshalb ohne Selbstbestimmung, weil Amini keine Wahlen zuläßt."

2. Die mit diesem Wort verbundenen peinlichen Erinnerungen anderer Völker sind:

„§ 1 des Programms der NSDAP forderte das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen. Es ist bekannt, daß im Namen des ‚Selbstbestimmungsrechtes' der Einmarsch nach Österreich und ins Sudetenland erfolgte. Aber der Selbstbestimmungsbegriff wurde immerhin im gewohnten Sinn angewandt. Die NSDAP meinte ja nicht etwa freie Wahlen für alle Deutschen, sie meinte das Recht der deutschen Minderheiten im Ausland, sich für Deutschland zu entscheiden und in einem deutschen Staat zu leben. Wir brauchen hier nicht die Abgründigkeit der Hitler-Propaganda und ihren Mißbrauch der Selbstbestimmungforderung zu untersuchen, die dazu geführt hat, daß der Ruf ‚Selbstbestimmung', von Deutschen erhoben, noch heute im Ausland die Assoziation ‚mißbrauchte Selbstbestimmung' hervorruft. Bonn aber meint freie Wahlen für Gesamtdeutschland, wenn es Selbstbestimmung sagt, und es kann auch nichts anderes damit meinen, weil die Frage der Zugehörigkeit der Deutschen in der DDR zu Deutschland gar nicht zur Diskussion steht."

3. Wir fügen dieser Klärung hinzu: Können die Westmächte sich denn wirklich glaubwürdig für die Sache im Sinne Bonns einzetzen, solange sie noch genug in ihren eigenen Häusern zu kehren hätten? Welche westliche Staaten haben denn in diesem Sinn „Selbstbestimmung"? Und in wievielen Ländern verhinderte nicht der Westen die „Selbstbestimmung" in diesem Sinn, z. B. in Südkorea, Südvietnam, Laos? Was geschieht, wenn es in einem zum westlichen Einflußbereich gehörigen Staat dem Volk gelingt, sein Votum für eine Wendung der bisherigen Politik

auszusprechen, die der Rolle, für die man es als Instrument der Machtpolitik und Wirtschaftspolitik gebraucht, entgegenläuft? Aktuelles Beispiel: der peronistische Wahlsieg in Argentinien und die Reaktion der Militärs. Man wird erinnert an die Sätze Nehrus in seinen „Briefen an Indira" („Weltgeschichtliche Betrachtungen", Progreß Verlag Darmstadt):

„Der Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie ist unüberwindlich und unendlich; oft wird er durch irreführende Propaganda und die äußeren Formen der Demokratie verdeckt, durch die Parlamente und die Brosamen, welche die besitzenden Klassen den andern zuwerfen, damit diese sich mehr oder weniger zufriedengeben."

4. Der vierte Einwand sei angefügt einer Frage an die Acht zum nächsten Absatz. Dort heißt es:

„Unser Kampf ist dadurch erschwert, daß das Vertrauen auch der westlichen Welt zu Deutschland durch Hitlers Machtpolitik und durch den Krieg gänzlich zerstört worden ist."

Wir greifen vor: Das Wörtlein „auch" deutet auf die noch viel verheerendere „Zerstörung des Vertrauens" im Osten hin. Seinem Wiederaufbau und der „Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn", ohne die „eine dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht denkbar" sei, gilt der nächste Abschnitt des Memorandums. Darin ist sein wohl anstößigster Vorschlag enthalten: die „Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze". Leider konzentriert es sich auf diesen fraglos wichtigen Punkt, erwähnt aber nicht auch andere Möglichkeiten zur Einleitung der „Normalisierung", wie den Rapackiplan. Alles derartige hätte den Sinn, zuerst einmal, vor einer endgültigen „Normalisierung", die Folgen des verlorenen Krieges real zu sehen, unsere östlichen Nachbarn vom Alpdruck einer nächsten germanischen Invasion zu befreien und den Grund für eine künftige Koexistenz zu legen. Auch dieses Stichwort fällt im Memorandum, im Gegensatz zur „Handreichung der EKD", nicht. Wir knüpfen nun wieder oben an: 4. Die Forderung der „Selbstbestimmung für die Deutschen in der DDR", sprich: ihre Herauslösung aus dem östlichen Machtbereich und möglichst ihre Eingliederung in das westliche Bündnissystem, ist für jede russische Regierung unannehmbar, ganz gleich, ob sie bolschewistisch oder zaristisch ist. Die Wiedervereinigung, die „Freiheit" der DDR kann für Rußland nur dann zur Diskussion stehen, wenn gleichzeitig sein Sicherheitsbedürfnis glaubhaft befriedigt wird. Einen Weg dazu schlug das unverantwortlicherweise von Bonn ignorierte Angebot von 1952 vor. Und das war auch in Genf 1955 gemeint. Man hat uns damals falsch unterrichtet, und noch heute grassiert im Volk die von oben genährte Lüge, die Russen hätten das Genfer Abkommen, d. h. ihre Zusage zu freien Wahlen in der DDR, nicht eingehalten. In Wahrheit kamen die Staatschefs dort überein, daß Deutschland durch freie Wahlen „im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit" wiedervereinigt werden sollte. Dabei haben die Russen nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß für sie ein europäisches Sicherheitsabkommen einschließlich der Neutralisierung Deutschlands gesamtdeutschen Wahlen vorangehen müsse. Als eine der Halbheiten des so überaus verdienstvollen Memorandums erscheint uns, daß es nicht einmal einen Seitenblick auf den Hauptgrund unserer Misere wirft, den Walter Lippmann in „New York Herald Tribune" am 19. 9. 1961 einmal mehr lapidar darlegte, nämlich auf die Unvereinbarkeit von militärischer Westintegration und Wiedervereinigung:

„Während des ganzen Sommers war deutlich erkennbar, daß die Bonner Regierung nach den Wahlen einige sehr schwierige Entscheidungen zu fällen habe. Sie entstammen der Tatsache, daß seit der Gründung der Bundesrepublik mit Dr. Adenauer als Bundeskanzler die Politik des Westens und Westdeutschlands auf zwei unvereinbaren Versprechungen beruhte. Die eine war, daß Westdeutschland der NATO und dem Ge-

meinsamen Markt und sogar den politischen Institutionen Westeuropas integriert werde. Die andere war, daß Westdeutschland Ostdeutschland aufsaugen und sich wieder mit ihm vereinigen könne. Es war seit einigen Jahren bekannt, daß beide Versprechungen gleichzeitig weder jetzt noch in absehbarer Zukunft erfüllt werden könnten."

4.

Mit dem letzten Absatz des Abschnitts „Außenpolitik" greifen die Acht ins volle Bundesleben und treffen ins Schwarze. Sicher haben sie recht damit, daß „politisch verantwortliche Kreise aller Parteien die von uns angesprochene Ansicht teilen, aber aus innenpolitischen Rücksichten scheuen sie sich, die Erkentnis, die sie gewonnen haben, öffentlich auszusprechen". Damit ist über das, was man hierzulande so stolz „Freiheit" und „Demokratie" nennt, das Urteil gesprochen. „Eine Atmosphäre, die es der politischen Führung unmöglich macht, dem Volk die Wahrheit zu sagen, ist v e r g i f t e t." Und deshalb ist auch das ganze Geschrei nach politischer Mitverantwortung des Volkes, politischer Bildung der Jugend eine Farce. Man will sie ja in Wahrheit gar nicht, denn wehe, wenn daraus eigene, nicht linientreue Gedanken entsprängen! Wieviel leichter fährt man doch mit politisch Ungebildeten, Ahnungs- und Kritiklosen, Willfährigen. Beispiel für diese Destruktion der Demokratie von oben her: Nach Thomas Dehlers Fernsehrede fragte der Bundeskanzler den Bundestagspräsidenten, ob er noch weiter mit einem Mann „von solcher Geistesschwäche" zusammenarbeiten wolle. Warum wohl, so fragen wir die Acht, haben sie die Grundursache der „Vergiftung", den militanten Scheuklappen-Antikommunismus, nicht genannt, diese neue Auflage des Antisemitismus, dessen Verdikt alles verfällt, das sich dem Sog des Kreuzzugstrends gegen den Osten entzieht? Schon hat auch die Acht dieses Beil getroffen: der Bundesvorstand der Pommerschen Landsmannschaft bezichtigte sie der „Handlangerdienste für den Kommunismus".

Abschnitt II/III, „Rüstung, Bevölkerung": Muß wirklich unser „o b e r s t e r Gesichtspunkt heute die möglichst reibungslose Eingliederung in die westliche Rüstungs- und Verteidigungsplanung sein — (d. h. die Preisgabe unserer Wiedervereinigungsaussichten, siehe oben! Übrigens: „Verteidigung", das wäre auch so ein durchleuchtenswerter Begriff!) —, bis die Politik der großen Mächte eine allgemeine und regionale Verminderung der Rüstung ermöglicht"? Das ist zumindest recht verschlüsselt und mißverständlich ausgedrückt. Denn es ist doch zu vermuten, daß die Acht dies nur insoweit meinen, als die Bundesrepublik selbstverständlich nicht von heute auf morgen die „von ihr übernommenen Verpflichtungen" abwerfen kann. Es ginge ihr dann kaum anders als damals Ungarn nach dem plötzlichen Austritt aus dem östlichen Verteidigungsbündnis. A b e r : muß diese „Eingliederung" wirklich „o b e r s t e r Gesichtspunkt" sein, und nicht vielmehr die politische und militärische Entspannung? Müssen wir Deutschen wirklich Gewehr bei Fuß, möglichst viel Gewehr bei Fuß, warten, bis irgendwann ohne unser Zutun „die Politik der großen Mächte eine allgemeine oder regionale Verminderung der Rüstung ermöglicht"? Können wir, die wir doch in anderem überaus aktiv waren, z. B. beim Angebot deutscher Soldaten und beim Aufbau unserer Aufrüstung und dafür keine „Opfer und Anstrengungen" gescheut haben, könnten wir nicht auch in der Richtung der „Verminderung der Rüstung" selbst aktiv werden? Die Abrüstung fällt ebensowenig vom Himmel wie die Aufrüstung. Aber genau so, wie z. B. der Bundeskanzler bei jedem Auftauchen einer Entspannungswolke — die für ihn stets eine Wolke am sauberen Himmel der bis ins Astronomische getriebenen Kontraste des Kalten Krieges, der sauberen Spaltung der Welt in West und Ost war — seinen Einfluß in den USA gegen die Entspannung einsetzte, so sehr, daß man dort das Wort vom amerikanischen Außenministerium

Bonn prägen konnte, genau so könnte Westdeutschland ja auch einen anderen Einfluß geltend machen. Es sei nur daran erinnert, daß in Washington, London und Genf der Rapackiplan weit ernster diskutiert wird als in Bonn.

Die nächsten drei Absätze gelten der Frage der nuklearen Aufrüstung der Bundesrepublik. Ihnen gilt unsere vorbehaltlose Zustimmung und unser Dank.

Dagegen reizen uns die beiden letzten Absätze, über den „Bevölkerungsschutz", zum Widerspruch. Wir sind damit nicht allein. Im Herbst haben amerikanische und kürzlich österreichische Professoren, gemeinsam mit Prof. Max Born, mit mehr fachmännischem Recht und mit besseren Worten, als wir es könnten, gewarnt („Blätter" 3/1962, S. 216). Die Blamage mit dem ersten offiziellen Aufruf „Jeder hat eine Chance" rührte nicht nur von seinem kindischen Dilletantismus her. Irgendwie ähnlich lächerlich muten alle, auch die klüger abgefaßten Aufrufe und Maßnahmen für einen wirkungsvollen Schutz der Bevölkerung in einem dritten Weltkrieg an. „Auch der beste Schutz (Unterrichtung über das Verhalten im Ernstfall, Vorkehrungen, z. B. mit Lebensmittelvorräten)" wird nicht nur „unvollkommen bleiben", wie das Memorandum sagt, sondern könnte dadurch gefährlich werden, daß er die Bevölkerung doch irgendwie in Sicherheit wiegt, daß er den bei uns sowieso unterentwickelten Willen, die sowieso mageren Ideen für eine Verhütung des nächsten Krieges noch weiter schwächt. Ist nicht jede andere „Unterrichtung" unehrlich außer der einen: Wenn der nächste Krieg nicht verhindert wird, dann hat kaum einer eine Chance!? Allein die für den Bevölkerungsschutz vorgesehenen Mittel würden, eingesetzt für eine „Unterrichtung" der verhetzten Bevölkerung über die Chancen der Entspannung, der Abrüstung, einer künftigen Koexistenz, für die Errichtung eines alle diese Möglichkeiten aufspürenden Friedenministeriums ausreichen, um eine merkliche Entgiftung des politischen Klimas und damit eine Verringerung der Kriegsgefahr zu bewirken.

Bevor wir diesen Abschnitt verlassen, fragen wir nochmals: Denken nicht auch diese acht aufrechten Männer noch zu ausschließlich in den ausgefahrenen Geleisen? Hätten nicht gerade sie den Politikern Mut machen sollen, sich endlich aus dem Schlepptau und vom Gängelband der Militärs, die doch nun mit der irrsinnigsten Steigerung ihrer Mittel und der Möglichkeiten ihres Handwerks am Ende ihrer „Weisheit" angelangt sind, zu befreien? Wobei diesmal der Frage, wer denn eigentlich wen und ob nur der eine den anderen und nicht auch der andere den einen und wer denn im Besonderen uns, die Bundesrepublik, eigentlich m i l i t ä r i s c h bedrohe, nicht nachgegangen sei.

5.

Im Abschnitt IV, „Sozialpolitik", tauchen erfreulicherweise Begriffe auf, bei denen den Bundesbürger eine Gänsehaut überläuft: „vernünftige Planung", „umfassender sozialpolitischer Plan", in der Wirtschaftspolitik „Kampf" nicht nur „dem Kollektiv", sondern auch dem „Einzelmonopol", in der Landwirtschaft „notwendige Umstellung auf rationelle Betriebsweisen". Der Vorwurf zielt hier auf die planlosen Einzelattacken je nach „taktischen Konstellationen" und die „Sozialpolitik der planlosen Wahlgeschenke". Diese sind die Entsprechung der recht planvollen Wahlgeschenke an die Parteien, um nicht zu sagen Wahlbestechungsgelder. Damit ist eine Frage angeschnitten, die eigentlich ins Kapitel Innenpolitik und zu dem oben öfters gebrauchten Begriff „Freie Wahlen" gehört. Wie „frei" sind eigentlich unsere Wahlen? Eine Frage, die immer neuer Untersuchung wert ist! Wieviel Geld braucht man, um eine westliche Wahl zu gewinnen, und gegen welche Zusagen und Abhängigkeiten bekommt man dieses Geld? Kommt noch hinzu der notdürftig verschleierte Einfluß der Interessenverbände und Kirchen, kommt noch hinzu die schon oben angekreidete „Vergiftung" und die Feigheit,

gewissen Tabus zu widersprechen und „aus innenpolitischen Rücksichten" im Wahlkampf nur das zu sagen, „was man gern hört", u. a. m.

Im letzten Abschnitt, V. „Kulturpolitik", wird die Stimme der Acht beschwörend. Man spürt, daß sie hier als Fachleute sprechen und prägnant und kurz alles Einschlägige ansprechen, die „Umschichtung unserer Gesellschaft im technischen Zeitalter", die „neuen Anforderungen, denen bislang kein Zweig unseres Bildungswesens gewachsen ist". Und wie markant wird nun herausgestellt, daß es „eine Illusion wäre, zu meinen, die Verteidigung gegen den Kommunismus sei in erster Linie Sache der Außenpolitik und der Rüstung". Schade, daß dieser Satz nicht den II. Abschnitt, „Rüstung", eingeleitet hat. Durch dieses Vorzeichen hätte manches dort anders geklungen. „In der Welt des 20. Jahrhunderts ist die Selbstbehauptung eines Staates", ja sein „wirtschaftliches Potential vom Stand seines Bildungswesens abhängig". Leider vermissen wir hier, daß der Finger in die klaffendste Wunde gelegt wird. Ja, „die durchgreifende Neuordnung unseres Erziehungs- und Bildungswesens droht an der Schwerfälligkeit unseres föderativen Systems der Kulturverwaltung zu scheitern", das ist richtig, das wäre aber bei gutem Willen und einiger Phantasie zu korrigieren. Viel bedenklicher aber und schwerer zu ändern ist der andere, leider nicht erwähnte Faktor: Weil man eben in der Illusion lebt und sie seit Jahren hegt, „die Verteidigung sei in erster Linie eine Sache der Rüstung", ja, in der Illusion, wir würden jeden nächsten Tag vom Osten militärisch angegriffen, und weil von dieser Illusion die einzige politische Konzeption Bonns ausging, d a r u m fehlen ganz einfach die Mittel schon zur großzügigen Planung, geschweige denn zur Durchführung dieser „Neuordnung". Weil der Aufbau der Rüstung Milliarden verschlang und verschlingt, darum hat man für den Aufbau des Bildungswesens nur Almosen übrig, und das, was man durch jene verteidigen will, geht mittlerweile vor die Hunde. Was einem etwas wert ist, dafür gibt man Geld aus. Und so hat ausgerechnet das Volk der Dichter und Denker zwar ein Wirtschaftswunder und ein Rüstungswunder, aber kein Bildungswunder hervorgebracht. Auch diese Versäumnisse haben bei uns Tradition; 1919 schrieb der Kunstwissenschaftler Gustaf Britsch in sein Tagebuch:

> „Etwas hat der deutsche Staat nicht begriffen: die eigentümliche Stellung, die Deutschland zu seiner Produktion geistiger Güter einnehmen müßte. Deutschland hat keinen oder nur geringen Bodenreichtum, eine Ausfuhr von Rohstoffen und die Konkurrenzen in solchen ist ihm fast unmöglich. Gerade bei geistigen Gütern, den einzigen, bei denen die Frage des Rohmaterials nicht die Frage der Konkurrenzfähigkeit bedeutet, den einzigen, bei denen die Qualität ohne weiteres Hauptsache gegenüber der bei sonstigen Gütern mitspielenden Quantitätsfrage ist, gerade hier, wo Deutschland immer vorausgegangen zu sein sich rühmen darf, gerade hier fehlt das System einer richtigen, zielbewußten Verwertung fast völlig. Ein anderer, die geistige Arbeit schwer hemmender und schädigender Umstand ist der Mangel jeglicher Organisation des Austausches geistiger Arbeit, der gegenseitigen Befruchtung auf internationaler Grundlage. Gerade hier, wo wir hoffen könnten, scharfe Konkurrenz auszuhalten und durch diese Konkurrenz die eigene Leistungsfähigkeit zu beweisen, gerade hier versagt die Organisation. Geistige Arbeit ist in Deutschland dem Binnenmarkt zugeteilt, der Weltmarkt ist ihr fast verschlossen, oder aber die Arbeit segelt unter fremder Flagge und zu anderer Gewinn."

Unsere uns noch vor kurzem weit unterlegenen östlichen Nachbarn haben das begriffen und sind uns heute weit überlegen.

Die der CDU nahestehende „Politisch-soziale Korrespondenz" rügte das Memorandum der Acht, weil es die realen politischen Kräfte, gemeint sind wohl die Bundestagsparteien, „mit einiger Verachtung" übergehe. Man muß die Denkschrift schon durch eine seltsame Brille lesen, muß aus tauber Selbstsicherheit heraus den Ernst, die Sorge, das Verantwortungsbewußtsein, die daraus sprechen,

völlig überhören, um ein solches Urteil fällen zu können. Wir danken den acht mutigen Männern. Ja, es ist traurig und bezeugt die Wahrheit des Grundtenors des Memorandums, daß heutzutage bei uns Mut dazu gehört, das eigentlich Selbstverständliche zu tun. Wir dürfen annehmen, daß diese Männer unsere Fragen und Einwände ebenso verstehen, wie sie ihre Denkschrift meinten: als Beitrag zu dem jedem Bürger eines wahrhaft demokratischen Staates aufgegebenen, verantwortlichen Mitüberdenken seiner Schicksalsfragen.

Mervyn Jones, London

Der Ostermarsch

Vor einem Jahr hörte ich während einer der Mittagspausen an der Straße von Aldermaston nach London einen Führer der ‚Campaign for Nuclear Disarmament' sagen, als er Gruppen der Marschierenden überschaute: „Ich kann mir gar nicht vorstellen, wo sie alle herkommen." Die reine Größe des Marsches ist in der Tat etwas ganz Neues in der britischen Politik. An den beiden letzten Ostermärschen 1960 und 1961 gaben etwa 10 000 Menschen vier volle Tage her, um den ganzen Weg mitzugehen; ungefähr 40 000 marschierten Teilstrecken mit; und die Zahl der Teilnehmer an der Schlußveranstaltung auf dem Trafalgar Square wurde von der Polizei auf 100 000 geschätzt. Um nur das Geringste zu sagen, es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß der Ostermarsch 1962 kleiner sein wird. Und, obgleich nichts an den Ostermarsch heranreicht, alle Demonstrationen für nukleare Abrüstung — andere Märsche, Sitzstreiks, Proteste vor den Botschaften wegen nuklearer Tests — finden die Unterstützung von Tausenden.

Die politischen Parteien würden, natürlich, allzu gern die Formel wissen. Es ist jetzt Jahre her, daß irgendeine von ihnen den Trafalgar-Square gefüllt hat: Die letzte solche Gelegenheit war die Veranstaltung der Labour-Party gegen Suez 1956. Selbst in Nachwahlen, wenn man einige örtliche Temperatursteigerungen in der Politik erwarten sol lte, wird ein Treffen von 100 Leuten als ausgezeichnet angesehen, und ein national bekannter Parteiführer muß oft vor einer Zuhörerschaft von einem Dutzend sprechen.

Der Kontrast ist am größten, wenn man an die jüngere Generation denkt. Selbst die Kartei-Stärke der Jungen Sozialisten (ganz zu schweigen von ihrer aktiven Stärke) ist geringer als die Zahl der jungen Leute, die von Aldermaston nach London marschieren.

Woher denn kommen sie alle? Die Menschen der Nachkriegs-Generation haben eine ziemlich präzise Vorstellung von dem angemessenen Status dieses Landes in der Welt. Sie klammern sich nicht an die Idee einer Großmacht England, die in der Lage ist, ihren Willen mit Waffengewalt durchzusetzen; diese frühere Wirklichkeit, von der sich zu trennen für ältere Leute so hart ist, ist eine, die sie nie gekannt haben. Die Vorstellung, daß England Atomwaffen haben sollte, um Gleichheit mit Amerika und Rußland zu beanspruchen, erscheint ihnen absurd, oder gar pathetisch. Aber zur gleichen Zeit glauben sie, daß England sich die Kraft bewahrt hat, eine unabhängige Politik zu verfolgen, die Geschehnisse in der Welt zu beeinflussen; und dies ist genau das, was die gegenwärtige Regierung, mit der Unterstützung der offiziellen Opposition, nicht glaubt.

So betrifft der erste große Gegensatz zwischen den Marschierern für eine nukleare Abrüstung und der offiziellen Ansicht die Beziehungen mit Amerika. Konservative beschweren sich immer über amerikanische Politik. Und tatsächlich ist kein Anti-Amerikanismus so bitter wie der Anti-Amerikanismus der Rechten; in ‚respektablen' Kreisen gehört es zum guten Ton, zu erklären, daß Amerikaner wie Kinder seien, keine politische Urteilsfähigkeit hätten, rücksichtslos seien, und so weiter. Dennoch, wenn Entscheidungen getroffen werden müssen, dann muß England immer mit der amerikanischen Politik und den amerikanischen strategischen Plänen konform gehen, von denen wir sehr wohl wissen, daß sie verkehrt, von denen wir manchmal sehr wohl wissen, daß sie lebensgefährlich sind. An dieser Kombination von böswilligem Genörgel und serviler Unterwürfigkeit nimmt die klarsichtige jüngere Generation wegen ihrer offensichtlichen Heuchelei Anstoß.

Der andere Widerspruch betrifft die Haltung, die man Rußland gegenüber einnehmen soll. Die Zeit, da die Russen mit ihren berühmten ‚zweihundert Divisionen' angeblich jederzeit im Begriff waren, ‚einzumarschieren' und West-Europa zu ‚übernehmen' — diese Zeit, wenn es sie jemals überhaupt gegeben hat — ist vorbei. Für die jüngere Generation ist die „russische Bedrohung" eine Schallplatte, die man zu oft gespielt hat. Sie sieht die Sowjetunion weder als Engel noch als Teufel, sondern als einen anderen National-Staat, mit dem gute Beziehungen zu unterhalten England ein klares Interesse hat, der vernünftigerweise keinen Krieg wollen kann, und der ohne Zweifel seine eigenen inneren Sorgen hat. Irgend etwas muß deshalb verkehrt sein mit den Politikern, die keine Haltung gegenüber Rußland einnehmen können, die nicht von Furcht gezeichnet ist.

Diesen jungen Leuten erscheint die Regierungspolitik in erster Linie dumm und unrealistisch; dann zeigt sie einen bedauernswerten Mangel an Vertrauen auf Englands Möglichkeiten, eine unabhängige Politik zu verfolgen; und, drittens, scheint sie ausgesprochen unehrlich zu sein. Ein Beispiel dieser Unehrlichkeit war die offizielle Einstellung zur Wiederaufnahme der Atom-Versuche.

Als die russischen Tests vom letzten Oktober von konservativen und Labour-Führern in Wendungen frommen Entsetzens verurteilt wurden, ahnte die Art junger Leute, die von Aldermaston marschieren, klugerweise, daß dieses Entsetzen seine Grenzen haben würde. Sie sahen voraus, daß diese Politiker Gründe finden würden, Amerika zu gegebener Zeit bei der Wiederaufnahme von Versuchen zuzustimmen. Und so ist es auch gekommen.

Wären die Leute so einfältig, wie ihre Herrscher es erhoffen, dann hätten die russischen Versuche — die sicherlich niemand in England zu rechtfertigen bereit war — eine Welle der Unterstützung für die offizielle Politik erzeugt. In Wirklichkeit haben die Versuche die ‚Campaign for Nuclear Disarmament' erneut gestärkt. Mitgliedschaft, die Teilnahme an Veranstaltungen und der Verkauf von Schriften stiegen auf eine Höhe, die selbst die Organisatoren der ‚Campaign' in Erstaunen versetzte. Jetzt, mit der nahen Möglichkeit amerikanischer Tests (auf britischem Territorium) hat es einen weiteren Ansturm ähnlicher Art gegeben. Der Grund dafür ist, daß nur die, die allen Versuchen und allen Atomwaffen, wo auch immer, widerstehen, glaubwürdig mit reinen Händen dastehen.

All dies hat viel mit politischer Moral zu tun: Die Marschierenden wissen, ohne scheinheilig zu sein, daß ihre Auffassung moralisch gefestigter ist als die der Regierung. Es hat auch viel mit dem Gebrauch des Verstandes zu tun — der natürlich nicht ohne Gefahr von der Moral getrennt werden kann. Die Ablehnung atomarer Waffen bedeutet die Ablehnung brutaler Gewalt — seit Jahrhunderten das stärkste der Argumente, in unserem Zeitalter aber nutzlos geworden, gerade weil es zu überwältigend ist. Wenn wir erst einmal aufhören, unsere Handlun-

gen auf der Gewalt zu begründen, dann haben wir die größere Notwendigkeit, eine vernünftige Politik ehrlich auszuarbeiten; in der Tat, wir haben keine andere Wahl. Wenn wir nicht das Risiko akzeptieren können, daß ein gegebenes Problem in einen Krieg ausarten könnte, dann müssen wir die Last auf uns nehmen, es zu lösen. Die neue Stimmung war auf einem handgemalten Plakat des ersten Aldermaston-Marsches zusammengefaßt; es lautete: „Stop and Think", H a l t e a n u n d d e n k e n a c h !

Denjenigen, die gegen den Atomkrieg protestieren, wirft man manchmal vor, gleichzeitig auch zu denen zu gehören, die für die Befreiung vom Kolonialismus eintreten, die einen Boykott südafrikanischer Waren fordern, um die Ablehnung der Apartheid zu demonstrieren, die für die Aufhebung der Todesstrafe eintreten, und die in der Tat aktiv an einem Dutzend verschiedener Bewegungen beteiligt sind. Dieser ‚Vorwurf' beruht auf Tatsachen. Heutzutage haben sich die jungen Menschen eine einheitliche Schau der Welt erworben, die sich in bestimmten Prinzipien ausdrückt, anwendbar auf verschiedene Situationen. Die alte Gewohnheit, jede Lage für sich zu betrachten, ohne Bezugnahme auf Prinzipien, ist genau das, was uns bei den Berufs-Politikern befremdet. Sie ist schlimmer als Unbeständigkeit, sie ist moralisches und geistiges Chaos. Und darunter haben wir lange genug gelitten.

P e t e r L u s t , M o n t r e a l

Kanada und die Neutralität

„Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß Kanada die wirtschaftlichen Beziehungen mit Castros Kuba abbricht!" Diese Äußerung Arthur Schlesingers, eines Wortführers der Regierung Kennedy, fiel während einer kürzlichen Rede in Montreal. Das Erstaunliche an diesen Worten war nicht die Tatsache, daß sie geäußert wurden — denn sie spiegelten die öffentliche Meinung weiter amerikanischer Kreise wieder. Das Überraschende an dieser vor einer kanadischen Studentengruppe gehaltenen Rede war die Tatsache, daß sie mit Pfeifen, Pfui-Rufen und Gelächter seitens der Studenten empfangen wurde.

Viele Jahre lang hatte die amerikanische Öffentlichkeit Kanada einfach für einen zwar nicht verwaltungstechnischen, wohl aber kulturellen und politischen Teil der amerikanischen Union gehalten. Und in mancher Beziehung war diese Auffassung berechtigt: Seit der Verkündiung des Statuts von Westminster, welches Kanadas enge Verbindung mit dem britischen Reiche beendete und es zu einer selbständigen Nation machte, war Kanada mehr und mehr in den Bannkreis Washingtons gezogen worden. Amerikanische Heereskontingente operierten im Norden Kanadas ohne Mitarbeit oder Erlaubnis Ottawas. In manchen Gebieten Kanadas durfte kein Kanadier, nicht einmal ein Kabinettsmitglied, ohne Erlaubnis des amerikanischen Heeres reisen. Die DEW (Distant Early Warning) Line, welche sich über den ganzen kanadischen Norden erstreckte und das Land vor sowjetischen Angriffen schützen sollte, wurde nur von amerikanischen Soldaten gehalten. Amerikanisches Anlagekapital war seit 1945 in erschreckenden Mengen nach Kanada abgewandert, so daß laut Statistik der Royal Bank of Kanada am 1. Januar 1961 amerikanisches Kapital 89 % des kanadischen Erdölvorkommens, 73 % der

kanadischen Stahlproduktion, 69 % der kanadischen Schwerindustrie und 71 % der leichteren Industrie kontrollierte. Von allen kanadischen Aktiengesellschaften befanden sich an diesem Tage 64,8 % in ausländischem (davon 61,9 % in amerikanischem) Besitz.

Aber noch einschneidender als die wirtschaftliche Lage war die kulturelle Situation: Eine kanadische Filmindustrie gab es (mit Ausnahme eines kleinen Studios, das nur Kurzfilme produzierte) überhaupt nicht. 97 % aller in Kanada gezeigten Filme kamen aus Hollywood. Die Lage in der Fernsehindustrie war ähnlich: Von 317 Unterhaltungsprogrammen kamen 210 aus den Vereinigten Staaten. Kanada besaß vier illustrierte Wochenzeitungen: MacLean, Saturday Night, Liberty und Montrealer. Jedoch 88 % aller in Kanada verkauften illustrierten Wochenzeitungen kamen entweder aus Amerika oder waren speziell in Kanada gedruckte Ausgaben amerikanischer Wochenzeitungen (Readers Digest, Time Magazine und vier andere).

Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, daß Kanada nicht völlig amerikanisiert wurde. Jedoch war dies nicht der Fall. Bereits im Jahre 1950 stellte der amerikanische Senator McCarran im US-Senat mit Bedauern fest, daß „nicht genug Kanadier die Gefahr des internationalen Kommunismus begriffen" hätten. Senator McCarran und sein Kollege Senator Jenner waren nach Kanada gekommen, um ein ehemaliges Mitglied der sowjetischen Botschaft, das in Kanada um Asyl nachgesucht hatte, zu verhören. Bei dieser Gelegenheit hatte Senator Jenner in einer öffentlichen Radiodebatte vorgeschlagen, Kanada solle formell ein Teil der amerikanischen Union werden.

Der Entrüstungssturm, der sich darüber in Kanada erhob, war das erste Anzeichen dafür, daß ein Großteil der kanadischen Bevölkerung frei, unabhängig und neutral sein wollte.

Zwei Jahre später gründete der bekannte kanadische Schriftsteller Farley Moffat, dessen Werke über den kanadischen Norden „bestsellers" geworden waren, ein „Komitee für die Neutralität Kanadas". Das Moffatkomitee konnte sich vor Post, Beitrittsanträgen und Spenden kaum retten. Wenige Wochen nach ihrer Gründung war die „Bewegung für kanadische Neutralität" ein wichtiger Faktor im öffentlichen Leben geworden.

Im Jahre 1957 war der schwelende Ärger der Bevölkerung über Kanadas Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten so sehr gewachsen, daß in den nationalen Wahlen die Liberale Partei (seit 22 Jahren Regierungspartei), die für die wirtschaftliche und kulturelle Amerikanisierung für verantwortlich gehalten wurde, entscheidend besiegt wurde. Die siegreichen Konservativen hatten vor den Wahlen gegen die Amerikanisierung des Landes stark Stellung genommen. Aber nach den Wahlen brachen die Konservativen ihre Wahlversprechen, und der neue Ministerpräsident, John Diefenbaker, vereinigte die kanadische Landesverteidigung mit der Amerikas; das Resultat war die Befehlsgruppe „NORAD", welche ihr Hauptquartier in Colorado Springs, USA, hatte. Dies führte zu der absurden Lage, daß in Kanada kein Schuß abgegeben werden konnte, der nicht zuvor von Colorado Springs genehmigt war. Umgekehrt aber hatte der Generalstab in Colorado Springs das Recht, Wasserstoff- und andere Kernwaffenbomben zum Kampf über und in Kanada ohne Genehmigung des kanadischen Parlaments einzusetzen. Gleichzeitig mußte Ministerpräsident Diefenbaker in einer aufregenden Parlamentsdebatte zugeben, daß amerikanische Flugzeuge oft Kernbomben über kanadisches Gebiet transportierten.

Zwei Monate nach dieser Debatte fanden zwei Ereignisse statt, welche die kanadische Öffentlichkeit in hellen Aufruhr versetzten und die Debatte „Krieg oder Frieden" in alle Bevölkerungsschichten trugen: 1. Das modernste in Kanada

selbst hergestellte Kampfflugzeug war der „Avro-Arrow" gewesen, das von der Flugzeugfirma A. V. Roe gebaut wurde. Die Regierung Diefenbaker ordnete die sofortige Einstellung dieses Flugzeugbaues an und gab bekannt, daß statt dessen die amerikanischen „BOMARC" Missils in Betrieb genommen würden. Die „Bomarcs" waren mit Atomköpfen ausgestattet. 2. Der kanadische Journalist James A. Minivie veröffentlichte sein Werk „Canada: Peacemaker or Powdermonkey", in welchem er ganz offen bekannte, Kanada könne der Menschheit am besten durch strikte Neutralität dienen.

Minivies Buch wurde über Nacht zu einem „bestseller". In allen Zeitungen, Klubs, Bars, Straßenbahnen und Bussen sprach man wochenlang von nichts anderem. Minivies Ideen schlugen wie ein zündender Blitz ein, denn sie erreichten weite Bevölkerungsschichten, die sich für Farley Moffats Bewegung kaum je interessiert hätten. Die großen kanadischen Zeitungen, vor allem der „Montreal Star" und der „Toronto Globe-Mail", mußten mit Erstaunen feststellen, daß Neutralismus die Phantasie des ganzen Volkes erfaßt hatte. Eine Prüfung der Leserbriefe von 63 kanadischen Tageszeitungen stellte fest, daß über 70 % aller Briefschreiber mit den Ideen Minivies übereinstimmten.

Die Kontroverse des „Avro-Arrow" gegen „Bomarc" entwickelte sich zu einer Debatte zwischen den Friedensfreunden und den Befürwortern einer Aktivpolitik im Kalten Kriege. Die Neutralisten wiesen auf die Tatsache hin, daß die „Bomarc" sich nur für Kernwaffen eigne und selbst in den Vereinigten Staaten noch unerprobt sei. Nach sechs Monaten überholten die Ereignisse diese Debatte: Die amerikanische Armee stellte die Produktion der „Bomarc" ein, weil sie bei zehn Versuchen acht Fehlzündungen hatte. Leider konnte Kanada die Produktion des „Arrow" nicht wieder aufnehmen, weil inzwischen das gesamte technisch geschulte Personal der Firma A. V. Roe nach den Vereinigten Staaten abgewandert war.

Als die Castro-Regierung in Kuba zur Macht kam, stand die Mehrheit des kanadischen Volkes auf Seiten der neuen Regierung. Kanada war eines der wenigen Länder, in welchen es nie eine größere faschistische Bewegung gegeben hatte und das prinzipiell gegen alle rechtsgerichteten Diktaturen stand. Deshalb hatte die Regierung Batista eine schlechte Presse in Kanada, und Castros Sieg wurde von den meisten Kanadiern mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Als sich die Spannung zwischen der Castro-Regierung und den Vereinigten Staaten zu entwickeln begann, bat die amerikanische Regierung Ottawa, den Handel mit Kuba abzubremsen. Diefenbaker hätte gerne die amerikanische Forderung erfüllt, aber dies hätte für ihn politischen Selbstmord bedeutet; weil er sich keinerlei Illusionen über die öffentliche Meinung Kanadas hingab, wurde der Handel mit Kuba uneingeschränkt fortgeführt, und die Kubafrage wurde zu einer der wenigen Fragen, in welcher sich die kanadische Regierung nicht dem Diktum Washingtons gebeugt hat.

Als die Vereinigten Staaten vor einem Jahr versuchten, Castro mit Waffengewalt zu stürzen, gab es in Kanada beinahe keine Stimmen, welche diesen Versuch Washingtons billigten. Eine Prüfung der Leserbriefe von 57 kanadischen Zeitungen ergab eine pro-kubanische Mehrheit von 87 % aller Briefe. Die Meinung der kanadischen Radio- und Fernsehpersönlichkeiten war am schärfsten in den beißenden Kommentaren von Leslie Roberts vertreten, der seinen gesprochenen Leitartikel „No Gun-boat diplomacy against Cuba" viermal wiederholen mußte.

Die öffentliche Meinung Kanadas hat die pro-amerikanische Regierung Diefenbaker zu Schritten gezwungen, welche sie bestimmt nicht gerne unternommen hat: So stimmte zum Beispiel die kanadische Delegation bei den United Nations

für den sogenannten „schwedischen Plan", den vom schwedischen Außenminister Undén eingebrachten Vorschlag, es sollen sich alle Staaten ohne Kernwaffen zusammentun, um deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Pfui-Rufe seitens des amerikanischen Publikums, das den Ausführungen auf den Balkonen der UN beiwohnte, waren Kanadas Belohnung für diese „unamerikanische" Einstellung.

Eine Untersuchung der Friedenskräfte im heutigen Kanada wäre nicht komplett, würde ich nicht auch der „Anti-Atomklubs" gedenken, selbst wenn sie nicht im selben Maße im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen wie das „Komitee der Hundert" in England. Denn Kanada fehlt die überragende Persönlichkeit eines Lord Bertrand Russell.

Der Klub „Chapter for the Control of Nuclear Hazards", abgekürzt CCNH, ist mit einer Mitgliederzahl von 80 000 über ganz Kanada organisiert (für ein Volk von nur 18 Millionen eine nicht allzukleine Ziffer). Dieses „Chapter" hat Demonstrationen vor den Konsulaten und Botschaften aller vier Atommächte abgehalten und erzielte einen nationalen Erfolg, als vor etwa drei Monaten fünfzig Professoren der McGill-Universität in Montreal (Kanadas größter und angesehenster Hochschule) einen Offenen Brief an Ministerpräsident Diefenbaker sandten; darin baten die Professoren (über drei Viertel des gesamten Lehrkörpers), daß Kanada keinerlei Atomwaffen auf seinem Gebiet dulden und sich als Vermittler zwischen Ost und West betätigen solle.

Dem „Chapter" angeschlossen ist die Muttervereinigung „Mothers for Peace", welche mit Kindern und Babys auf dem Dominionsquare in Montreal eine Protestversammlung gegen Kernwaffen abhielt.

Nicht mit der Mutterorganisation zu verwechseln ist die Frauengruppe „Women for peace", welche über 100 000 Mitglieder, über ganz Kanada verteilt, besitzt. Die Gruppe erzielte einen Erfolg, als sie einen Brief von Frau Nina Chrustschow, der Gattin des sowjetischen Staatschefs, erhielt, worin sie sich für völlige Abrüstung einsetzte. Am Aschermittwoch, dem 7. März 1962, mietete die Vereinigung einen Zug von Montreal nach Ottawa, wo sie Ministerpräsident Diefenbaker eine Bittschrift gegen Kernwaffen überreichte. Diefenbaker empfing die Delegation freundlich (es waren über 800 Frauen gekommen, obwohl nur 200 erwartet wurden), stellte jedoch fest, daß Kanada im Verlaufe des Kalten Krieges auf Kernwaffen nicht verzichten könne, — die beunruhigendste Äußerung, die der Ministerpräsident je machte.

Vor vier Monaten ist eine neue Organisation gebildet worden, das „Peace Research Institute". In diesem Institut arbeiten die Mitglieder (welche sich aus den Reihen der kanadischen Universitätsprofessoren zusammensetzen) ehrenamtlich, um Probleme des Friedens wissenschaftlich zu erforschen. Bei einer kürzlichen Ansprache vor diesem Institut stellte der bekannte amerikanische Gelehrte und Nobelpreisträger Dr. Linus Pauling fest, daß man die Probleme der Friedenserhaltung ebenso wissenschaftlich exakt erforschen müsse wie alle anderen wichtigen menschlichen Probleme. In den wenigen Monaten seit seiner Gründung hat das „Institut", wie es kurz genannt wird, über hundert wissenschaftliche Schriften veröffentlicht, über sechshundert öffentliche Vorträge gehalten und die Stimmung des kanadischen Volkes weitestgehend beeinflußt.

Gäbe es eine Volksabstimmung darüber, ob Kanada Atomwaffen haben solle oder nicht, würde eine überwältigende Mehrheit gegen Atomwaffen stimmen. Eine ähnliche Frage über kanadische Neutralität würde gleichfalls eine riesige Menge von Wählern anziehen. Trotzdem ist die Zukunft der kanadischen Neutralität ungünstig. Der Grund liegt im kanadischen Partei- und Wahlsystem: Kanada besitzt zwei große Hauptparteien (wie England). Die dritte Partei („new democratic Party") hat kaum eine Möglichkeit, gewählt zu werden. Beide Parteien

werden mit der Washingtoner Allianz identifiziert. Zwar redet die jeweilige Oppositionspartei immer kurz vor den Wahlen von einer „Befreiung Kanadas vom amerikanischen Einfluß" (wie es z. B. Diefenbaker vor den Wahlen von 1957, die ihm den Sieg brachten, tat), aber kaum sind sie gewählt, wird die Allianz mit Washington fortgesetzt. Der Grund liegt in der Geographie und Wirtschaft Kanadas:

Kanada teilt eine 4000 Meilen lange Landgrenze mit den Vereinigten Staaten, die im Ernstfall keine zwei Minuten lang verteidigt werden könnte. Kanadas Außenhandel wird zu 68 % im Export und zu 71 % im Import mit den Vereinigten Staaten geführt. Wäre der Handel mit Amerika unterbunden, würde Kanada innerhalb weniger Monate jämmerlich verhungern; und so wird leider der Mehrheitswille der Kanadier unerfüllt bleiben. Wer immer auch in den Wahlen im kommenden Sommer an die Macht kommt, wird weiter mit den Vereinigten Staaten paktieren, wird weiter amerikanische Atomwaffen anfordern und wird weiter als Bauer auf Amerikas Schachfeld stehen. Denn die Befriedung der westlichen Halbkugel kann nur durch die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten, nicht Kanadas, erfolgen.

Trotzdem wäre es falsch, Kanadas Friedenskräfte zu unterschätzen. Die große Anzahl von prominenten Kanadiern, die den Frieden wollen, hat einen bremsenden Effekt auf die Planer des Kalten Krieges; und wenn es jetzt auch noch nicht möglich ist, Kanadas Friedensliebe mit politischer Kraft im Spiel der Weltkräfte anzusetzen, wird es vielleicht den überzeugten und überzeugenden Wortführern der neutralen Bewegung gelingen, die „Großen" der Welt zum Nachdenken zu bewegen. Und logisches Denken führt immer zum Frieden, nie zum Kriege. Dies ist die Bestimmung der kanadischen Friedensgruppen.

Kurt R. Großmann, New York

„Antideutsche Welle" oder Ernüchterung in USA?

Es ist nicht das erste Mal — und wird wahrscheinlich nicht das letzte Mal sein, daß in angesehenen oder weniger angesehenen westdeutschen Zeitungen und Wochenschriften Artikel erscheinen wie z. B. der von Christopher Emmet in „Die Zeit" vom 26. Januar 1962 unter der Überschrift „Deutschenhetze verkauft sich gut". Die neue Welle der Berichterstattung in Deutschland über eine angebliche „antideutsche Kampagne" in den Vereinigten Staaten begann in der angesehenen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 21. Dezember mit einem Artikel ihrer New Yorker Korrespondentin, Sabina Lietzmann, unter dem Titel „Laßt doch die Deutschen weinen", worin sie vor „gefährlichen Deutschland-Klischees" warnte. Obgleich sie in einem Nebensatz hinzufügte, daß die öffentliche Meinung der USA Deutschland gegenüber nicht von Deutschenhaß bestimmt sei und daß die Stimmen, „die uns des unverbesserlichen Hitlerismus zeihen, aufgewogen werden durch andere, die der jungen deutschen Demokratie Glauben und Vertrauen schenken", hat dieser Artikel zum eigenen Bedauern der Verfasserin dazu geführt, daß Magazine wie „Stern" (Hamburg) oder „aktuell" (München) in groß aufgemachten, es mit der Wahrheit nicht immer genau nehmenden Artikeln ihrem vielleicht nicht zu kritischen Publikum erzählen, was alles in der „Giftküche USA" gegen das deutsche Volk gebraut wird.

„ANTIDEUTSCHE WELLE" ODER ERNÜCHTERUNG IN USA?

In der „Welt" vom 27. Januar 1962 warnt Hans Zehrer die Amerikaner in einem Artikel unter der Überschrift „So einfach geht es nicht"; darin heißt es unter anderem, ein Volk könne sich von seiner Geschichte nicht lösen, weder im Guten noch im Bösen. „Wir haben es nach 1945 erfahren, und wir erfahren es heute, fast 17 Jahre danach, wenn das Böse in unserer Geschichte draußen wieder aufsteigt und gerade in Amerika auf dem Büchermarkt zu sensationellen Erfolgen führt. Es hat wenig Sinn, uns gegen diese antideutsche Welle, die uns plötzlich in führenden Geschichtswerken, Dutzenden von Taschenbüchern, Broschüren, Pamphleten und Filmen gleichsam vom Rücken her überrollt, zur Wehr zu setzen und nachzuweisen: so war es nicht oder ganz so war es nicht. Vielleicht kommen die Leser oder Zuschauer irgendwann mal selber darauf, Schlußfolgerungen für das heutige Deutschland zu ziehen, die nicht ganz der undurchsichtigen Tendenz dieser Propaganda entsprechen . . ."

Ich teile Zehrers Auffassung „so einfach geht es nicht", aber meine Schlußfolgerungen und Auffassungen sind den seinen sicher diametral entgegengesetzt. Beginnen wir damit, die Frage zu beantworten, ob es in den Vereinigten Staaten überhaupt eine antideutsche Hetzkampagne gibt. Diese Frage kann mit einem klaren und unmißverständlichen Nein beantwortet werden. Kürzlich hatten zehn junge Westberliner bei einer 17tägigen Reise durch die Vereinigten Staaten Gelegenheit, in New York, Washington, Chicago und anderen Städten mit vielen Menschen zu sprechen und ihr Berliner Anliegen vorzutragen. Auf der Pressekonferenz, einen Tag vor ihrer Rückreise, erzählten sie von ihren Erfahrungen. Auf meine Frage, ob eine „antideutsche Kampagne" in ihren vielen Kontakten erkennbar gewesen sei, antworteten sie nicht nur verneinend, sondern im Gegenteil, sie sprachen von der Sympathie, die man ihnen überall entgegengebracht habe.

Ich habe in den letzten Wochen Buchhändler für deutschsprachige Literatur, Reiseagenten mit Kundschaft für Deutschland, Universitätsprofessoren, Journalisten, die Deutschland besuchen, wissensdurstige Diplomaten und Kolumnisten — unter ihnen Max Lerner — befragt, und alle waren darin einig: es gibt kein Anzeichen für eine Deutschenhetze. Bei einem Pressegespräch hiesiger deutscher Korrespondenten wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß man von einer Verschärfung einer antideutschen Stimmung, die in den letzten Wochen stattgefunden hätte, nicht sprechen könne. Ein erfahrener Journalist wie z. B. Kurt Kersten schrieb u. a. im „Aufbau", der repräsentativen Wochenzeitung der jüdischen Einwanderer aus Deutschland:

> „Eine bemerkenswerte antideutsche Strömung hat es in den letzten Jahren nicht mehr gegeben, geschweige daß man heute von einer organisierten antideutschen Kampagne sprechen dürfte. Selbst der Eichmann-Prozeß hat keine Verschärfung antideutscher Stimmungen zur Folge gehabt."

Natürlich würde sich eine antideutsche Hetzkampagne zuerst auf wirtschaftlichem Gebiet bemerkbar machen. Wirtschaftszyklen repräsentieren ein unangreifbares Barometer vorherrschender politischer Stimmungen. In der Tat war es schwierig, in den ersten Nachkriegsjahren hier deutsche Produkte zu verkaufen. Heute überzeugt ein Besuch in einigen unserer Warenhäuser und Spezialgeschäften, wie sehr deutsche Erzeugnisse sich den Markt in USA erobert haben; gleichgültig, ob es sich um Meißner oder anderes Porzellan, Henckels-Stahlwaren, Spielzeug von Steiff, das berühmte Kölner „4711", hunderte verschiedener pharmazeutischer Produkte, Grundig, Telefunken, Braun mit ihren Grammaphonen, Diktiermaschinen, Olympia-Schreibmaschinen, Pfaff-Nähmaschinen usw. handelt. Alles das wird mit intelligenten Reklameplakaten oder Annoncen angeboten und gekauft. So auch der Volkswagen, der an 12. Stelle der gängigsten Automarken in

USA steht. Die Deutsche Lufthansa hat ihre Büros in die Fifth Avenue verlegt, um ihrer wachsenden Kundschaft näher zu sein. Von 1959 bis 1961 sind deutsche Waren im Werte von 2 645 Mill. Dollar, gleich 10,5 Mrd. DM, nach USA gekommen und haben ihre Käufer gefunden.

Die einzige politische Gruppe, der eine antideutsche Kampagne willkommen wäre, wären die Kommunisten; aber sie haben nicht den genügenden Einfluß und auch nicht die Mittel, eine solche zu organisieren. Es gibt auch heute keine Persönlichkeit auf der extremen Linken, die sich trotz fellow-traveller-Neigungen in der unabhängigen Presse ein gewisses Gehör verschaffen könnte. Man fragt sich vielmehr umgekehrt: Wem nutzt die Kampagne einer angeblichen antideutschen Hetze in USA? Von wem geht sie in Deutschland aus, und steht nicht die Enttäuschung darüber, daß die Vereinigten Staaten gewisse Fakten wie z. B. die Teilung Deutschlands, die Mauer und andere hinnehmen, mit ihr in Verbindung? Man kann, wenn man die „USA-Giftküchen-Artikel" in deutschen Druckerzeugnissen liest, nicht den leisen Verdacht der Haltet-den-Dieb-Theorie loswerden.

Wir müssen notwendigerweise einen Augenblick bei den Quellen verweilen, auf die sich die Artikelschreiber über eine angebliche antideutsche Hetzkampagne in USA berufen. Herr Zehrer hat von „führenden Geschichtswerken, Dutzenden von Taschenbüchern" usw. gesprochen. Wer die Artikel im „Stern", die im Januar erschienen, gelesen hat, wird Photomontagen mit Anti-Nazi-Tendenz gesehen haben, die einige von uns vergeblich auch hier zu finden suchten. Wie sie in dieser Form in den „Stern" gekommen sind, könnten natürlich nur die beantworten, die sie aus den Vereinigten Staaten als Beweisstück angeblicher antideutscher Kampagne nach Hause gebracht haben.

Sabina Lietzmann wiederum setzt sich mit dem Problem durchaus ernsthaft, aber dennoch mangelhaft auseinander, indem sie aus einem Artikel von William L. Shirer, der Weihnachten im LOOK-Magazine erschien, zitiert, welcher auszumalen versuchte, was geschehen wäre, wenn Hitler Amerika erobert hätte. In ihrem Aufsatz sagt Sabina Lietzmann:

> „Möglicherweise aber erscheint vielen Amerikanern der Gedanke gar nicht so abwegig wie dem deutschen Leser. Shirer selbst, der nach dem Erfolg seines Buches über das Dritte Reich beim breiten amerikanischen Publikum als Autorität für Deutschland gilt, verkündet seit Monaten in der Öffentlichkeit, daß die Deutschen nach wie vor unverbesserliche Nazis sind."

Das stimmt nicht, weil Shirer auf die deutsche Jugend Hoffnungen setzt. Als ein zweites Beweisstück dient das Buch von T. H. Tetens, „The New Germany and the old Nazis", von dem Sabina Lietzmann schreibt:

> „Man könnte dieses ebenso gehässige wie bis zur Komik törichte Werk mit Stillschweigen übergehen, wäre es nicht im angesehenen New Yorker Verlag Random House erschienen und hätte es nicht in allen bedeutenden Zeitungen des Landes Aufmerksamkeit — wenngleich nicht durchwegs Zustimmung — gefunden ..."

Sabina Lietzmann will sich mit dem Buch nicht auseinandersetzen, weil es einem Versuch gleichkäme, „eine Ostberliner Propagandabroschüre zu widerlegen". Zwei Zeilen weiter schreibt die Journalistin allerdings, daß Tetens sich „zwar nicht auf kommunistische Quellen" berufe.

Als weitere Gründe für die angeblich in USA existierende antideutsche Welle werden neben Shirers „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" die vielen Taschenausgaben über die Naziperiode, insbesondere über den Eichmann-Prozeß, der Film „Gericht in Nürnberg" und die alten Kriegsfilme, die im Fernsehen nachts laufen, angeführt. Christopher Emmet sagt in „Die Zeit", daß diese „Kampagne in USA" „kommerzielle Hintergründe" habe, und schildert als recht typisch eine Haltung, die man heute in Amerika immer häufiger finde und die in einer angeblichen Äußerung von Eleanore Roosevelt zum Ausdruck komme: „Wir haben

Westdeutschland wirtschaftlich wiederaufgebaut, aber 80 Prozent der Deutschen in den führenden Stellen sind ehemalige Nazis. Sie sagen zwar, sie seien es nicht gewesen, und sie sagen auch, daß sie Hitler verabscheuen . . ."

In der New Yorker rechtsstehenden „National Review", die von William Buckley, einem der übriggebliebenen Anhänger des unrühmlichen Senators Joseph McCarthy, herausgegeben wird, schreibt ein früherer Linker, Norbert Mühlen, einen Artikel: „Warum die Haßkampagne gegen Deutschland?". Der Film „Gericht in Nürnberg" wird von ihm als ein „historischer Schreckensfilm" bezeichnet, und er geht sogar so weit, zu erklären, daß in einer amerikanischen Buchhandlung heute mehr Hakenkreuze zu finden seien als auf Hitlers Reichsparteitagen.

Die Frage einer antideutschen Welle hat in der deutschen Presse bereits im Vorjahre (1961) eine Rolle gespielt. Kurzfristige deutsche Besucher der Vereinigten Staaten erklärten bei ihrer Heimkehr, „antideutsche Gefühle seien im Wachsen begriffen", und behaupteten, daß dieser Eindruck auf Grund von Gesprächen mit Amerikanern „aller Schichten" gewonnen worden sei. Die „antideutsche Welle in USA" begann mit den Hakenkreuzschmierereien 1959 in Köln und intensivierte sich, als bekannt wurde, daß Deutschland militärische Stützpunkte in Spanien zu erhalten suche, und vor allem als die Deutschen sich weigerten, einen konstruktiven und nachhaltigen Beitrag zur Zahlungsstabilität zu leisten.

Der Chefreporter der „Süddeutschen Zeitung", Hans Ulrich Kempski, der Willy Brandt bei seiner Amerika-Reise im März 1961 begleitete, schrieb allerdings:

„Zu dieser Stunde ist Willy Brandt sich längst darüber klargeworden, daß die Alarmmeldungen über die antideutsche Stimmung in Amerika beträchtlich übertrieben sind. Gewiß, es gibt hier eine kleine, ungemein agile Gruppe von unversöhnlichen Deutschenhassern, deren Tätigkeit gerade in New York dazu angetan sein mag, auch Leute mit wachem Wirklichkeitssinn zu narren. Sie lassen zur Zeit alle propagandistischen Minen spingen, um glaubhaft zu machen, daß sich in Deutschland seit 1945 im Grunde nichts geändert habe und daß Eichmann somit als Stellvertreter für das ganze deutsche Volk vor Gericht stehe . . .

Die Eindrücke diese Reisen lassen jedoch erkennen, daß von Deutschfreundlichkeit als einem verbreiteten Empfinden nicht die Rede sein kann. Tatsache ist, daß der Durchschnittsamerikaner alle Vorgänge in Deutschland mit zunehmendem kritischem Interesse verfolgt, daß sich also ein Wandel in der Betrachtungsweise vollzogen hat. Es scheint, als bahne sich hier ein mehr versachlichtes Verhältnis an, zu dem es irgendwann einmal kommen mußte, nachdem sich die Metamorphose der Deutschen vom Inbegriff alles Hassenswerten zu demokratischen Musterschülern vollzogen hatte. Mit der bisherigen Liebetuerei ist es also wohl am Ende."

Soweit Kempski im März 1961. Ein Jahr später findet im Deutschen Generalkonsulat eine Unterhaltung zwischen einem der Erfinder der antideutschen Hetzkampagne und einem hohen Beamten des Konsulats statt, von der man weiß, daß sie recht heftig verlaufen sein soll. Wie konnte ein so törichter Artikel überhaupt geschrieben werden? Das New Yorker Generalkonsulat berichtet nach Bonn, daß Artikel über angebliche antideutsche Kampagnen „hier" nur schaden können, weil zu befürchten ist, daß diese zur Erwiderung in amerikanischen Blättern und Zeitschriften und damit wirklich zu einer antideutschen Stimmung führen könnten. Man weist auch darauf hin, daß in einer Meinungsumfrage des Dr. Gallup, ob die Amerikaner, wenn notwendig, für Berlin kämpfen würden, 75 Prozent sich dafür erklärt hätten. In der Park Avenue, wo das Deutsche Generalkonsulat und das Deutsche Informationsbüro gelegen sind, fühlt man ein deutliches Unbehagen darüber, daß bestimmte rechts-extreme Kreise in den Vereinigten Staaten sich des Phantoms einer antideutschen Welle bemächtigen und damit das politische Equilibrium deutsch-amerikanischer Beziehungen in Unordnung bringen könnten.

*

Um das Problem deutsch-amerikanischer Beziehungen ernsthafter zu beurteilen, muß man sich notwendigerweise einiger geschichtlicher Tatsachen erinnern, die mit dem Ersten und Zweiten Weltkriege zusammenhängen. Zweimal hat Amerika Hunderttausende seiner Menschen und Milliarden Dollars geopfert, um Deutschland besiegen zu helfen, dessen Machthaber das deutsche Volk zweimal in einem Menschenalter in den Krieg stürzten. Wer erinnert sich noch in Deutschland an Woodrow Wilson, den von vielen Deutschen am meisten begeiferten amerikanischen Staatsmann, obwohl gerade Wilson es war, der „eine strenge Blockade (gegen Deutschland) als eine Torheit" bezeichnet hatte und der dafür sorgte, daß der berühmte Artikel 21 der Waffenstillstandsbedingungen einen Zusatz erhielt, wonach die Alliierten und die Vereinigten Staaten von Amerika „Deutschland während des Waffenstillstandes, wenn es für notwendig befunden wird, mit Lebensmitteln versorgen" würden. Was aber ist über Wilson nicht alles an Falschem und Gehässigem in Deutschland geschrieben und geredet worden!

Als im Mai 1945 das entsetzliche Schlachten in Europa ein Ende genommen hatte, der braune Vorhang sich lüftete und die grausigen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges in ihrer ganzen Totalität und Furchtbarkeit bekannt wurden, da — wer kann sich darüber wundern? — gab es in der Welt einen gewaltigen Aufschrei der Empörung, des Schweigens und der Trauer. Die Amerikaner mit ihrer Sympathie für die Unterdrückten — the underdogs — waren voller Bitterkeit gegen die Barbarei der Jahre 1933 bis 1945, die nun in ihrer Gänze ans Tageslicht kam und die Menschen hier ehrlich erschütterte. Es war zu jener Zeit sicher eine tief begründete und, wie mir scheint, verständliche Abneigung gegen die Deutschen im allgemeinen vorhanden, denn die Stimme des anderen Deutschlands wurde nicht gehört.

Während des Zweiten Weltkrieges hat es kaum einen Ausfluß von Haß gegen die hier lebenden 6 bis 7 Millionen Amerikaner deutscher Herkunft gegeben. Ein Teil von ihnen machte aus seiner Sympathie für Hitler gewiß kein Hehl. Im Jahre 1950 z. B. fragte mich ein Besucher aus Deutschland, ein Gewerkschaftler, wann hier endlich die Denazifizierung beginnen würde. Dennoch, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, hat die Mehrheit der Deutschamerikaner glücklicherweise loyal ihre Pflicht gegenüber ihrer Wahlheimat getan.

Gewiß, in den dreißiger Jahre ertönten in den Honoratiorenstuben, wo Deutsche zusammensaßen, Heil-Hitler-Rufe, und Yorkville, im Herzen New Yorks um die 86. Straße im Osten Manhattans gelegen, wo Tausende von Deutschen wohnen, war damals eine Naziinsel geworden. Vertreter des Dritten Reiches sprachen zu den Unentschlossenen, und im Jahre 1936 füllte „Der Bund" unter der Führung von Fritz Kuhn den zwanzigtausend Personen fassenden Sportpalast Madison Square Garden. Oppositionelle oder Protestierende wurden unter dem Geheul der Massen mißhandelt, und die vor einem Jahr verstorbene bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson zerrte man buchstäblich an ihren Haaren hinaus. Die Nazifäuste der Yorkviller bekam mancher zu spüren, und ihr Stadtteil blieb für Jahre für uns Hitler-Flüchtlinge ein nicht betretbares „Feindesland".

Bei Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg saß Fritz Kuhn allerdings hinter Schloß und Riegel, und unter den rabiatesten Yorkvillern war, zumindest nach außen hin, eine wohltuende Ernüchterung eingetreten. Es gab während des Zweiten Weltkrieges bekanntlich keine Sabotage à la Papen wie im Ersten, und die größte Spionageaffäre blieb der mißlungene Versuch von acht Nazis, in dunkler Nacht am Strand von Long Island zu landen. Es war ein Amerikaner deutscher Abstammung, der diesem Spionagefeldzug ein Ende bereiten half. Die Yorkviller orientierten sich mehr und mehr auf Carl Schurz statt auf Adolf Hitler, und sicherlich wurde ihnen das durch die furchtbaren Ereignisse „in the

old country" und Deutschlands wachsende Schwierigkeiten erleichtert. Viele schämten sich zu damaliger Zeit, Deutsche zu sein.

Diese Geschehnisse muß man sich ins Gedächtnis rufen, wenn man eine ehrliche Antwort auf die Frage sucht, wie die Amerikaner zu den Deutschen stehen. Es gibt keine antideutsche Hetzkampagne hier in USA, wohl aber eine Haltung gegenüber Deutschland, und diese Haltung wird von einer Reihe von Faktoren beeinflußt. Ursache und Wirkung sind dabei die entscheidenden Elemente, die von Hans Zehrer, aber auch von Sabina Lietzmann, übersehen werden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß hier eine Anzahl von Broschüren, die sich nach allen Richtungen mit der Naziperiode, oft sehr ernsthaft, befassen, das Hakenkreuz als Blickfang tragen. Was bedeutet das aber? Es will gewiß Käufer anlocken; aber es sagt nichts über die Deutschen als Nazis oder Nicht-Nazis aus, wie das Bild einer nackten Frau auf einer bestimmten Art Literatur nicht die Mehrheit der Menschheit zu „sex maniacs" stempelt.

Wenn also diese Bücher und andere oder der Film „Gericht über Nürnberg" so große Erfolge erzielen, so muß das andere Gründe haben. Ich habe mich darüber mit Max Lerner, Professor an der Brandeis-Universität und ständiger Leitartikler der liberalen „New York Post", unterhalten. Seine Deutung geht mehr in die Tiefe als die seiner deutschen journalistischen Kollegen. Die Gründe für den relativ großen Erfolg von William L. Shirers Buch oder des preisgekrönten Buches von André Schwarz-Bart „Der Letzte der Gerechten" oder des Films „Gericht in Nürnberg" hängt nach Lerner mit dem Heranwachsen einer neuen Generation zusammen, die ungestüm fragt, was in jenen zwölf Jahren geschah und warum. Das Interesse für die zeitgeschichtlichen Ereignisse, die uns immer wieder beschäftigen, bedeutet eine durchaus begrüßenswerte Renaissance für die unsterblichen moralischen Werte der Menschheit. Und soweit Juden sich für das Schicksal ihrer während der Naziperiode umgekommenen, gedemütigten Brüder und Schwestern interessieren, bedeutet dies eine Renaissance jüdischen Selbstbewußtseins.

Vor und während des Eichmann-Prozesses habe ich oft vor amerikanischen Juden über denselben gesprochen. Das eine Mal hatte ich einen deutschen Konsul, ein anderes Mal einen Repräsentanten des Deutschen Informationsbüros als Mitreferenten. Beide Redner wurden mit Sympathie und Beifall für ihre Ausführungen belohnt. In der Diskussion wollte man meist mehr über Israel und Eichmann als über Deutschland und Eichmann wissen.

Shirers Buch, wie das von Schwarz-Bart, Kramers und Abby Manns Film, wie auch die vielen Bücher über und um Eichmann sind ein Teil der Literatur, die sich mit dem moralischen Rätsel, dem sich die heranwachsende Jugend konfrontiert sieht und mit dem sie fertig zu werden wünscht, auseinandersetzt. Ein Professor des City College in New York, der Jahrzehnte abgewandt vom Judentum gelebt hat, wurde eines Tages von dem Untergang der Juden einer Stadt in Polen informiert, in der seine Eltern gelebt hatten und in der er seine früheste Jugend verbrachte. Er schreibt z. Zt. ein Buch über diese Tragödie und reiste, „wie vom Fieber gepackt", nach Auschwitz und nach Polen in diese Stadt. Freunde kennen ihn nicht wieder, da er jahrelang kein Interesse für die jüdischen Probleme gezeigt hatte. Ich füge dieses Beispiel als einen wichtigen Beweis dafür an, wie stark die Nachwirkungen der Ereignisse von 1933 bis 1945 sind. Sie lassen sich nicht mit Wiedergutmachungszahlungen aus der Welt schaffen. Ein junger Professor der Universität des Staates Vermont, Raul Hilberg, hat ein wissenschaftliches Werk von 800 Seiten über die Vernichtung des europäischen Judentums geschrieben, das hier trotz seines Wertes bisher wenig Beachtung gefunden hat. Keiner der deutschen Korrespondenten hat sich dieses Buches angenommen, aber das oberflächliche Buch von Tetens, dem die Attribute für wissenschaftliche

Gründlichkeit fehlen, wird unter der Überschrift „Giftküche USA" in einem Teil der deutschen Presse breitgetreten und als Beweis einer nicht existierenden Deutschenhetze angeführt.

In diesem Artikel will ich nicht den Wert oder Unwert von Shirers Buch behandeln. Ein junger deutscher Diplomat erklärte mir, daß er 99 Prozent dessen, was Shirer geschrieben hat, für richtig halte. Ein anderer deutscher Kritiker schrieb:

> „Shirer schrieb die Geschichte vom Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Er schrieb sie nach bestem Wissen und Gewissen, einschließlich jener Spur von subjektivem Empfinden, die den verantwortungsbewußten Journalisten und — seien wir ehrlich — auch Historiker ehrt und auszeichnet. Daß seine Subjektivität uns wehtut, können wir getrost auf das Konto ‚Deutschland' verbuchen, das auch die mehr oder weniger zu Recht strapazierten Begriffe wie Nationalismus, Militarismus, Preußentum, Kadavergehorsam und Traditionalismus ... beinhaltet."

Das erste Heft des 10. Jahrgangs der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" in München durchbricht ihr Prinzip, „keine kritischen Einzelbesprechungen" von Büchern zu bringen, und bringt eine sehr kritische Besprechung des Shirer-Buches von Klaus Epstein, Professor der Geschichte, Brown University, Providence, R. I., der Shirer vorwirft, er habe ein Vorurteil „gegen alles Deutsche". Max Lerner dagegen ist z. B. der Auffassung, daß Shirer begründeterweise über verschiedene Entwicklungen in Deutschland besorgt ist.

Diese Besorgnis teile ich, wenn ich z. B. in einem Artikel über eine angebliche antideutsche Hetzkampagne lese, daß Shirers Buch bereits eine Auflage „von einer Million" erreicht habe, obwohl ein Anruf beim Verleger die richtige Zahl von 326 000 erbracht hätte. Ich bin besorgt, daß ein Teil der Deutschen scheinbar zwei Seelen in ihrer Brust haben, indem sie sich als D e u t s c h e beleidigt fühlen, wenn man über Deutschlands Tragödie und gegen den Nazismus schreibt und spricht. „Die Deutschen werden für Jahre damit leben müssen", sagte mir Max Lerner, denn das Naziphänomen, der Nazisadismus, die Ermordung von 6 Millionen Juden, darunter eine Million unschuldiger jüdischer Kinder, wird noch lange Zeit debattiert und beschrieben werden. Ein deutscher Bundestagsabgeordneter hat es so formuliert: „Die Welt kann nur vergessen, wenn wir Deutsche nie vergessen."

Bereits im April 1949 gab der aus seinem Amt scheidende württembergische Landesbischof Wurm das Stichwort für die geistige Haltung, die heute dazu führt, jene, die über die Nachwirkungen des Hitlerismus nach wie vor eine kritische und ablehnende Meinung haben, als Deutschenhetzer abzutun, um mit Spätzündung eine neue Dolchstoßlegende vorzubereiten. Nach all dem Blutvergießen der Hitlerjahre, all den Drangsalierungen und Demütigungen richteten z. B. die beiden Kirchenbehörden in München am 20. Juli 1946 (!) an die Besatzungsmächte einen Appell, „in den Strafgerichten gegen das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen", — oder man war erschreckt, daß führende deutsche Bankiers und Industrielle inhaftiert worden waren. Sehr bald wurden Ursachen und Wirkungen nationalsozialistischer Politik gleichgesetzt und immer wieder zur Rechtfertigung und Entschuldigung der Nazi-Ära herangezogen.

Wenn wir uns gegen die Gefahren des Totalitarismus wenden, wenn Deutschland wirklich ein demokratischer Staat werden will, so kann es das nur, wenn die Scheidung zwischen dem Gestern und dem Heute dramatisch und entschieden unter Verzicht der restaurativen Kräfte erfolgt. In einer Debatte über dieses Problem wurde mir z. B. entgegengehalten, daß die Durchsetzung des bundesdeutschen Regierungsapparates mit ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der

NSDAP („ein sehr unerfreulicher Zustand") für eine demokratische Weiterentwicklung nur dann gefährlich sei, wenn die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung in Unordnung gerate. Das würde also bedeuten, daß „das Schnitzel" über das Schicksal der deutschen Demokratie entscheidet.

Die Haltung der Amerikaner gegenüber Deutschland wird nicht von ostdeutscher Propaganda beeinflußt. Das hat die Behandlung des Falles General Adolf Heusinger bewiesen. Anscheinend begreifen viele Menschen in Deutschland nicht, daß das Faktum der Auslösung solcher Zweifel an Deutschland durch die heutige deutsche Geisteshaltung und durch Beschäftigung früherer Nazis in wichtigen Ämtern in- und außerhalb Deutschlands verursacht wird, obwohl Deutschland eine Reserve bewährter Antinazis zur Verfügung hat. Mrs. Roosevelt wird vorgeworfen, daß sie gesagt habe, achtzig Prozent der höheren Beamten im Deutschen Auswärtigen Amt seien frühere Nazis. Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte im Jahre 1952, es seien 66 Prozent. Ein deutscher Bundesminister sagte mir erst jüngst, daß er glücklich sei, in seinem Ministerium nur zehn frühere Nazis zu haben, — und setzte hinzu: „In anderen Ministerien, da sind sie wieder alle unter sich." Deutschlandhetze?

In New York gibt es ein Goethe-Haus, das der Funktion des Brückenschlagens zwischen deutschen und amerikanischen Kreisen auf kulturellem Gebiete dient. Seit über einem Jahr ist der Programmdirektor der Schriftsteller Hans Egon Holthusen, ein früherer freiwilliger SS-Mann, der im Jahre 1949 Thomas Mann der „stupiden Naivität" und „intellektuellen Falschmünzerei" beschuldigte. Er warf dem Dichter des „Zauberbergs" vor, daß er „erst seine Begabung der Weimarer Republik zur Verfügung gestellt habe und zwanzig Jahre später der alliierten Propaganda gegen Deutschland". Thomas Mann habe vielleicht aus einer „patriotischen Zwangsneurose" gehandelt und habe „aus der Geschichte seines Volkes eine Skandalaffäre gemacht". Hier besteht eine klare Identifizierung Deutschlands mit dem Dritten Reich. Solche Identifizierungen aber beeinflussen die Haltung vieler Amerikaner!

Man hilft Deutschlands demokratischer Entwicklung nicht damit, daß man offenbare Mißstände in der Personalbesetzung verschweigt. Man hilft ihm auch nicht, indem man den jüngsten Zeitabschnitt deutscher Tragik in einem Teil westdeutscher Geschichtsbücher verkleinert oder verfälscht und Ursache und Wirkung gleichsetzt. Man hilft dem neuen Deutschland nicht, wenn man „die Amis" oder Kennedy für das gegenwärtige deutsche Debakel verantwortlich macht und dabei die geschichtlichen Zusammenhänge vergißt, wie es Gudrun Tempel z. B. in dem rororo-Band 483 „Deutschland? Aber wo liegt es?" ergreifend und überzeugend geschildert hat und wie ich es selbst bei meinen Deutschland-Besuchen erlebte. Man nutzt dem heutigen Deutschland auch nicht, indem man jemanden, der die damalige deutsche Atmosphäre verabscheut, in der ein Hitler überhaupt möglich war, einen Kommunisten nennt. Wenn antisemitische Briefe im „Stern", nationalistische Briefe im „Spiegel" (Hamburg) oder „aktuell" (München) erscheinen, ist das ein sehr besorgniserregendes Zeichen und die Berichterstattung darüber hier in unserer Presse gewiß keine antideutsche Hetze.

Einer der jungen Westberliner Studenten, die vor kurzem durch die Staaten reisten, erzählte mir von ihrer Zusammenkunft mit unserem Präsidenten, der ihnen 15 Minuten seiner Zeit gab. Kennedy sagte den jungen Berlinern nämlich etwas über die wirtschaftlich und politisch komplexen Probleme in der Welt, mit denen die Vereinigten Staaten überreichlich zu tun hätten. Er sprach zu ihnen über unsern Goldabfluß, er verwies auf Laos und auf Gefahrenpunkte in anderen Teilen der Welt. „Wie empfanden Sie die Ausführungen des Präsidenten?" fragte

ich meinen jungen Westberliner Freund. „Ja", sagte er, „es wirkte wie eine kalte Dusche."

Diese kalte Dusche oder auch diese Ernüchterung wird von anderen Besuchern aus der Bundesrepublik ebenfalls empfunden. Dr. Erich Mende, der Führer der Freien Demokraten, hat auf eine Frage, ob er während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten etwas von einer antideutschen Welle gespürt habe, etwa wie folgt geantwortet: Ich habe bereits vor einem Jahr das Shirer-Buch gelesen; es ist verständlich, nach allem, was an Furchtbarem geschehen ist, daß „unsere jüngste Vergangenheit" die Menschen draußen bewegt; ich glaube aber, daß eine Identifizierung des Nazideutschlands mit dem heutigen Deutschland nicht beabsichtigt ist . . . Dann fügte er aber hinzu: Auf der anderen Seite behandelt man uns nicht mehr als „kleines Kind"; man spricht mit uns realistischer und nüchterner.

In großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit ist man erstaunt, verwundert und besorgt, daß das angeblich „neue Deutschland" so viel frühere Nationalsozialisten in verantwortliche Stellen berufen hat. Der Gegensatz zu den politischen Erklärungen von Männern wie zuletzt Dr. Erich Mende, aber auch in mancher Beziehung zu den guten Taten der Regierung, erscheint unversöhnlich. Da die diplomatische Vertretung Westdeutschlands die Methode der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, wie sie von der Madison Avenue (in ihr befinden sich die größten public-relations-Firmen, die einen Teil der öffentlichen Meinung machen oder beeinflussen) zu schnell gelernt hat, verschätzt sie sich zuweilen beim Messen der psychischen Tiefenwirkung von politischen Ereignissen, die vorhanden ist, und die zu jener Ernüchterung geführt hat, über die deutsche Besucher zu berichten haben.

Diese fehlgeleitete offizielle Geisteshaltung oder unberechtigte Überempfindlichkeit kommt bei einer Anzahl von Anlässen, wie z. B. der Berichterstattung über negative Erscheinungen in Deutschland, zum Ausdruck. Die Herald Tribune vom 9. Februar z. B. veröffentlichte einen Artikel ihres Bonner Korrespondenten über eine Anzahl von antisemitischen oder nationalistischen Briefen, die von Lesern des „Stern", „Spiegel", „aktuell" und anderen Zeitungen und Zeitschriften geschrieben wurden. Ein Mitglied der hiesigen diplomatischen Vertretung war erstaunt und indigniert, daß dieser Bericht auf der ersten Seite der Zeitung erschien. Die unverständliche Rehabilitierung Theodor Oberländers, die anscheinend vom Bundeskanzler gefördert wird, wie auch das unbegreifliche Festhalten an Dr. Hans Globke ist, wie es die „Times", London, vom 26. Februar 1962 ausgedrückt hat, „bezeichnend für eine grundsätzliche Ignoranz in Kreisen der Bundesregierung für die psychologischen Auswirkungen jeglicher Assoziierung mit prominenten Ex-Nazis in Deutschland und besonders im Ausland".

Dieses „politische Unbehagen" wird erkennbar, wenn z. B. die New York Times vom 18. Februar über die Reaktion auf einen Artikel von Mary Lea Mayersohn, New York, in der deutschen Zeitschrift „Twen" berichtet, oder eine andere Zeitung darüber, daß Gustav Sonnenhol, ein früherer prominenter Nazi, zum Staatssekretär im Entwicklungsministerium ausersehen sei, oder daß Otto Eisemann, ein Mitglied des Bundestages (auch FDP), dafür eingetreten sei, die früheren Mitglieder der Waffen-SS moralisch zu rehabilitieren. Alle diese und viele andere Vorkommnisse führen zu unserer Ernüchterung.

Der jüngst verstorbene Herausgeber der „Deutschen Rundschau", Rudolf Pechel (er steht nicht allein), hat mir immer wieder geschrieben, wie wenig das gegenwärtige Deutschland die Menschen in seine Dienste beruft, die zumindestens moralisch für seine Schaffung eine Verantwortung tragen. Die Tatsache, daß eine Restauration im deutschen politischen und Wirtschaftsleben stattgefunden hat,

trägt zu dieser in weiten Kreisen bedauerten Ernüchterung bei, die nicht das geringste mit einer Hetze gegen Deutschland zu tun hat, vielmehr eher das Gegenteil. Man spricht hier, wie jüngst in einem Artikel, von einem „dritten Deutschland", dem geistigen, welches in einer politischen Isolation lebt. Es braucht vielleicht nicht gefährlich zu sein, daß so viele frühere Nationalsozialisten wieder Ämter ausüben, aber die Isolation und Hoffnungslosigkeit der geistigen Kräfte Deutschlands, die nicht konformieren wollen und können, ist besorgniserregend.

In den Vereinigten Staaten wird oft die Frage einer möglichen Wiederholung der Politik von Tauroggen und Rapallo diskutiert, aber keiner zweifelt ernstlich an der Bündnistreue, zumal deutsche Politiker, die die Vereinigten Staaten besumen, immer wieder mit besonderer Betonung diese „Unterstellung" ablehnen. Die Hans-Kroll-Affäre und Mendes frühere eigene Vorschläge haben diesen Verdacht nicht ganz ausgeräumt, aber diese Erörterungen sind mehr theoretischer Natur, weil man weiß, daß in praxi Westdeutschland an den Westen zu stark gebunden ist. Wie weit allerdings die Erfindung einer solchen Rapallo-Angst von seiten politischer Gruppen in Deutschland genährt und initiiert ist, kann von New York aus kaum beantwortet werden. Sie erscheint hier nicht als Ausdruck einer wesentlichen öffentlichen Meinung.

Im Rahmen der Gedanken über eine Ernüchterung, gewiß nicht allgemein gültig, muß auch die Frage der Wiedervereinigung in Verbindung zur Aufrüstung erörtert werden. Westdeutschlands Verteidigungsetat ist von 11 auf 16 Milliarden DM gestiegen. Nutzt die verstärkte Aufrüstung der Idee der Wiedervereinigung, oder spricht man nur von ihr, ohne auch an sie zu denken? Es gibt hier eine Schule, die der Auffassung ist, daß die verstärkte Aufrüstung die Wiedervereinigung ad calendas graecas vertagt. Dr. Erich Mende, den ich darüber befragte, verteidigte die Aufrüstung und sah keine Beeinflussung der Wiedervereinigungsfrage. Da er aber selbst eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen für notwendig hält (die nach ihm nie und nimmer die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie bedeuten darf) - muß Dr. Mende, wie andere Deutsche, wohl begreifen, daß eine Verbesserung der Politik mit den Ostländern unmöglich ist, solange Westdeutschland, gewollt oder ungewollt, eine neue Bedrohung für diese Länder darstellt, die noch heute unter den Nachwirkungen des letzten Krieges leiden.

In der Tat, die Konjunktur in Artikeln über eine angebliche Deutschenhetze in USA ist eine gefährliche, insbesondere wenn man die unverbrüchliche Ablehnung des Nazismus bei der Mehrheit der Amerikaner als antideutsch darzustellen sucht. Sie ist noch gefährlicher, wenn bestimmte extreme Elemente in Deutschland unseren Extremisten die Bälle zuwerfen. Was aber die Haltung der Amerikaner gegenüber Deutschland anbelangt, die zum Teil abwartend, ängstlich, kritisch, ernüchtert, und nur selten feindlich ist, so wäre es nicht zu schwierig, dieselbe zu ändern, indem man die Ursachen beseitigt, die Zweifel an einem neuen Deutschland lautwerden lassen.

Die Deutschen müssen lernen, ihre Probleme in den richtigen Proportionen der Weltprobleme zu sehen. Der große Pädagoge Friedrich Wilhelm Förster hat mit Recht gesagt: „Ein Patriot ist ein Mensch, der darum bangt, daß sein Volk den Weg des Rechts und der Wahrheit verliert." Diese Worte sollte man beherzigen, besonders aber jene, die die falschen und tendenziösen Berichte über eine Verschärfung antideutscher Stimmungen verbreiten und damit von dem Wege des Rechts und der Wahrheit abirren und ihrem Lande und der Sache des Friedens schaden.

William Warbey, W. P.

In Vietnam wird das Feuer geschürt

Während der letzten sechs Monate ist die amerikanische militärische Einmischung in Süd-Vietnam bis zu einem Punkt intensiviert worden, wo sie nur noch als aktive Beteiligung an einem ausgewachsenen Krieg bezeichnet werden kann. Obgleich man noch offiziell dementiert, daß die Amerikaner Kampftruppen geschickt hätten, haben führende Persönlichkeiten des Pentagon und kein geringerer als Präsident Kennedys Bruder zugegeben, daß ‚dies Krieg sei'. Am 25. Februar berichtete der Korrespondent der „Times" aus Washington:

> „Man gibt in den höheren Kreisen der Regierung nicht vor, daß die Vereinigten Staaten keinen Krieg austrügen; aber man kümmert sich nicht darum, es öffentlich anzuerkennen. Letzte Woche hat der Bruder des Präsidenten, Mr. Robert Kennedy, jedoch in Saigon gesagt, daß es ‚Krieg im wahrsten Sinne des Wortes' sei, und es keinen Rückzug gebe, bis der Sieg errungen sei."

Wie ich in meinem letzten Artikel (Blätter 6/61, S. 517 ff.) aufgezeigt habe, begann die amerikanische Militär-Intervention schon, als die Tinte des Genfer Abkommens von 1954 kaum trocken war. Ihr Zweck war, den ‚Kommunismus am 17. Breitengrad abzuriegeln', zu diesem Zweck die unterdrückerische, nepotistische Diktatur von Ngo Dinh Diem zu errichten und die Wiedervereinigung Vietnams durch freie Wahlen zu verhindern. Mit massiver Militär-Hilfe, aber verhältnismäßig geringer Bindung uniformierten amerikanischen Personals, lösten sie diese Aufgabe so „erfolgreich", daß sie das südvietnamesische Volk in eine Revolte trieben, das einzige Mittel, Diem loszuwerden und das Land wieder zu vereinigen.

Im Verlauf des Jahres 1960 entwickelte sich die Revolte dermaßen, daß große Landflächen des Südens, viele kleine Städte und Hunderte von Dörfern eingeschlossen, völlig unter die Kontrolle der Guerilla-Truppen der Nationalen Befreiungs-Front gerieten. Die Bewegung wuchs und erhielt massive Unterstützung von den Bauern. Und Diems Truppen erwiesen sich als gänzlich ungeeignet, dieser Lage zu begegnen, trotz des Einsatzes mobiler Truppenverbände und von Luftbombardements.

Kennedy überprüfte die Situation nach seiner Wahl zum Präsidenten erneut und entschied sich, trotz der Lehren von Laos und Kuba, für eine von Amerikanern gelenkte Kampagne von Anti-Guerilla-Operationen. Diese Maßnahme wurde später in die Doktrin eingebettet, daß in Amerikas weltweitem Kampf gegen den Kommunismus drei verschiedene Kampfmethoden ins Auge gefaßt werden müssen: Atomkrieg, konventioneller Krieg und ‚unkonventioneller' Krieg, d. h. gegensubversiver Guerilla-Krieg. Vietnam, die Schlüsselstellung in Amerikas Strategie in Süd-Ost-Asien, wurde bewußt ausgewählt für ein erstes Experiment in einem Typ von Kriegführung, der später zu passenden Gelegenheiten in Latein-Amerika, dem Mittleren Osten und vielleicht sogar in Zentral-Europa angewandt werden könnte.

Schritt für Schritt wurde die ‚Kriegführung in der dritten Dimension' in Süd-Vietnam angewandt. Amerikas Militär- und Wirtschaftshilfe für Süd-Vietnam wurde auf 400 Mill. Dollar pro Jahr gesteigert. Diems eigene Armee wird auf 240 000 Mann gebracht. Kriegs-Munition ist auf See- und Luftwegen ins Land gebracht worden. Amerikanische Flotten-Patrouillen wurden eingerichtet, um die Seewege von Nord- nach Süd-Vietnam abzuriegeln. Am 11. Dezember vergangenen Jahres brachte ein amerikanisches Schiff 33 Hubschrauber, zusammen mit dem entsprechenden Bodenpersonal und den Besatzungen, sehr zur Empörung der Internationalen Kontroll-Kommission, die man nicht einmal von deren Ankunft informiert hatte, und der man nicht gestattete, sie zu inspizieren.

Am 8. Februar 1962 errichteten die Vereinigten Staaten ein neues Militär-Kommando in Süd-Vietnam. Damit wurde die lang etablierte militärische Beratungs-Gruppe (Military Aid Advisory Group) abgelöst. Der neue Name ist Militärisches Beistands-Kommando (Military Assistance Command). Es wird geleitet von einem Vier-Sterne-General, Paul Donald Harkins. Nach einem Bericht des ‚New York Times'-Sonderkorrespondenten E. W. Kenworthy vom 9. Februar 1962 ist die Zahl der uniformierten Amerikaner, die unter diesem Kommando operieren, innerhalb weniger Monate von 685 auf zwischen 2000 und 4000 erhöht worden. Dennis Bloodworth schätzte am 18. Februar im ‚Observer' in einem Bericht aus Saigon die Zahl auf „fast 4000" und fügte hinzu, daß „bis Mitte kommenden Sommers weitere 3000 angekommen sein werden".

Die meisten der Männer gehören zu der neuen Infanterie-Abteilung, die man ‚Special Forces' nennt und die in Fort Bragg, North Carolina, in Guerilla-Taktik ausgebildet werden. Nach ‚Newsweek' vom 12. Februar hat General Herbert P. Powell, Chef der Armee-Ausbildung, gesagt, daß „die Armee nicht plane, die Zahl der ‚Special Forces' zu erhöhen, sondern die Guerilla-Ausbildung auf alle Infanterie-Einheiten ausdehnen wolle. Alle acht Kampf-Divisionen in den USA werden in Guerilla-Begriffen und -Taktik ausgebildet."

Offiziell sind diese Männer keine ‚Kampf-Truppen', sondern zusätzlich zum Training südvietnamesischer Truppen in Guerilla- und Anti-Guerilla-Kriegführung da, sie gehen auf Dschungel-Durchkämmungen mit ihnen, lenken ihre Einsätze und „schießen zurück, wenn sie beschossen werden." Einige Amerikaner sind bereits beschossen und getötet worden, was kaum überrascht, wenn sie militärische Operationen in der ‚Front-Linie' leiten.

Das Gefährliche an dieser Art Kriegführung ist, daß es da kein Ende gibt, weil die politischen Ziele der Intervention unerreichbar sind, außer durch massive militärische Aktion. Die Amerikaner bekämpfen einen „Gegner", der alle Vorteile auf seiner Seite hat. ‚Newsweek' (12. 2. 62) zitiert die Aussage eines amerikanischen Beamten in Saigon: „Die Guerilla-Truppen haben die Zuneigung des Volkes gewonnen, weil sie sich selbst mit dem Volk identifizieren." Die Zeitung berichtet von den Ansichten der US-Gegen-Guerillas, die von der Patrouille zurückkommen:

> „Die Guerillas mischen sich unter das Volk. Sie leben mit den Menschen, teilen die gleiche Armut, erzählen ihnen, daß sie für das zukünftige Glück des Volkes kämpfen ... Wenn die Vietnamesen (i. e. die Regierung) ihr Land halten wollen, dann müssen sie die Landbevölkerung überzeugen, daß sie ihnen helfen können. Die Amerikaner können das nicht tun. Unsere weißen Gesichter sind unser Handicap."

Unglücklicherweise ist das Diem-Regime gar nicht in der Lage, die „Landbevölkerung zu überzeugen". Es hat sich ihre Feindschaft zugezogen, als es die Menschen in befestigte ‚Agro-Dörfer' trieb, als es den Soldaten erlaubte, jeden, der verdächtig ist, den Guerillas geholfen zu haben, zu mißhandeln, und als es nichts tat, die Habgier der Landbesitzer, der Geldverleiher und korrupten Beamten zu beschränken. Mehr und mehr Arbeiter, die in den Städten leben, und Angehörige des Mittelstandes wenden sich der Nationalen Befreiungs-Front zu, im Abscheu vor den Familien-Oligarchien des Ngos und der Trans, der zunehmenden politischen Unterdrückung und der ostentativen Zurschaustellung luxuriösen Lebens durch die Nutznießer der amerikanischen Wirtschaftshilfe.

Diesen Krieg können die Amerikaner nicht gewinnen. Sie können weitere Anti-Guerillas in das Land senden, aber sie können die Schlacht um die Herzen der Menschen nicht gewinnen. In Nord-Vietnam gibt es Zehntausende von Menschen, die in den Befreiungsschlachten gegen die Franzosen gekämpft haben, und die, als der Waffenstillstand kam, in den Norden verlegt wurden, ihre Familien im

Süden zurücklassend. Nach fast acht Jahren der Trennung brennen sie darauf, wieder zu ihren Familien zurückkehren zu können. Aber sie werden mit Waffen in ihren Händen gehen, wie sie es schon getan haben, trotz der Grenzkontrollen, und sie werden helfen, die Kräfte zu stärken, die gegen Diem und die Amerikaner kämpfen.

Was werden die Amerikaner tun? E. W. Kenworthy berichtet in der ‚New York Times' vom 8. Februar, daß ein Sprecher des Pentagon gesagt habe: „Dies ist ein Krieg, den zu verlieren wir uns nicht leisten können." Das kann nur bedeuten, daß sie zum zweiten Typ der Kriegführung übergehen müssen, dem vollen konventionellen Krieg. Der bekannte Kolumnist Joseph Alsop von der ‚New York Herald Tribune' schrieb am 26. Februar:

> „Das Ende dieses riskanten Weges kann ‚der Gang nach Hanoi' sein. Diese Pentagon-Phrase bedeutet . . . die Macht der Vereinigten Staaten einzusetzen, um die Angreifer von Süd-Vietnam da anzugreifen, wo es sie wirklich schmerzen wird, zu Hause in Nord-Vietnam."

Das ist natürlich der Weg zurück nach Dien Bien Phu, zur Dulles-Drohung mit der Atombombe, zur massiven chinesischen und russischen Intervention. Wenn eine solche Katastrophe droht, mit einem nuklearen Weltkrieg, werden die Amerikaner gezwungen werden, den Pflock zurückzustecken, wie sie es in Laos getan haben. Aber wenn es dazu kommt, dann wird den Amerikanern keine Beilegung der Auseinandersetzung gelingen, die die Kommunisten nicht zu den Herren ganz Vietnams macht.

Es gibt eine Alternative, aber die Gelegenheit muß jetzt beim Schopf gefaßt werden, ehe es zu spät ist. Wie die Londoner ‚Times' am 16. Februar schrieb: Ehe der Schatten eines neuen Korea sichtbar wird, „sollte eine Regelung für Vietnam dort gesucht werden, wo es vor acht Jahren begann — in Genf". Zur Zeit ist die Nationale Befreiungs-Front bereit, wenn Diem geht, wenn die Amerikaner abziehen, wenn die politische Freiheit wiederhergestellt ist, sich für ein neutrales Süd-Vietnam zu entscheiden, das Teil einer südost-asiatischen neutralen Zone bildet, die auch Laos und Kambodscha einschließt. Eines Tages wird natürlich Vietnam vereinigt werden müssen, und vielleicht sind Ho Chi Minh oder seine Nachfolger dann bereit, auch Nord-Vietnam in die neutrale Zone einzugliedern. Aber in der Zwischenzeit bieten die Vorschläge der Nationalen Befreiungs-Front eine vernünftige, friedliche und annehmbare Lösung der Probleme Südost-Asiens an. Und es wäre eine dringende Aufgabe der britischen und russischen Ko-Vorsitzenden der Genfer Konferenz von 1954, die Parteien wieder an den runden Tisch zu bringen und, mit der Hilfe interessierter Neutraler, sie dort zu halten, bis ein Übereinkommen erzielt ist.

Hans Andresen

Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme (I)

Wir sind dabei, die Zukunft zu verlieren

Die Staatspolitik und die Staatspolitiker alten Stils hören auf, ihren Völkern Nutzen zu bringen. Die Ritualien und Intrigen der Diplomatie, die großartigen Allüren sogenannter bedeutender Persönlichkeiten (Musterbeispiel de Gaulle!), die Balancekunst vorwiegend militärpolitischer Bündnissysteme, Konferenzen und Notenwechsel — all das treibt nur noch wenig wirklich produktiv voran. An die Stelle dieser althergebrachten Staatspolitik, die kraftlos wird, weil ihre Basis, die Kriegführung, brüchig geworden ist, — an die Stelle dieser unproduktiv gewordenen Diplomatenpolitik tritt die Gesellschaftspolitik. Die Schulen sind wichtiger geworden als die Kaserne, der Ingenieur wichtiger als der General; wichtiger als die Kanone wurde die Maschine und der gut ausgebildete Facharbeiter wertvoller als der gut gedrillte Rekrut.

Was vorausschauende Geister wie Adam Smith, Saint-Simon, Fichte, Friedrich List, Karl Marx seit 200 Jahren erkannt und ausgesprochen haben, setzt sich immer unerbittlicher, immer globaler als Gestaltungsgesetz unserer Epoche durch: die Macht — oder auch Ohnmacht — der Produktivkräfte eines Volkes, eines Gesellschaftssystems bestimmt dessen Rang und Geltung, entscheidet über seine Lebenschancen in der jetzigen, werdenden Epoche der Menschheit. Das Gleichgewicht des Schreckens, das durch die atomare Rüstung der Großmächte erzeugt worden ist, hat Gefahren apokalyptischen Ausmaßes heraufbeschworen; aber indem es die militärischen Mittel paralysiert, hat es zu einer erstaunlichen geschichtlichen Konsequenz geführt: die bloße Brachialgewalt, die kriegerische Zerstörung der Kräfte anderer kann heute kaum mehr von einem Regime als Mittel benutzt werden, seine gesellschaftliche Existenz zu sichern oder zu verbessern. Heute muß tatsächlich jede Gesellschaft „zeigen, was sie kann": sie muß verstehen, ihre menschlichen und materiellen Kräfte vernünftig, „ökonomisch" zu entfalten.

Ökonomie — Basis und Prüfstein der Kultur

„Wirtschaft", Ökonomie als entscheidende Lebenskraft einer Gesellschaft meint weit mehr als das verhältnismäßig geistlose und äußerliche Getriebe des Handelns und Geschäftsemachens, des Robotens und Anhäufens von Warenmassen. Moderne Ökonomie als Basis zukunftsträchtiger Gesellschaftspolitik erfordert in höchstem Maße das individuelle und kooperative Können eines Volkes und seiner Führer, angefangen von seinem Erziehungssystem, seiner organisatorischen und weltanschaulichen Rationalität bis hin zur Forschung und Technik und bis zur Ausbildung eines Facharbeiterstammes, der hochqualifizierter Leistungen — auch im Auslandeinsatz! — fähig ist.

Aber weiter: Wirtschaft als die weit vorausplanende, äußerst komplexe Regelung des gesellschaftlichen „Stoffwechsels" erfordert auch ein großes Maß an politischer Gestaltungs- und Wandlungsfähigkeit. Völker, die in Herrschaftsformen feudaler Art beharren, die in einer Atmosphäre von mystischer Dumpfheit dahinvegetieren, — Völker andererseits, die die Fülle der industriellen Güter ausschließlich im Interesse möglichst rascher Gewinnmaximierung verwerten und konsumieren und den langfristigen gesellschaftlichen (besonders den geistigen) Aufgaben keine genügende Aufmerksamkeit widmen —: solche Völker und Ge-

sellschaftssysteme werden über kurz oder lang der Verachtung anheimfallen, sie werden als primitiv und zurückgeblieben gelten.

Keine noch so sublime Kultur gewisser Oberschichten, gewisser Literaten und Künstler im Elfenbeinturm, wie es sie etwa in der indischen Gesellschaft seit Jahrhunderten gegeben hat, kann den Mangel an den elementaren Grundlagen menschenwürdigen Daseins für alle wettmachen. Nichts nämlich ist gedankenloser als ein gewisses modisches Gerede, das sich fortschritts-pessimistisch gibt und behauptet, eine primitive Kultur irgendwelcher Süddseeinseln enthalte im Grunde genau so viel Glück und Unglück, Freiheit und Knechtschaft wie eine hochkomplizierte industrielle Gesellschaft; all diese Unterschiede seien nur subjektiv und relativ. Demgegenüber genügt es an sich schon, darauf zu verweisen, daß keiner dieser snobistisch über die Industriezivilisation sich erhebenden Skeptiker ernstlich bereit wär, das „Glück der Primitiven" zu teilen. Aber ganz abgesehen von der subjektiven Unredlichkeit solcher Zivilisationsverachtung: es kann nicht streng genug betont werden, daß bestimmte objektive Grundlagen, eine bestimmte Sicherung der materiellen Lebens-Mittel, eine weitgehende Erleichterung der zur Existenzsicherung notwendigen Arbeit notwendig ist für die Existenz eines freien, selbstseienden und erfüllten Menschseins. Freiheit ohne Freizeit und ein Mindestmaß an Wohlstand bleibt eine leere Phrase. In dieser Dimension, als Grundlage voll entfalteter Menschlichkeit, sollte das weltweite Streben nach wirtschaftlicher Leistung, von dem hier die Rede ist, stets verstanden und gewürdigt werden.

Wirtschaft im Ost-West-Streit

Wirtschaftsordnung als Kriterium guter oder schlechter Staatsführung erlangt nun freilich in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation dadurch eine besondere Akzentuierung, daß das Ringen um eine menschlich und gesellschaftlich produktive ökonomische Ordnung sich in unserer Epoche in Form eines erbitterten ideologischen und materiellen Wettstreits zweier Gesellschaftssysteme vollzieht. Dieser Wettstreit verschärft sich dadurch noch außerordentlich, daß die Frage nach dem besseren System der Produktivkräfte nicht nur als innerpolitische Frage der Fähigkeit oder Unfähigkeit der „kapitalistischen" bzw. „kommunistischen" Führungskräfte erscheint, sondern gleichzeitig als außenpolitischer Faktor ohnegleichen: die Existenz riesiger „unterentwickelter Gebiete" ist zugleich die Existenz eines gewaltigen weltpolitischen Schauplatzes, auf dem der Westen und der Osten in den kommenden Jahrzehnten in einem harten Wettstreit stehen werden, um zu beweisen, wer vorbildlicher, effektiver jenen großen Gebieten Wege und Mittel zum industriellen Aufbau bieten kann. Das atomare Gleichgewicht des Schreckens erzwingt eine weltpolitische Wende: es gilt nicht mehr, Feinde zu vernichten — denn es gibt keinen „Sieg" mehr —, sondern es gilt, Freunde zu gewinnen, will ein Volk künftig im Konzert der Völker seine Existenz sichern. Das Mittel aber, Freunde, Partner, damit Einfluß und Rückhalt in dieser ideologisch gespaltenen Menschenwelt zu gewinnen, ist vor allem anderen die Wirtschaftskraft. (Fritz Sternberg hat in seinem unten zitierten Werk in höchst anschaulicher Weise gezeigt, wie die Sowjetunion in den letzten zwölf Jahren seit der ersten russischen Atombombenexplosion den amerikanischen Rüstungsvorsprung in einer atemberaubenden Geschwindigkeit eingeholt hat. Angesichts der von Sternberg vorgelegten nüchternen Tatsachen dürfte jede Illusion erfolgreicher Militär-„Politik" des Westens endgültig zerstört sein.)

Propheten der künftigen Entwicklung

In einer Fülle von Publikationen werden die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Menschheitsgruppen in den nächsten Jahrzehnten beschrieben und prognostiziert, vor allem aber die Perspektiven des globalen Wirtschaftswettkampfes zwischen West und Ost. Wir nennen vor allem das Werk Professor Fritz Baade's: „Der Wettlauf zum Jahre 2000; Unsere Zukunft: ein Paradies oder die Selbstvernichtung der Menschheit", Gerhard Stalling Verlag, und Fritz Sternberg's „Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?", Verlag Kiepenheuer u. Witsch; ferner noch die kurzgefaßte, aber ausgezeichnete Zusammenfassung der Ostblock-Entwicklung und der mit ihr sich ergebenden, nicht zuletzt geistigen Herausforderung von Isaac Deutscher: „Der große Wettkampf, Rußland und der Westen", Reidel Verlag, Dordrecht. Von fragwürdigem, weil die östliche Herausforderung bagatellisierendem Wert ist das Werk von Walt W. Rostow: „Stadien wirtschaftlichen Wachstums, eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie", Verlag Vandenhoeck u. Ruprecht*).

Wider die Überbevölkerungspropheten

Zu Beginn seines Werkes errechnet Baade die atemberaubende Zahl von 6 - 6,5 Milliarden Menschen, die um das Jahr 2000 die Erde bevölkern werden. Es ist klar, daß bei allen Abschätzungen der künftigen weltpolitischen Entwicklungen von dieser Grundtatsache und von der Frage auszugehen ist, ob es gelingt, diese Menschenmasse zu ernähren und zu einer gebildeten freien Existenz zu führen — oder ob diese Milliarden eines Tages sich den „Platz an der Sonne" streitig machen, übereinander herfallen und sich gegenseitig vernichten werden. Es ist ein beliebtes Thema moderner Unheilspropheten geworden, die „Bevölkerungsexplosion", die sich in der Tat (infolge rapiden Falls der Sterblichkeitsrate) heute in vielen Kontinenten so wie einst in Europa vollzieht, zum Gegenstand düsterer Voraussagen zu machen: als wenn die Menschheit unweigerlich auf den Tag zusteuerte, an dem sie sich gegenseitig tottreten und auffressen müsse. Baade setzt dem eine Reihe heilsam ernüchternder Berechnungen entgegen. Allerdings, es wird notwendig sein, bis zum Jahre 2000, also im Laufe der nächsten 40 Jahre, die Nahrungsmittelproduktion um das dreifache zu steigern. Bedenkt man aber, daß heute erst ein Zehntel der festen Erdoberfläche landwirtschaftlich genutzt (1,3 Mrd. Hektar) und 70 % der bebauten Fläche noch in primitivster Weise, mit Hakenpflug und ohne Düngung bestellt wird, so läßt sich rasch einsehen, daß auf der Erde noch riesige ungenutzte landwirtschaftliche Kapazitäten vorhanden sind. Eine Ausweitung des landwirtschaftlich genutzten Raumes auf 4 Mrd. Hektar würde bei Einsatz moderner agrarwirtschaftlicher Mittel genügen, eine Menschheit von 30—38 Mrd. zu ernähren. Um so mehr kann es gelingen, im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts 6 - 7 Mrd. Menschen ausreichende Nahrung zu beschaffen. Zur Realisierung dieser durchaus vorhandenen ausreichenden Ernährungsmöglichkeiten ist natürlich eine intensive Industrialisierung — auch und gerade für die Landwirtschaft —

*) Daß ausgerechnet dieser W. Rostow von Kennedy zum Leiter der Planungsabteilung im State Department gemacht wurde, stimmt bedenklich.

In der Zeichnung der Perspektiven zu vieles zu wenig gründlich behandelnd ist Fritz Klenner, „Das große Unbehagen, eine sozialkritische Betrachtung", Wien 1960. Wenn im folgenden die Namen dieser Autoren genannt werden, so beziehen wir uns auf die hier zitierten Werke. Hinsichtlich der Fülle der Spezialpublikationen verweisen wir auf das sehr gute Literaturverzeichnis am Ende des nunmehr bereits in der 3. Auflage vorliegenden, zum Bestseller gewordenen Buches Professor Baades.

in den Entwicklungsländern notwendig. Benutzung von Maschinen, Herstellung von Düngemitteln, von Bewässerungs- und modernen Farmanlagen erfordern große industrielle Investitionen in den Entwicklungsländern, wollen diese sich nicht unrettbar verschulden. Mit Recht weist daher Baade den häufig gehörten unguten Rat an die Entwicklungsländer zurück, sie sollten vor einer Industrialisierung erst einmal ihre Landwirtschaft modernisieren. Beides geht nur Hand in Hand, das eine bedingt und fördert das andere.

Für die USA und Westeuropa, wie auch für die Sowjetunion und China ist das Ernährungsproblem mit Hilfe all der genannten modernen Mittel gelöst. Auf Grund der in diesen Ländern zur Verfügung stehenden Ressourcen ist der politisch hochbedeutsame Schluß erlaubt: keine der Großmächte kann in die Lage kommen, etwa wegen mangelnden Energie-, Rohstoff- oder Ernährungsquellen zu einer agressiven imperialistischen Politik gegenüber einem anderen Land überzugehen.

Wer gewinnt die Entwicklungsländer für sich?

In den zum Teil riesig großen Entwicklungsländern, insbesondere Asiens und Afrikas, ist freilich eine intensive industrielle Unterstützung notwendig, soll das akute Problem des Hungers von Millionen gelöst werden. Hier taucht die weltpolitisch entscheidende Frage auf: wird sich der Westen oder der Osten erfolgreicher, großzügiger erweisen in der langfristigen Hilfeleistung für die industrielle und landwirtschaftliche Aufbauarbeit dieser Länder? Vergegenwärtigen wir uns, was die Völker der Entwicklungsländer für den Westen und seine Stellung in der Welt bedeuten. Die Bevölkerung Westeuropas und der USA machen heute noch etwa ein knappes Drittel der Weltbevölkerung aus. Sie haben aber die Epoche ihrer sprunghaften Vermehrung hinter sich, während diese in den Entwicklungsländern und teilweise auch im Ostblock (besonders in China) gerade erst in vollem Zuge ist, so daß um 2000 der Westen mit 1,2 Mrd. Menschen nur noch etwa 16 % der Weltbevölkerung stellen wird, während sowohl der Ostblock wie die Entwicklungsländer Bevölkerungsmassen von je etwa 2,6 Mrd. Menschen in sich schließen werden, d. h. je etwa 42 % der gesamten Menschheit. Würden die zweieinhalb Mrd. Menschen der Entwicklungsländer sich dem Ostblock zuneigen, so würde das bedeuten, daß in 40 Jahren fünf Sechstel der Menschheit gegen das eine Sechstel der westlichen Welt stehen; diese würde in eine hoffnungslose Isolierung geraten.

Wer diese Perspektiven einmal gründlich durchdacht hat, dem wird der Widersinn nutzloser Milliarden-Ausgaben für die militärische Rüstung klar werden und die Wende zu einer konstruktiven, weit vorausplanenden Weltwirtschaftspolitik des Westens, der Aufbau einer konsequenten Politik der Kooperation, der freundschaftlichen Verbundenheit mit den großen Entwicklungsgebieten als das Gebot der Stunde erscheinen.

Allerdings verurteilt man die vorhandenen westlichen Entwicklungshilfen zum Scheitern oder beschwört von vornherein einen politischen Mißerfolg herauf, wenn man mit ihnen zugleich das privatkapitalistische System in jene Länder exportieren will, in denen alle Voraussetzungen für ein modernes privates Unternehmertum fehlen und wenig Neigung besteht, das ihnen sattsam bekannte Ausbeutungssystem bei ihrer Entwicklung noch einmal zu protegieren. Man arbeitet nur dem Ostblock in die Hände, wenn man eine Entwicklungshilfe-Ideologie verkündet, wie sie die FAZ (7. VI. 61) klassisch formulierte:

> „Das Ziel der westlichen Entwicklungshilfe muß sein, auch in den Entwicklungsländern eine breite Schicht von Eigentümern, ... Kaufleuten und Industriellen entstehen zu lassen, die die Marktwirtschaft tragen und sich mit ihr identifizieren."

Der industrielle Aufschwung des Ostblocks

Im Juni 1960 hat das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften eine Ausarbeitung vorgelegt, aus der hervorgeht, wieviel Prozent der USA-Industrieproduktion Westeuropa (die EWG) und die UdSSR in der Zeit von 1956 bis 1972 erreicht haben bzw. erreichen werden:

Industrie-Produktion der EWG und der UdSSR
im Vergleich zu den USA = 100

Jahr	EWG	UdSSR
1956	47—49	44—48
1959	54	57—62
1965 *)	58	69—73
1972 *)	60	75—78

Aus diesen Berechnungen geht hervor, daß die Sowjetunion der gesamten Industrieproduktion der USA im Jahresdurchschnitt etwa um 20 % näher rückt. Sie wird um 1985/90 die Vereinigten Staaten in der industriellen Produktion eingeholt haben. (Wenn in den Vereinigten Staaten Rückschläge wie die des Winters und Frühjahrs 1961 weiter auftreten, wird die Sowjetunion sogar wesentlich schneller aufholen.) Zugleich wird die Sowjetunion den westeuropäischen Produktionszuwachs rasch überholen. Insgesamt zeigt sich, wenn man das absolute Wirtschaftswachstum seit 1956 berechnet, daß die Wirtschaft der Sowjetunion doppelt so rasch wächst wie die der Vereinigten Staaten:

Das industrielle Wachstum der USA, der EWG und der UdSSR

Jahr	USA	EWG	UdSSR
1956	100	100	100
1965	116	149	177—217
1972	143	190	206—330

(Stat. Amt d. Europ. Gemeinschaften)

Angesichts dieses industriellen Aufschwungs der Russen ist es ein geringer Trost, daß die Industriekraft Amerikas und Westeuropas zusammengenommen größer bleibt als die russische; auf der anderen Seite nämlich kommen zur russischen Entwicklung in immer stärkerem Maße die der anderen Länder des Ostblocks, insbesondere Chinas, hinzu. Prof. Baade behauptet, daß es beim Arbeitskräfte- und Rohstoffpotential Chinas durchaus denkbar ist, daß dieses Riesenreich bis zum Jahr 2000 zu der größten Industriemacht der Welt aufschließt. Bereits 1990 kann es das Nationalprodukt der USA erreicht haben (Sternberg, 331). Wie rasch der Ostblock insgesamt den Westen einholen und überholen kann, zeigen die Berechnungen Baades für den industriewirtschaftlich entscheidenden Sektor der Stahlproduktion:

Anteil Europas, der USA und Rußlands (ab 1958: des Ostblocks) an der Welt-Stahlproduktion

Jahr	Europa	USA	UdSSR (ab 1958 Ostblock)	Welt-Stahlproduktion in Mill. t
1900	57 %	33 %	—	28
1950	31 %	50 %	14 %	188
1958	23 %	30 %	30 %	260
1975	17 %	30 %	44 %	540

*) Die Weiterentwicklung, geschätzt auf Grund der industriellen Zuwachsraten.

Die Angaben dieser Tabelle zeigen, daß der Ostblock in kürzester Zeit die schwerindustriellen Grundlagen unserer modernen Industriewirtschaft von bedeutungslosen Anfängen zu einer dem Westen gleichrangigen, ja überlegenen Größe ausbaut: vor 10 Jahren nur mit einem Siebentel an der Weltstahlproduktion beteiligt, wird der Ostblock es in den kommenden 15 Jahren zu einem Anteil von fast der Hälfte dieser Gesamtproduktion bringen.

In welcher Weise die Gesamtwirtschaftskraft durch eine Forcierung der Schlüsselindustrien gesteigert wird, zeigt eine Äußerung des früheren Chefs des amerikanischen Geheimdienstes, Allen W. Dulles, der in einem aufsehenerregenden Bericht sagte:

„Während wir Amerikaner fünfzigmal so viele Personenwagen herstellen wie die Russen, produzieren die Russen viermal so viele Werkzeugmaschinen wie die Amerikaner." (nach Baade/53.)

Amerikanische Technologen berichten, daß man in der Sowjetunion bereits dabei sei, Werkzeugmaschinen im Fließbandverfahren herzustellen. Sternberg (109 f.) und Deutscher (88) weisen beide auf die größeren Möglichkeiten hin, die eine volkswirtschaftlich geplante Wirtschaft in bezug auf die Automation hat. Deutscher schreibt:

„Einige westliche Industrielle, die die Entwicklung in der Sowjetunion in Augenschein nehmen konnten, behaupten, schon jetzt werde dort die Automation in größerem Maßstab als im Westen durchgeführt. Natürlich setzt die Automation sehr viel Arbeitskraft frei. Eine sich schnell und ständig ausbreitende Wirtschaft kann überflüssige Arbeitskräfte leichter entlassen und wieder beschäftigen, als dies bei einer stagnierenden oder einer sich langsam ausbreitenden Industrie (nämlich der des Westens, H. A.) möglich ist."

(II. Teil folgt.)

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Argentinien in der Krise

Für Arturo Frondizi, den Präsidenten der Republik Argentinien, brachten die Iden des März einen verheerenden Schlag. Zehn von den zwanzig Millionen Wahlberechtigten seines Landes stimmten gegen sein Regime und machten so seinen Anspruch, das ganze argentinische Volk zu repräsentieren, zu nicht mehr als der üblichen verfassungsrechtlichen Fiktion. In fünf von 16 Provinzen, darunter der Hauptstadt Buenos Aires, erhielten die Peronisten — Anhänger des 1955 gestürzten Diktators Juan Peron — die absolute Mehrheit, in vier weitere Provinzialparlamente würden sie als größte Partei einziehen, wäre das Ergebnis der Wahlen nicht durch Diktaturmaßnahmen Frondizis und der Militärs zunichte gemacht worden. Im Bundesparlament würden die Peronisten über 45 Sitze verfügen.

Die Niederlage Frondizis kommt nicht überraschend. Als er 1958 mit Hilfe eben der Peronisten, die ihn jetzt bekämpfen, zum Präsidenten gewählt wurde, war eine solche Auseinandersetzung allerdings nicht voraussehbar. Die Peronisten schienen als Partei-Organisation ausgeschaltet und nicht mehr fähig, aus dem Tief, in das sie von der Militärdiktatur General Aramburus gestürzt waren, wieder herauszukommen.

Tatsächlich aber hat gerade jenes Bündnis Frondizis mit Andres Framini, dem Führer der Peronisten, schon 1958 den Grundstein für die jetzige Auseinandersetzung gelegt. Framini, der nach 1955 selbst mehrere Jahre in Gefängnissen ge-

sessen hat, forderte eine umfassende Begnadigung der Führer der ‚Peronistas', die nach dem Generalputsch von 1955 und dem durch Admiral Rojas blutig zusammengeschlagenen Aufstand von 1956 inhaftiert worden waren. Die Politik des ‚Vergessens der Vergangenheit' oder des Bündnisses mit den praktisch völlig peronistischen Gewerkschaften, der ‚Integration', wurde zunächst durch eine massive Lohnerhöhung erkauft, mit der man die schnell steigenden Lebenshaltungskosten auffangen wollte.

Es ist verständlich, daß die Militärs dem Zusammenspiel zwischen dem Präsidenten und den Peronisten, von denen sie als Todfeinde angesehen wurden, mit wachsendem Mißtrauen begegneten. Andere ‚konservative' Kräfte wurden hochgespielt, das Element ‚Kapital verdrängte den Faktor ‚Arbeit' aus der Politik. Ein Austerity-Programm wurde formuliert, mit dem man die argentinische Wirtschaft sanieren wollte. Dr. Alemann, erster Wirtschaftsminister unter Präsident Frondizi, mußte jedoch im Januar dieses Jahres zurücktreten. Den einflußreichen Kräften in der Wirtschaft paßte der Lohnstopp, aber nicht die Kreditsperre.

Zwar dokumentierte die Weltbank ihr Vertrauen in den um 50 Prozent abgewerteten Peso, indem sie einen 95-Millionen-Dollar-Kredit für die Errichtung eines Wasserkraftwerkes in Buenos Aires gewährte. Es wurde jedoch immer klarer, daß die größte Bürde der Wiedergesundung von der Arbeitnehmerschaft getragen werden sollte. 1962 stand der amtliche Lebenshaltungsindex auf 620,8, verglichen mit 100 im Jahre 1955. Von der Verteuerung wurden in erster Linie die Güter des täglichen Bedarfs betroffen.

Hinzu kommt noch eine, zu Zeiten Perons unmögliche, Einstellung der Unternehmerkreise, die etwa nach dem Motto: „Jetzt sind wir mal an der Spritze" vorgingen. Die sozialen Bedingungen der Massen verschlechterten sich zusehends. Die Arbeiter erinnerten sich wieder ihrer ‚Göttin', der toten Evita Peron, die, aus ihren eigenen Reihen kommend, ihnen einen bis dahin unbekannten Besitzstand verschafft hatte. Im Dezember vergangenen Jahres beschloß das argentinische Parlament, allen Mahnungen zum Trotz, 100 Mill. Dollar für den Aufbau der Kriegsmarine auszugeben, großenteils in Devisen. Das Volk kochte. Und als dann vier Wochen vor den Wahlen Präsident Kennedy auch noch verkündete, daß er Argentinien im Rahmen der ‚Allianza par Progresso' eine 150-Mill.-Dollar-Anleihe gewähren wolle, und Frondizi damit für sich Reklame machte, glaubten die Argentinier zu wissen, wen sie für das ganze verantwortlich machen können. Frondizi war Washingtons ‚Mann in Buenos Aires' und mußte gehen.

Ebenso wenig wie die Zusammenarbeit zwischen Framini und Frondizi erstaunt ihr Auseinandergehen. Framini war in der Tat ein ‚Harry Hopkins Argentiniens', wie ihn Frondizi einmal genannt hat. (Hopkins war engster Freund und Berater Präsident F. D. Roosevelts, Sonderbeauftragter der US-Regierung für die Notstandsmaßnahmen während der Depression 1933.) Framini wird den Weg vieler sozial fortschrittlicher Menschen gegangen sein, deren Energie an der demokratischen Maschinerie verschlissen wurde, und die sich dann verzweifelt nach rechts wandten.

Als er sah, daß Frondizi, den man als Sozialdemokraten bezeichnen kann, immer mehr in das antisoziale Lager abtrieb — er ist ein Meister in der politischen Anpassung und in einer Gemeinsamkeits-Politik — distanzierte er sich von ihm. Die Massen, die sich in ihrer Not den Gewerkschaften anvertrauten, folgten in die offene Opposition.

Daß trotzdem das Verbot einer peronistischen Partei vor den letzten Wahlen aufgehoben wurde, lag an der Sicherheit, mit der Innenminister Vitolo einen Wahlsieg Frondizis vorauszusagen wußte. Andererseits mußte das Parlament, das sich auf nur 30 Prozent der Stimmen stützen konnte — die Peronisten gaben in den letzten Wahlen weiße Zettel ab — dringend eine breitere Basis haben. Statt der Peronisten erhielt Frondizi die klare Niederlage.

Da sich die Wahlfarce gegen ihre Schöpfer gerichtet hat, kommt jetzt, wie soll es anders sein, das Militär ins Spiel, dessen Führung sich seit 1955 eindeutig gegen den Peronismus gestellt hat. Schon immer verlangten einzelne Gruppen von Militärs die Übernahme der Staatsgewalt durch die Generale, weil man dem Zivilisten Frondizi mißtraute. Dieser konnte sich bisher jedoch durch geschicktes Gegeneinander-Ausspielen der verschiedenen Militärflügel über Wasser halten. Jetzt aber ist er auf ihre Mithilfe angewiesen. Soldaten haben die fünf peronistischen Provinzen übernommen. Eine ‚Koalition' zwischen Frondizi

und der Wehrmacht sollte gebildet werden, die im besten Falle so etwas wie die Kooperation zwischen Ebert und Groener 1919 in Deutschland sein könnte. Überdies plante man im ‚Parlament' ein Gesetz, das die Wahlen in den 5 Provinzen für ungültig erklären, die politische Betätigung der Peronisten verbieten und ihre Übernahme der 45 Parlamentssitze verhindern sollte. — Die katholischen Bischöfe haben sich für Fondizi ausgesprochen, weil sie ein Abschwenken der Peronisten zum ‚Fidelismo' befürchten. Die niedere Geistlichkeit entdeckt aber schon wieder ihr peronistisches Herz.

Frondizi erfreute sich aber auch der massiven Intervention der Amerikaner, die mit einem Entzug der Wirtschaftshilfe drohten, sollte das Land zu einer Militärdiktatur werden. Das aber ist nun geschehen. Das Militär hat Frondizi gestürzt.

Wieder einmal ist eine schlechte, unsoziale Demokratie in eine Rechts-Diktatur eingemündet, die die Emanzipation der breiten Schichten mit Gewalt verhindern will. Die Banken haben geschlossen, um die Lohnauszahlungen zu verhindern, und so die Arbeiter für ihre Unzufriedenheit zu strafen. Man geht fehl, dem Peronismus nur eine Rolle in der klassischen Sozial-Auseinandersetzung zuzuweisen. Er ist zwar, nach den Worten Framinis, ‚die einzige christliche Massenbewegung Latein-Amerikas', aber in einem tieferen Sinne wohl nur die derzeitige argentinische Version einer nationalen Befreiungsbewegung. Insofern bilden die Peronisten heute das andere Lager in Argentinien, die andere Seite zu Kapital, Militär und Sozialdemokraten als ihren Organen.

Gerd Lauschke

C. Wright Mills zum Gedenken

Am 20. März starb 46jährig der international bekannte Soziologe, Professor an der Columbia-Universität, C. Wright Mills. Er war ein Geistiger besonderer Qualität. Stets wachen Forscherdrang, der ihn in Neuland vorstoßen ließ, verband er mit einem Bekennermut, mit einer Kühnheit, die ihn ständig mit den herrschenden Tabuträgern in Konflikt brachten. Obwohl sein Leben nur kurz und gleichsam unvollendet war, hinterläßt er eine reiche Auswahl von Werken, die durchweg nicht nur die kleine Schicht von Fachleuten, sondern weite Kreise der Öffentlichkeit erregten. Das war seine besondere Fähigkeit: Er verstand, sein großes Wissen allen darzulegen, die Fragen der Soziologie als Fragen, die jeden einzelnen angehen, zu behandeln. Auf diese Weise war er in der Praxis ein so beispielhafter Demokrat, wie er es seinem Bekenntnis zufolge stets sein wollte. Wie er die anonym herrschende wirtschaftlich-politische Elite ablehnte, so verwarf er die nicht weniger fragwürdige der Fachsimpelei.

Leider (aber nicht erstaunlich) sind bisher deutsch nur zwei Bücher von Wright Mills erschienen: „Menschen im Büro", eine Untersuchung über die amerikanische Mittelklasse, und „Die Konsequenz", eine Analyse der zum dritten Weltkrieg hindrängenden Tendenzen. Die deutsche Ausgabe des 1956 erschienenen Werkes „The Power Elite" ist für dieses Jahr angekündigt. In den USA wurde es lebhaft besprochen und machte seinen Verfasser berühmt durch die These, daß die Vereinigten Staaten von einer kleinen, weitgehend jeder demokratischen Kontrolle entzogenen Schicht regiert würden. In den Ausgaben 11—12/1960 und 3/1961 dieser Zeitschrift wurden „Die Konsequenz" und „Listen, Yankee", ein stichhaltiges, kluges und mutiges Plädoyer für die Belange Kubas, gewürdigt.

Soweit man das noch nicht getan hat, sollte man unverzüglich „Die Konsequenz" zur Hand nehmen. Darin wird die Ansicht vertreten, daß die hauptsächliche, zum neuen Weltkrieg treibende Ursache das Vorhandensein zweier „von militärischer Metaphysik besessener Super-Mächte" ist. Das Denken der amerikanischen „Macht-Elite" werde vom Zyklus Wirtschaftsdepression—Krieg—Boom bestimmt: „Die Furcht vor einer Depression in Amerika kann vernünftigerweise nicht als ein Umstand betrachtet werden, der den Beitrag zur Friedenssicherung der amerikanischen Elite vergrößert." Allmählich verdrängt die Friedensfurcht die Angst vor dem Kriege: „Die offizielle Theorie vom Kriege — die militärische Metaphysik — zählt zu den zum Krieg treibenden Ursachen." Die Tatbestände werden verschleiert, die Demokratie entmündigt: „Techniker und Wissenschaftler sind immer bereit, neue Waffen zu finden; Prediger, Rabbiner und Priester segnen das große Unternehmen; Journalisten verbreiten allseitig die amtlichen Definitionen der Weltwirklichkeit und bieten ihrem Publikum die wechselnde Liste von Freund und Feind an;

Publizisten setzen in Einzelheiten die ‚Gründe' des kommenden Krieges und den unvermeidlichen Charakter der Entwicklung zum Krieg auseinander." Gegen diese Geistesvergifter richtet der Autor seine Kritik: „Die Ereignisse sind weniger auf eine unkontrollierbare Fatalität als auf Beschlüsse, Verfehlungen und — manchmal — eine Unwissenheit der regierenden Kreise der Super-Staaten zurückzuführen." Abhilfe kann nur geschaffen werden durch echte, unverfälschte Information, die Enthüllung der okkulten Herrschaftsmittel, das Besiegen des Fatalitätsglaubens (dessen Verfechter nicht zuletzt bei uns ihr Unwesen treiben), durch das Bewußtsein, daß „ein Mensch nicht abdankt". Wright Mills, der Max Webers „Soziologische Aufsätze" in Englisch herausgab, legte die Entartung der modernen Demokratien bloß, womit bereits gesagt ist, daß er auch zum Verstehen der Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag leistete. Darüber hinaus gibt er ein Beispiel hoher moralischer Kraft. Rückhaltlos bewies er, daß der Geistige etwas anderes sein kann, sein muß, als ein Schriftführer installierter Macht, wenn er seinen Namen wirklich verdienen will. H. A.

Buchbesprechungen

Der Staat ist nicht der liebe Gott
Von Recht und Pflicht zum Widerstand

Dem Stimme-Verlag in Frankfurt-Main ist es zu verdanken, daß auf der Jahrestagung der „Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau" im November 1961 gehaltene Vorträge in einem schmalen, doch inhaltsreichen Bändchen von 68 Seiten Umfang nunmehr einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich sind.

Die Absicht des Bändchens wird am ehesten verdeutlicht durch die Themen dieser Reden:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer: „Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers";

Dozent Dr. Hans-Werner Bartsch: „Der Staat ist nicht der liebe Gott";

Rechtsanwalt Heinrich Hannover: „Die Verteidigung des Staates als Gewissensfrage";

und — vorangestellt —

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller: „Tempelreinigung", Predigt zum Reformationsfest 1961 am 5. November in der Katharinenkirche in Frankfurt.

Beim Lesen der in dieser Zusammenstellung gebotenen Gedanken wird eindringlich und deutlich klar, in welch lückenloser Weise wahres Christentum und eine Politik, die für den Menschen arbeitet und nicht gegen ihn, zueinander gehören. Dr. Hans Bartsch weist darauf hin, daß die Christen schon in römischer Zeit den Kaisern widerstanden, wenn sie von ihnen etwas forderten, was dem Gebot Gottes widersprach. Er weist darauf hin, daß schon damals die Todesstrafe aus christlicher Sicht abgelehnt wurde, wie dies bereits im dritten Jahrhundert in der unter dem Namen des Bischofs Hippolyt bekanntgewordenen Kirchenordnung zutage tritt. Hier heißt es, daß ein Mensch, der die Macht, zu töten, annimmt, Soldat oder Staatsbeamter, nicht in die christliche Gemeinde aufgenommen werden soll. Bartsch führt aus: „... das Töten im Amt, der offizielle Charakter des Tötens trennt von der Gemeinde, weil damit göttliche Gewalt beansprucht wird ... Das Amt des Richters über Tod und Leben, das Amt der Vergeltung liegt allein bei Gott: Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr (5. Moses 32, 25; Römer 12, 19)." Gerade in einer Zeit, in der unter Konstantin die Kirche zur Staatskirche wurde, der Staat als Ordnungsmacht von den Christen anerkannt wird, wurde die „göttliche Würde" des Staates nicht anerkannt, sichtbar unter anderem an dem Verbot der Beteiligung am Vollzug der Todesstrafe. In der folgenden Zeit aber schafft sich auch eine kirchliche Auslegung Raum, in der sowohl Todesstrafe wie Kriegsdienst mit der gött-

Bemerkungen

Kurt R. Grossmann, 1897 in Berlin geboren, lebt als Publizist in New York. Nach Teilnahme am I. Weltkrieg war er 1919—1923 in führender Stellung in der Kriegsopferbewegung tätig. Er trat vor allem für eine Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern ein. 1926 wurde er Generalsekretär der deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin. 1933 entging er der Verhaftung durch die Nationalsozialisten in letzter Minute durch die Flucht nach Prag, wo er die demokratische Flüchtlingsfürsorge organisierte. 1939 ging er in die USA. Er ist regelmäßiger Mitarbeiter zahlreicher amerikanischer und deutscher Zeitungen und beschäftigt sich vor allem mit dem Schicksal der jüdischen Flüchtlinge.

Mervyn Jones ist einer der führenden englischen Publizisten der jüngeren Generation, Mitarbeiter von „Observer", „Tribune" und „New Left Review" sowie Mitbegründer der Bewegung für nukleare Abrüstung.

Heinz Dietrich Kenter war Oberspielleiter bzw. Schauspieldirektor am Nationaltheater Mannheim (1925—29), an der Volksbühne Berlin (1929—31), an den Städtischen Bühnen Göttingen (1947—49) und Essen (1953—58). Er setzte sich besonders für das moderne „substantielle" Drama (u. a. Brecht, Claudel, Dürrenmatt, Eliot, Karl Kraus, Sternheim) ein. In Berlin und Essen war er auch als Schauspielpädagoge tätig. Er hat zahlreiche Essays über Theater und Malerei verfaßt. Zur Zeit ist er Professor für Darstellende Kunst in Stuttgart und in der Bundesrepublik wie in der Schweiz an verschiedenen Orten Gastregisseur.

Peter Lust wurde 1911 in Nürnberg geboren. Nach dem Studium in München ging er mit seinen Eltern 1931 nach USA und schloß dort seine Studien ab. Er lebt als Mitarbeiter verschiedener amerikanischer und kanadischer Zeitungen — u. a. der deutschsprachigen „Montrealer Nachrichten" und des ebenfalls deutschsprachigen „New York Herold" — in Montreal/Kanada.

ich höre, wird die Atombombe nicht als gar so schrecklich und unanwendbar betrachtet: Eine Stadt wird nicht hundertprozentig ausgelöscht . . . Nicht alle sterben. Radioaktivität verfliegt mit der Zeit . . . Es ist nur eine neue Waffe mit besserem Wirkungsgrad als dem bisherigen. Besserer Wirkungsgrad! . . . Wissen sie es denn, haben sie es denn untersucht, was sie in den Herzen, in den Gewissen und in den Gehirnen anrichten? Haben sie eine Vorstellung von unserer Gesellschaft geistiger Bankrotteure, die sich kläglich bemüht, als eine Gemeinschaft zu funktionieren? Wir, die wir in Nagasaki dabei waren und noch leben, können unseren herzzerreißenden reuevollen Erinnerungen nicht entfliehen."

Prof. Heinz Dietrich Kenter

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Antwort Schwedens auf die Umfrage des UN-Generalsekretärs betr. die Modalitäten eines Verzichts auf Kernwaffen

Die schwedische Regierung antwortete auf die diesbezügliche Anfrage des UN-Generalsekretärs am 16. Februar laut Pressemitteilung des schwedischen Außenministeriums wie folgt:

Die schwedische Regierung ist der Meinung, daß es einen bedeutenden Beitrag zur Milderung der Spannungen bedeuten würde, wenn internationale Abkommen über eine ausgewogene und schrittweise Abrüstung in bezug auf Kernwaffen als Teil der Bemühungen zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung unter der notwendigen Kontrolle abgeschlossen werden könnten. Es scheint, daß die an den Genfer Verhandlungen über die Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche teilnehmenden Mächte diese Ansicht teilen. Obwohl das in den Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung bisher erreichte Ergebnis, die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 20. September 1961, vorläufiger und streng begrenzter Natur ist, gab es zu einem gewissen Zeitpunkt der Verhandlungen ein bemerkenswertes Maß an Übereinstimmung über den Text einer Konvention über die Nichtfortsetzung der Versuche. Einer der Gründe dafür ist offensichtlich, daß die Kernmächte eine solche Konvention als Verhinderung der Verbreitung der Kernwaffen auf Länder, die sie zur Zeit nicht selber produzieren ansehen. Die allgemeine Unterstützung des Gedankens eines Versuchsverbotes zeigt, daß die Mitgliedstaaten der UN, die bisher keine Kernwaffen besitzen, grundsätzlich dafür zu sein scheinen, daß sie keine eigenen Versuche unternehmen. Das letzte Ziel sollte offensichtlich sein, die ganze Welt von Kernwaffen zu befreien. Die schwedische Regierung würde mit der größten Befriedigung ein weltweites Abkommen begrüßen, das wirksam Kernwaffen verböte und ihre Herstellung, Lagerung und Verwendung verhinderte. Obwohl dieses Ziel entfernt ist, sollten wir bereits jetzt imstande sein, gewisse Schritte auf dem Wege zu diesem Ziel zu unternehmen. Ein solcher Schritt wäre die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen dadurch, daß die betroffenen Länder entsprechende Verpflichtungen übernehmen und Abkommen untereinander abschließen. Solche Zonen könnten von großer Bedeutung als Beitrag zu einer politischen Entspannung sein, vor allem, wenn es sich um weite benachbarte Gebiete handelt und Mächte einbegreift, die über starke Militärkräfte verfügen, aber selbst keine Kernwaffen besitzen. Selbstverständlich müssen Abkommen über kernwaffenfreie Zonen ebenso wie andere Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung so konstruiert sein, daß sie keinem Staat oder keiner Staatengruppe einen einseitigen militärischen Vorteil bieten und daß die militärische Balance dadurch erhalten bleibt. Die von der Vollversammlung angenommene Resolution gründet auf der Annahme, daß in der gegenwärtigen Zeit lediglich gewisse Staaten bereit sind, Erklärungen abzugeben oder Abkommen derart

abzuschließen, wie sie hier ins Auge gefaßt sind. Andererseits scheint jedoch die Zahl der Stimmen, die für die Annahme der Resolution waren, anzudeuten, daß die Mehrheit aller UN-Mitgliedstaaten im Prinzip eine positive Haltung gegenüber der Resolution einnehmen, selbst unter Berücksichtigung, daß einige Delegationen Vorbehalte betreffend den Inhalt der Antworten machten, die ihre Regierungen zu gegebener Zeit auf die Umfrage des Generalsekretärs abgeben würden. Die Antworten dieser Staaten über die verschiedenartigen Bedingungen, die sie ihrer Bereitschaft zur Übernahme von Verpflichtungen im Hinblick auf die Produktion, die Einfuhr und die Lagerung von Kernwaffen wegen anderer Staaten zugrunde gelegt sehen möchten, werden nun mit großem Interesse erwartet. Was die schwedische Haltung gegenüber der Resolution angeht, möchte die schwedische Regierung ihre Bereitschaft ausdrücken, Schweden — falls zufriedenstellende Abkommen zwischen den betreffenden Regierungen erreicht werden können — zum Teil einer kernwaffenfreien Zone von größtmöglicher Ausdehnung in Europa zu machen, die Staaten in Zentral- und Nordeuropa umfaßt, welche keine eigenen Kernwaffen besitzen. Sollte bis Ende 1963 kein Abkommen über die Schaffung einer solchen kernwaffenfreien Zone erreicht werden, behält sich die schwedische Regierung vor, die Angelegenheit im Lichte der dann herrschenden Umstände neu zu erwägen. Was die Bedingungen anlangt, die die betroffenen Staaten in einem Abkommen dieser Art für ihre Teilnahme niedergelegt sehen möchten, wünscht die schwedische Regierung zunächst festzustellen, daß sie keinen Grund sieht, besondere Bedingungen im Hinblick auf irgendeine von der Resolution ins Auge gefaßten Verpflichtung betreffend die Herstellung, Einfuhr oder Lagerung von Kernwaffen festzulegen. Die schwedische Regierung wünscht jedoch zu erklären, daß angesichts der Tatsache, daß der Gedanke von kernwaffenfreien Zonen bisher in der Praxis nicht erprobt wurde, es vernünftig erscheint, ein Abkommen dieser Art zunächst nur für eine gewisse Zeit, etwa 5 Jahre von der Unterzeichnung des Abkommens an, abzuschließen. Die schwedische Regierung hat sorgfältig die Frage erwogen, ob ein Abkommen, das zwischen einer Gruppe von Staaten über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone erreicht werden kann, durch Verpflichtungen seitens der Kernmächte ergänzt werden oder davon abhängig gemacht werden sollte. Es scheint offensichtlich, daß die Staaten, die im Interesse des Friedens bereit sind, Verpflichtungen für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone zu übernehmen, das Recht haben sollten, eine Kooperation seitens der Kernmächte zu erwarten. Von den Kernmächten könnte etwa erwartet werden, daß sie sich entweder einzeln oder durch Abkommen bereit erklären, die Abkommen zu respektieren, die geschlossen werden würden, und sich aller Handlungen zu enthalten, die diesen Abkommen widersprächen. Sie könnten sich beispielsweise verpflichten, keine Kernwaffen in die betreffenden Länder auszuführen, noch diesen technische Informationen oder Ausrüstungen für die Herstellung von Kernwaffen zur Verfügung zu stellen und, möglicherweise nach einer angemessenen Übergangsperiode, keine Kernwaffen auf den Territorien solcher Länder zu lagern und ihre in diesen Ländern stationierten bewaffneten Streitkräfte nicht mit Kernwaffen auszurüsten. Es kann ferner die Frage erhoben werden, ob die Staaten, die die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone beabsichtigen, fordern sollten, daß die Kernmächte ihrerseits gleichzeitig einen Beitrag zum Status quo im Hinblick auf die Kernbewaffnung leisten sollten — und damit gleichzeitig zu einer Milderung der Spannungen —, indem sie von weiteren Versuchen mit Kernwaffen Abstand nehmen und entsprechenden Abkommen beitreten. Nach Meinung der schwedischen Regierung würde eine solche Forderung in sich durchaus gerechtfertigt sein. Gleichzeitig sollte man jedoch im Auge behalten, daß diese Bedingung nicht in einer solchen Weise vorgelegt werden darf, daß sie es einer einzelnen Kernmacht möglich macht, alle Anstrengungen zum Erreichen eines Abkommens über die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen zu verhindern, indem sie es ablehnt, einem Abkommen über die Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche beizutreten. Angesichts dieser Lage findet die schwedische Regierung es angemessen, daß Abkommen, die über die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen verhandelt werden könnten, zur Bedingung haben, daß die Kernmächte vorher ein Abkommen über die Nichtfortsetzung der Versuche erreicht haben. Es ist offensichtlich, daß man von Abkommen über kernwaffenfreie Zonen keine Dauerhaftigkeit und noch weniger eine Erneuerung erwarten kann, wenn die Kernwaffenversuche wieder aufgenommen würden, während die Abkommen noch in Kraft sind. Schließlich könnten die Kernmächte möglicherweise aufgefordert wer-

den, sich für den Kriegsfall zu verpflichten, Mitgliedstaaten einer kernwaffenfreien Zone nicht mit Kernwaffen anzugreifen. Diese Art von Abkommen würde offensichtlich wünschenswert und bedeutsam sein. Die schwedische Regierung ihrerseits wünscht jedoch nicht, irgendwelche Forderungen dieser Art als Bedingung für ihre Teilnahme an der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa niederzulegen. Ein Grund für diese Haltung ist, daß die Schaffung einer solchen Zone selbst ohne irgendwelche Garantien der genannten Art vermutlich ein Beitrag zur Milderung der Spannung sein kann. In Übereinstimmung mit der vorstehend wiedergegebenen Meinung hält es die schwedische Regierung für angemessen, daß Abkommen über kernwaffenfreie Zonen, die nicht durch Garantien seitens der Kernmächte gegen die Verwendung von Kernwaffen ergänzt sind, mit sofortiger Wirkung erlöschen, falls im Kriegsfall eine Kernmacht am Krieg beteiligt ist, oder falls ein solcher Krieg droht. Die schwedische Regierung möchte schließlich der Meinung Ausdruck geben, daß irgendeine Art gegenseitiger Kontrolle eingerichtet werden sollte, um sicherzustellen, daß die Vorschriften irgendeines Abkommens über kernwaffenfreie Zonen beachtet werden. Diese Angelegenheit, die besonders wichtig wird, falls eine kernwaffenfreie Zone Staaten umfaßt, die Mitglieder unterschiedlicher Militär-Allianzen sind, sollte Objekt besonderer Untersuchungen werden."

438 protestantische Pfarrer gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz

In einer von 438 Pfarrern der evangelisch-reformierten Landeskirchen und Dozenten der schweizerischen theologischen Fakultäten unterzeichneten Erklärung heißt es u. a.: „Den Verfechtern der Atomwaffenverbots-Initiative billigen wir zu, daß sie ihren Vorschlag in lauterer Absicht unterbreiten. Wie man auch ein verfassungsmäßig verankertes Verbot von Atomwaffen beurteilen mag, haben wir die durch die Initiative aufgeworfenen Fragen als solche erster Ordnung zu würdigen. Wir wenden uns gegen jede diffamierende Beurteilung der Initianten.

Atomare Waffen jeder Art sind Massenvernichtungsmittel, deren Bestehen die Situation der Menschheit von Grund auf verändert. Sie verdanken ihre Entstehung und Weiterentwicklung der wechselseitigen Angst der Großmächte. Die gleiche Angst hat auch in unserem Lande das Verlangen nach möglicher atomarer Aufrüstung wachgerufen. Wir anerkennen die Pflicht des Staates, durch geeignete Maßnahmen den Schutz unserer Grenzen zu sichern und damit für die Wahrung von Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu sorgen. Ebenso groß wie die Sorge um unsere nationale Sicherheit hat aber unsere Sorge um den Frieden der Welt zu sein, und die Angst um unser Leben darf nicht größer werden als die Angst davor, Böses zu tun.

In der unerhörten Gefahr, in der die Welt sich heute angesichts eines möglichen Atomkrieges befindet, liegt auf den Entscheidungen jedes einzelnen Volkes eine große Verantwortung. Die Sicherheit aller erfordert, daß der Atomklub nicht erweitert wird. Wir begrüßen daher den Beschluß jeder Regierung, keine Atomwaffen zu beschaffen. Wir sind der Überzeugung, daß die Schweiz als kleines Land dem Frieden der Völker am besten dient, wenn auch sie sich einer Gemeinschaft atomwaffenfreier Staaten anschließt.

Es ist unser aller Aufgabe, in wirklicher Opferbereitschaft Mittel und Wege zu suchen, wie unser Volk auch in einer sich völlig verändernden Welt unter Wahrung seiner Neutralität seine Unabhängigkeit und Freiheit glaubhaft vertreten und leben kann. Wir sind überzeugt, daß wir dabei nicht einfach zwischen atomarer Aufrüstung und Unterwerfung zu wählen haben.

Den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden schulden wir heute mehr denn je den Dienst treuer Fürbitte und unentwegter Solidarität. In der Bereitschaft dazu ersuchen wir sie, ungeachtet des Ausgangs der bevorstehenden Abstimmung, unseren Soldaten, unserem Volk und unseren Kirchen die schwere Gewissensbelastung zu ersparen, die eine Einführung atomarer Waffen für uns alle bedeuten müßte."

Die Tat (Zürich) v. 15. III. 62

Prominente Schweizer für atomwaffen-freie Neutralitätspolitik

Zehn Vertreter des kulturellen Lebens der Schweiz begrüßen in einer Erklärung die Initiative auf Bildung eines Klubs der atomwaffenlosen Staaten und befürworten die Mitwirkung der Schweiz in dieser Vereinigung als zeitgemäßen Ausdruck unserer Neutralitätspolitik. Die Schweiz müsse das Wagnis auf sich nehmen, „auch in der Frage der Lan-

desverteidigung den Geist der Humanität über den Geist der Gewalt zu stellen". Nur dadurch erhalte unsere Neutralität ihre Glaubwürdigkeit.

Diese Erklärung ist unterzeichnet von Prof. Dr. theol. Karl Barth, Basel; Max Bill, Architekt, Zürich; Hans Bösch, Schriftsteller, Küttigen bei Aarau; Friedrich Dürrenmatt, Schriftsteller, Neuenburg; Dr. h. c. Hermann Hesse, Schriftsteller, Montagnola (Nobelpreisträger für Literatur); Pfarrer Kurt Marti, Schriftsteller, Bern; Dr. theol. Alois Müller, Professor am Priesterseminar Solothurn; Prof. Dr. phil. Walter Muschg, Basel; Prof. Dr. Leopold Ruzicka, Zürich (Nobelpreisträger für Chemie) und Otto F. Walter, Schriftsteller, Rickenbach bei Olten.

Die Tat (Zürich) v. 24. III. 62

Britische Konservative unterstützen den Plan für einen nicht-nuklearen Klub

Der Westen sollte sich darauf vorbereiten, im Prinzip die Konzession zu machen und einen einfachen Plan ins Auge zu fassen, der nukleare Tests in der Atmosphäre verbietet oder aufschiebt, ohne jegliche Inspektion am Explosionsort. Dies sagt ein Memorandum der Bow-Gruppe. (Die Bow-Gruppe ist eine einflußreiche Vereinigung junger Akademiker innerhalb der britischen konservativen Partei. D. R.) ...

Wesentlicher Fortschritt in Richtung auf einen weltweiten, nicht-nuklearen Klub könnte durch ein Test-Verbot und auch durch energische Schritte erreicht werden, Deutschland nicht mit nuklearen Waffen auszurüsten.

Die Chancen, Frankreich oder China von ihrer Absicht, Atommächte zu werden, abzubringen, wären nicht sonderlich groß. Wenn China nukleare Waffen hätte, könnte Indien sich verpflichtet fühlen, zu folgen. So könnten es auch andere Länder — Westdeutschland, Israel oder Schweden. „Es wäre aber sehr unwahrscheinlich, daß sie es tun würden, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion und die Welt-Meinung in ihrer Gesamtheit dagegen vereint wären, daß diese Länder sie besitzen", sagt das Memorandum.

Das Memorandum verwirft die Argumente für eine einseitige atomare Abrüstung durch England, oder die Unterordnung seiner Streitkräfte unter amerikanische Kontrolle. Aber es sagt, die britische Regierung sollte zu einem günstigen Zeitpunkt zu verstehen geben, die nukleare Streitmacht als Teil eines weltweiten Abkommens aufzugeben, mit dem alle Länder, mit Ausnahme der Sowjetunion und China, nukleare Waffen verwerfen würden.

Observer v. 11. III. 62

Dänemark will keine Atomwaffen

Die dänische Regierung hat am Wochenende ihre Entschlossenheit bekräftigt, keine Atomwaffen herzustellen und auch keine Atomwaffen von anderen Nationen anzunehmen. In einem Schreiben an UN-Generalsekretär U Thant erklärte der dänische Außenminister Krag, die dänische Regierung messe der Abrüstung entscheidende Bedeutung zu und wünsche aktiv zu Verhandlungen beizutragen, die zu einer vollständigen Abrüstung unter angemessenen Kontrollen führen können.

Frankfurter Rundschau v. 19. III. 62

Belgische Initiative für Deutschland-Lösung durch Verhandlungen

Direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone wurden in einer Resolution gefordert, die am Wochenende in Brüssel zum Abschluß einer stark besuchten öffentlichen Diskussionsveranstaltung über das Deutschland-Problem gefaßt wurde. Ost-West-Gespräche über Deutschland, so heißt es darin, dürften nicht verzögert werden. Berlin soll nach der Resolution den Status einer „freien und neutralen Stadt" erhalten, der durch die vier Großmächte und eventuell durch internationale, der UN angeschlossene Organisationen garantiert wird. Diese Organisationen sollten ihren Sitz in Berlin haben. Veranstalter der Diskussion war der kürzlich gegründete „Nationale Bund für eine belgische Initiative zur internationalen Entspannung". Ihm gehören belgische Parlamentarier aller Parteien und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Vorsitzender ist der christlich-soziale Senator Carel van Cauwelaert. Das Diskussionsthema lautete „Möglichkeiten zur Lösung des Deutschland-Problems durch Verhandlungen".

Stuttgarter Zeitung v. 26. III. 62

Atomwaffengegner demonstrieren in New York

Mehr als zweitausend Atomwaffengegner legten am Wochenende den gesamten Verkehr auf dem Times-Square in New York, einer der lebhaftesten Straßen der Welt, völlig lahm. Die Demonstranten, die auf Schildern Präsident Kennedy zum Verzicht auf die angekündigten Tests aufforderten, traten in einen Sitzstreik und konnten erst von der Polizei zur Räumung der Fahrbahn veranlaßt werden.

Die Welt v. 5. III. 62

Washington Post: Keine Bedenken gegen Kontakte Bonn—Moskau

Es sieht so aus, als ob Krolls Gegner, insbesondere im Auswärtigen Amt, alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihn in Mißkredit zu bringen und Adenauer zu zwingen, sich von seinem Botschafter loszusagen, den er gerade dazu ausersehen hatte, die Kontakte zu Chrustschow zu verbessern. Von hier aus gesehen, gibt es kaum etwas, was an Krolls Aktivitäten bedenklich aussieht. Die Bundesrepublik ist in so vielfältiger Weise an die westliche Allianz gebunden, daß das Phantom eines modernen Hitler-Stalin-Paktes unwahrscheinlich erscheint. Angesichts der Spannungen um Berlin können offene Kontakte zwischen Bonn und Moskau einem sehr nützlichen Zweck dienen. Wenn Kroll das Opfer einer Intrige sein sollte, dann erweisen die Intriganten damit nicht nur einem Diplomaten, sondern der ganzen Diplomatie einen schlechten Dienst.

Washington Post v. 9. III. 62

Fragwürdiger Rapallo-Komplex

Die Westdeutschen sollten sich davor hüten, dem Rapallo-Komplex zuviel Gewicht beizumessen. Es ist zwar ein Lebensinteresse der westlichen Völker, daß Deutschland zu ihrem Kreis gehört, aber ihr Interesse erfordert wirklich nicht, daß die Bundesrepublik schlechte Beziehungen zur Sowjetunion hat. Im Gegenteil: solange die Beziehungen zwischen Bonn und Osteuropa so schlecht wie jetzt bleiben, kann man kaum einen Ausweg aus den miteinander verquickten Problemen sehen, mit denen sich die 17 Minister in Genf — vielleicht ohne Hoffnung — auseinandersetzen werden.

Economist v. 11. III. 62

Die „Times" zum „Fall Kroll"

Einige der Kroll unterstellten Vorschläge mögen für die praktische Diplomatie in der Gegenwart zu weit gegangen sein. Vielleicht hat er sie gar nicht gemacht. Aber das Beunruhigende ist, daß selbst über seine milderen Vorschläge ein Geschrei erhoben wurde. Die Moral daraus ist klar. Solange einige durchaus vernünftige Vorschläge in Deutschland und unter den Alliierten nicht offen diskutiert werden, wird es immer einen unschönen Aufschrei geben, wenn irgend jemand aus dem Tritt zu geraten scheint. Man muß mehr Vertrauen haben.

Times v. 13. III. 62

Meinungsfreiheit nur für „Rechtgläubige"?

Gehen die Christlichdemokraten nicht entschieden zu weit, wenn sie gewissermaßen Dehlers Kopf fordern? Ist Dehler als Vizepräsident des Bonner Parlaments wirklich „nicht mehr tragbar", weil er in freier Diskussion freie Meinungen äußerte? Der Angegriffene erklärte am Mittwoch vor seiner Fraktion, er habe wiederholt betont, daß er „aus liberaler Grundhaltung heraus in unbedingtem Gegensatz zum Kommunismus stehe". Sind solche Beteuerungen notwendig? Wird als Kommunist verdächtigt, wer anderer Ansicht ist? Will man hierzulande (und nicht nur hier) in den Spuren McCarthys wandeln? Denn man mag Dr. Thomas Dehler alles mögliche vorwerfen: daß er ein leidenschaftlich ringender, von liberalen Ideen erfüllter Politiker ist, können nur Übelwollende bestreiten.

Gelten also die Artikel 5 und 38 des Grundgesetzes nur für brave Rechtgläubige? Die Frage stellte sich schon beim „Fall Bucerius". Sie stellt sich jetzt beim „Fall Dehler" mit verschärfter Dringlichkeit.

Tagesanzeiger (Zürich) v. 15. III. 62

Holländische Kritik an Adenauers Oberländer-Brief

Muß dieser Mann mit einer unwiderruflich schwarzen Vergangenheit, dessen Beziehungen zum Nationalsozialismus nicht mehr mit den Worten „argloser Mitläufer" bagatellisiert werden können, wieder auf die politische Bühne gehoben werden? Und dies, nachdem er im September 1961 als Kandidat der CDU eine Niederlage erlitt und man in dieser Partei selbst dachte: „Den sind wir auf anständige Weise losgeworden"? Trotzdem scheint der Bundeskanzler zu wünschen, daß Oberländer wieder die Arena der aktiven Politik betritt. Man erhält den Eindruck, daß über die Vergangenheit Oberländers Sand gestreut worden ist.

Algemeen Dagblad (Rotterdam) v. 2. III. 62

„New York Times" für realistische China-Politik

Das kommunistische China muß letzten Endes in jedes in Genf erzielte Abkommen einbezogen werden, wenn ein solches Abkommen wirksam sein soll. Das Rüstungspotential von 650 Millionen Menschen kann bei einem praktischen Herangehen an das Problem der Rüstungskontrolle nicht einfach ignoriert werden.

Diese Situation verdeutlicht wieder einmal, wie unrealistisch es ist, wenn andere Regierungen so tun, als ob die Regierung des kommunistischen China nicht existiere. Die Vereinigten Staaten mögen diese Regierung nicht. Aber indem wir ihr die „Anerkennung" vorenthalten, tragen wir einfach dazu bei, ihr freie Hand in so wichtigen Dingen wie der Rüstungskontrolle zu lassen und berauben uns selbst gleichzeitig der Gelegenheit, diplomatische Vertreter hinter Chinas Eisernen Vorhang zu entsenden und auf diese Weise mehr darüber zu erfahren, was in diesem riesigen Koloß Asiens wirklich vor sich geht.

Der Haken bei der Sache ist, daß in den letzten Jahren „Anerkennung" immer mehr mit „Billigung" gleichgesetzt wird. Es gibt keinen vernünftigen Grund, weder geschichtlich noch sonstwie, warum dies so sein sollte. Die Vereinigten Staaten billigen nicht die Ziele der Politik der Sowjetunion, aber sie anerkennen deren Regierung.

New York Times v. 14. III. 62

Die amerikanische Wirtschaft und das Abrüstungs-Problem

Ein wilder Streit herrscht im Kongreß, um einen umfangreichen Bericht geheimzuhalten, der das Ausmaß der Abhängigkeit größerer amerikanischer Industrien von Verteidigungsaufträgen untersucht.

Er wirft auch ein neues Licht auf das große Ausmaß der Konzentration des Verteidigungsgeschäfts in den Händen einiger weniger größerer Firmen.

Der Bericht, hunderte von Seiten lang, wurde unter der Leitung des Unterausschusses für Abrüstung im Senat vorbereitet, um die Frage der wirtschaftlichen Auswirkung der ‚Rüstungs-Kontrolle' zu untersuchen — ein Ausdruck, der gewählt wurde, um in Kongreßkreisen weniger provozierend zu tönen als Abrüstung.

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Senator Hubert Humphrey, wirbt persönlich für eine Freigabe der Information als Ansporn für vorbereitende Arbeiten, die er für notwendig hält, um die Abrüstung für die amerikanische Geschäftswelt erträglich zu machen.

Der Bericht enthüllt, daß 1959/60 das Verteidigungswesen, bei weitem der größte Einzelkäufer in den USA, Verträge mit nicht weniger als 18 000 Firmen, darunter 14 000 kleinen Unternehmern, abgeschlossen hat. Er zeigt auch, daß die acht Spitzenfirmen 38 Prozent des Geschäftes machten.

Einzelheiten des Berichtes beruhen auf Fragebogen, die an ungefähr 450 Firmen geschickt wurden: 370 von ihnen, die zusammen 82 Prozent der gesamten Verteidigungsaufträge halten, berichten über das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von Verteidigungsaufträgen, und darüber, ob und wie sie meinten, mit der Abrüstung fertig zu werden. Sie alle gaben beruhigende Antworten über ihre Fähigkeit zu überleben, vorausgesetzt, man gewährt Zeit, Steuererleichterungen und staatliche Hilfe während der Übergangs-Periode.

Die untersuchten Firmen beschäftigen etwa 4 Millionen Menschen und hatten einen Umsatz von 80 Milliarden $, von denen ein Viertel in die Verteidigung ging. Die Untersucher betonten, daß sie nicht in der Lage gewesen seien, Sub-Kontrakte über den ersten und zweiten Lieferanten hinaus zu verfolgen, hingegen fließen aber die Verteidigungsmittel viel weiter, als die Zahlenangaben zeigten.

Viele Firmen berichteten, daß die Umstellung auf friedliche Zwecke wegen des großen Ausmaßes der Spezialisierung schwierig sei.

Nora Beloff im Observer v. 25. III. 62.

Europäische Schriftsteller zur Kuba-Frage

Europäische Schriftsteller erklären in einem offenen Brief an Kennedy: „Wir haben von der Existenz eines neuen Invasionsplans gegen Kuba, mit finanzieller Hilfe und Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kenntnis erhalten, ähnlich dem, der im April 1961 in der fehlgeschlagenen Aggression von Bahia de Cochinos seinen Höhepunkt fand.

Durch diese Nachrichten alarmiert, erbitten die unterzeichnenden Intellektuellen und Künstler verschiedener politischer, religiöser und ideologischer Tendenzen aus allen europäischen Ländern, im Namen der internationalen Legalität, des Weltfriedens und des Rechts aller Völker auf freie Wahl seiner Zukunft, Ihre persönliche Intervention, um so jede direkte oder indirekte Einmischung seitens Ihrer Regierung in die inneren Angelegenheiten Kubas zu vermeiden und um eine Lösung der zwischen beiden Ländern bestehenden Schwierigkeiten auf friedlichem Wege durch Verhandlungen auf der Basis gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung zu finden."

Hoy (Havanna) v. 20. III. 62

Anmerkung der Redaktion:

Diese im März 1962 in Florenz gefaßte Entschließung wurde u. a von folgenden Schriftstellern unterzeichnet:

Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Jean Genet, Tristán Tzara, André Frenaud, Bernard Pingaud, Christiane Rochfort, Marguerite Duras, Maurice Nadeau (alle Frankreich); Carlo Levi, Salvatore Quasimodo, Ugo Pirro, Elio Vittorini, Liliane Magrini (alle Italien); Vera Panova, Nekrassov, Grigori Tschukrai, Alexej Surkov (alle Sowjetunion); Hans Magnus Enzensberger (Bundesrepublik); Tanasije Vladenovi (Jugoslawien); Jaroslaw Iwaskiewicz (Polen); Nazim Hikmet (Türkei); Gabor Tolnai (Ungarn); ferner zahlreichen spanischen und portugiesischen Schriftstellern.

Bertrand Russell zur Kuba-Frage

Bertrand Russell sagte in einem Interview, das die kubanische Zeitung „Revolución" vom 15. Februar veröffentlichte: „Die Hysterie in den Vereinigten Staaten gegenüber der kubanischen Revolution bedroht den Weltfrieden."

„Die Vereinigten Staaten haben schon eine Invasion nach Kuba unterstützt, die aber fehlschlug, da der größte Teil der kubanischen Bevölkerung fest entschlossen die Regierung von Dr. Fidel Castro verteidigte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen neuen Versuch planen, dem kubanischen Volk ein Regime aufzuzwingen, das nicht nach seinem Wunsche ist."

„Ein Angriff von seiten der Vereinigten Staaten auf Kuba könnte einen Atomkrieg auslösen, und aus diesem Grund allein muß man sich entschieden dagegen wenden."

„Kein Staat hat das Recht, Kuba vorzuschreiben, wie es seine eigenen Angelegenheiten zu regeln hat. Nach einem Jahrhundert amerikanischer Oberherrschaft ist Kuba heute in der Lage, Wohnungen und Schulen zu bauen, die Erziehung und Kultur voranzutreiben, Krankheit, Armut und Elend abzuschaffen. Die kubanische Revolution verdient Vertrauen und Ansporn und keine blinde Feindschaft."

„Ich appelliere an die Regierung der Vereinigten Staaten, Kuba die Lösung seiner Probleme zu überlassen, ohne ihm Schwierigkeiten zu machen. Ich appelliere an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, nicht auf die hysterischen Reden ihrer Führer zu hören. Ich appelliere an die Regierungen und Völker Latein-Amerikas, unerbittlich jede Maßnahme gegen die kubanische Revolution zurückzuweisen."

Russell sagte in seinen Schlußworten: „Eine Aktion der Vereinigten Staaten gegen Kuba könnte einen Atomkrieg auslösen, und ein solcher Krieg würde die Zivilisation, ja vielleicht überhaupt die menschliche Rasse zerstören."

„Man muß vor alle anderen Dinge den Menschen setzen."

Resolution des Zentralrats der Juden in Deutschland

Das Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland befaßte sich auf seiner Tagung in München am 19. Februar 1962 mit der politischen Situation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Durch verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit sieht es sich zu einer ernsthaften Warnung veranlaßt.

In der einstimmig angenommenen Entschließung wird darauf hingewiesen, daß in ständig zunehmendem Maße in der Bundesrepublik neonazistische Organe erscheinen, in denen das Verbrechen des Dritten Reiches bagatellisiert, das jüdische Opfer verkleinert und die jüdische Gemeinschaft in schamloser Weise diskreditiert werden. Insbesondere wenden sich diese Publikationen gegen die Mitwirkung der jüdischen Gemeinschaft bei der demokratischen Aufbauarbeit, die durch das Grundgesetz gewährleistet ist. Diese Organe berufen sich hierbei auf die geringe Anzahl der jüdischen Bevölkerung und verschweigen dabei, daß die katastrophale Abnahme der Bevölkerungszahl auf die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Gleichzeitig wird die Tagespresse, die wahrheitsgemäß über die Ereignisse und Entwicklungen berichtet, als „Lizenzpresse" diffamiert, was an die berüchtigte Ausdrucksweise der Nationalsozialisten erinnert, die Weimarer Republik als „Systemzeit" zu bezeichnen. Die heranwachsende Generation, die die Schrecken und Erniedrigungen des Dritten Reiches nicht selbst erlebt hat, wird hierdurch im Sinne einer neonazistischen Reaktion unheilvoll beeinflußt. Es kann nicht ausbleiben, daß dadurch die ernsthaften Bemühungen aufrechter deutscher Demokraten zur Wiederherstellung des deutschen Ansehens empfindlich gefährdet werden. In gleicher Weise in Mitleidenschaft gezogen werden dadurch die Anstrengungen der jüdischen Instanzen in Deutschland, für Frieden und Ausgleich einzutreten.

Das Direktorium des Zetralrats der Juden in Deutschland sieht sich in ernster Besorgnis um die zukünftige politische Entwicklung zu dieser Entschließung veranlaßt.

München, den 19. Februar 1962

Martin Niemöller an Graf von Westphalen

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller

Wiesbaden, 26. März 1962
Brentanostraße 3

Sehr geehrter Graf!

Für Ihr Schreiben vom 20. März 1962 möchte ich Ihnen noch schnell vor meinem Abflug nach Berlin bzw. meiner Abreise in die Schweiz und nach den USA antworten.

Ich bin völlig Ihrer Meinung, wie Sie sie in Ihrem Schreiben vom 20. 3. zum Ausdruck gebracht haben, d. h. ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk nichts so sehr fürchtet, als einen Erfolg seiner gegenwärtigen Regierung in der Frage des Mitverfügungsrechts über atomare Waffen. Alle Menschen, die ich kenne, wünschen es sich, daß Europa neutralisiert wird und daß auf alle Fälle das mitteleuropäische Gebiet entmilitarisiert wird.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
gez.: D. Niemöller.

Atomwaffenversuche dienen nicht dem Frieden

Ein Aufruf

Die Ankündigung der Atommächte, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, erfüllt alle Völker mit Bestürzung und Schrecken. Nach unserer Überzeugung kann es keinerlei Rechtfertigung für die weitere radioaktive Verseuchung der Welt mit kaum heilbaren gesundheitsgefährdenden Folgen für die Menschen aller Nationen geben. Das Bestreben der großen Militärstaaten, unter Mißachtung der UNO-Charta und der Menschenrechte immer verheerendere Massenvernichtungsmittel zu entwickeln und diese bereits in Friedenszeiten unter Verletzung der Souveränität atomwaffenfreier Staaten entgegen einem ausdrücklichen Beschluß der UNO-Vollversammlung zu erproben, führt zur Auflösung der zwischenstaatlichen Ordnung und der menschlichen Gesittung. Über kurz oder lang muß das immer wieder neu ausbalancierte „Gleichgewicht des Schreckens" durch Kurzschlußhandlung oder durch menschliches Versagen zu

einem vernichtenden Atomkrieg mit unvorstellbaren Ausmaßen von Grausamkeiten und Leiden führen. Das Beispiel der bisherigen Atommächte kann leicht andere Staaten dazu verführen, ebenfalls die Hand nach Atomwaffen auszustrecken.

Aus Sorge um die heutige und um künftige Generationen fordern wir deshalb im Namen der Menschlichkeit die Atommächte auf: Unterlaßt jeden weiteren Kernwaffenversuch, stellt alle Vorbereitungen zu einem Atomkrieg ein, verständigt und einigt euch über die Abschaffung, Vernichtung und Ächtung aller nuklearen Vernichtungsmittel.

Allen Friedliebenden auf dieser Erde rufen wir zu: Unterstützt jedes Bemühen um die Abschaffung atomarer Waffen und um die Erhaltung des Friedens, verlangt die Nichtanwendung und Ächtung der Atombombe und wendet euch gegen alle Kernwaffenversuche. Denn diese Versuche dienen dem Kriege und nicht dem Frieden! Heute ist noch Zeit zum Handeln, morgen schon kann es zu spät sein.

Dr. Günther Anders, Wien — Wolfgang Bartels, München — Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, Mainz — Prof. Dr. J. Arvid Hedvall, Göteborg — Dr. Robert Jungk, Wien — Kampfbund gegen Atomschäden — Dr. Erich Kästner, München — Wilhelm Keller, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e. V. — Komitee gegen Atomrüstung, München — Christel Küpper, München — Margarethe Lachmund, Berlin, Friedensausschuß der deutschen Quäker — Dr. Walter Lidl, München, Bundesvorsitzender der IdK — Dr. phil. Paul A. Loos, München — Dr. med. habil. Dr. Bodo Manstein, Detmold — Christian Mayer-Amery, München — Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden — Prof. Dr. Linus Pauling, Pasadena, Kalifornien — Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München — Hans Werner Richter, Präsident der Europäischen Föderation gegen Atomrüstung, München — Lord Bertrand Russell, London — Dr. med. Siegmund Schmidt, Bad Rothenfelde — Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München — Walter Schweiger, Weltbund zur Rettung des Lebens, Deutsche Sektion, München — Prof. Dr. Albert Schweitzer, Lambarene — Dr. med. K. H. Stauder, Grünwald — stud. phil. Reiner Steinweg, München — Dr. R. Trumpp, Hopfen am See, Vorsitzender der Notgemeinschaft zur Verteidigung der Volksgesundheit — Hans Georg Tempel, Hamburg, Koordinator der Ostermärsche — Prof. Dr. Johannes Ude, Grundlsee (Steiermark) — Dr. Kurt Urban, München — Ebba Waerland, Djursholm (Schweden) — Prof. Dr. Aloys Wenzl, München.

Das Gewissen, München, April 1962.

In Kürze erscheint, als Sonderdruck, die in den letzten Heften angekündigte

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK.

Der großen Nachfrage wegen empfehlen wir, noch ausstehende Bestellungen möglichst bald aufzugeben (vgl. Bestellkarte in diesem Heft).

Bemerkungen

Kurt R. Grossmann, 1897 in Berlin geboren, lebt als Publizist in New York. Nach Teilnahme am I. Weltkrieg war er 1919—1923 in führender Stellung in der Kriegsopferbewegung tätig. Er trat vor allem für eine Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern ein. 1926 wurde er Generalsekretär der deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin. 1933 entging er der Verhaftung durch die Nationalsozialisten in letzter Minute durch die Flucht nach Prag, wo er die demokratische Flüchtlingsfürsorge organisierte. 1939 ging er in die USA. Er ist regelmäßiger Mitarbeiter zahlreicher amerikanischer und deutscher Zeitungen und beschäftigt sich vor allem mit dem Schicksal der jüdischen Flüchtlinge.

Mervyn Jones ist einer der führenden englischen Publizisten der jüngeren Generation, Mitarbeiter von „Observer", „Tribune" und „New Left Review" sowie Mitbegründer der Bewegung für nukleare Abrüstung.

Heinz Dietrich Kenter war Oberspielleiter bzw. Schauspieldirektor am Nationaltheater Mannheim (1925—29), an der Volksbühne Berlin (1929—31), an den Städtischen Bühnen Göttingen (1947—49) und Essen (1953—58). Er setzte sich besonders für das moderne „substantielle" Drama (u. a. Brecht, Claudel, Dürrenmatt, Eliot, Karl Kraus, Sternheim) ein. In Berlin und Essen war er auch als Schauspielpädagoge tätig. Er hat zahlreiche Essays über Theater und Malerei verfaßt. Zur Zeit ist er Professor für Darstellende Kunst in Stuttgart und in der Bundesrepublik wie in der Schweiz an verschiedenen Orten Gastregisseur.

Peter Lust wurde 1911 in Nürnberg geboren. Nach dem Studium in München ging er mit seinen Eltern 1931 nach USA und schloß dort seine Studien ab. Er lebt als Mitarbeiter verschiedener amerikanischer und kanadischer Zeitungen — u. a. der deutschsprachigen „Montrealer Nachrichten" und des ebenfalls deutschsprachigen „New York Herold" — in Montreal/Kanada.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof.Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86